



# **Beteiligungsbericht**

## **des Landkreises Teltow-Fläming**

### **über das Geschäftsjahr 2012**

## 1 Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>INHALTSVERZEICHNIS</b>	<b>2</b>
<b>2</b>	<b>EINLEITUNG</b>	<b>3</b>
2.1	VORWORT	3
2.2	RECHTLICHE GRUNDLAGEN DER WIRTSCHAFTLICHEN BETÄTIGUNG DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING	3
2.3	ZIELSETZUNG UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES	4
2.4	ÜBERSICHT ÜBER DIE BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING	6
2.5	DARSTELLUNG AUSGEWÄHLTER KENNZAHLEN	8
2.6	FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING IM JAHR 2012	14
<b>3</b>	<b>BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING</b>	<b>15</b>
3.1	STRUKTUR- UND WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING MBH, JÜTERBOG (SWFG)	15
3.2	FLUGPLATZGESELLSCHAFT SCHÖNHAGEN MBH – BESITZGESELLSCHAFT, TREBBIN (FGS)	29
3.3	GEMEINNÜTZIGE ARBEITSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT MBH KLAUSDORF, AM MELLEENSEE (GAG)	39
3.4	LUCKENWALDER BESCHÄFTIGUNGS- UND AUFBAUGESELLSCHAFT MBH, LUCKENWALDE (LUBA)	46
3.5	VERKEHRSGESELLSCHAFT TELTOW-FLÄMING MBH, LUCKENWALDE (VTF)	53
3.6	VBB VERKEHRSVERBUND BERLIN-BRANDENBURG GMBH, BERLIN	65
3.7	TELTOWER KREISWERKE GMBH, BERLIN (TKW)	76
3.8	RENATA GRUNDSTÜCKS-VERMIETUNGSGESELLSCHAFT MBH & Co. KREISHAUS TELTOW-FLÄMING KG, STUTTGART	81
3.9	BADC BERLIN-BRANDENBURG AREA DEVELOPMENT COMPANY GMBH	86
3.10	RETTUNGSDIENST TELTOW-FLÄMING GMBH	93
<b>4</b>	<b>ANHANG</b>	<b>98</b>
4.1	KENNZAHLEDEFINITION – ANALYSEDATEN GEMÄß § 61 NR. 2 KOMHKV	98
4.2	AUSGEWÄHLTE KENNZAHLEN ZU DEN BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING	109

## **2 Einleitung**

### **2.1 Vorwort**

Gemäß der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) darf sich der Landkreis zur Erledigung von Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft wirtschaftlich betätigen. Auf dieser Grundlage engagiert sich der Landkreis Teltow-Fläming insbesondere in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Entwicklung und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, Arbeitsförderung bzw. zweiter Arbeitsmarkt sowie Öffentlicher Personennahverkehr.

Vor dem Hintergrund der sich verändernden globalen Rahmenbedingungen, der demografischen Entwicklung und der kommunalen Finanzen muss sich der Landkreis auch weiterhin den wachsenden Herausforderungen sowie dem Wettbewerb mit anderen Regionen stellen. Die kreislichen Beteiligungen sind insofern ein wichtiges Instrument des Landkreises, um wirtschafts-, arbeitsmarkt-, regional- und strukturpolitische Ziele zu erreichen und leisten einen bedeutenden Beitrag zur Erfüllung von öffentlichen Aufgaben. Sie stärken die Wirtschaftskraft, schaffen und erhalten Arbeitsplätze, fördern die Entwicklung der Infrastruktur und arbeiten mit Partnern der Privatwirtschaft zusammen. Zudem tragen sie zur Sicherung der Lebensqualität und sozialen Stabilität in unserer Region bei.

Das primäre Ziel der Beteiligungsunternehmen ist dabei nicht die Gewinnerzielung, sondern die Sicherung sowie der Auf- und Ausbau von öffentlichen Strukturen – immer auch unter Beachtung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Mit dem jährlich fortgeschriebenen Beteiligungsbericht werden die Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Verwaltung sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger über die Tätigkeiten der Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming informiert. Neben den Rahmendaten der Unternehmen enthält der Bericht Informationen zum Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2012, der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaften sowie einen verkürzten Lagebericht. Weiterhin wird auf die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens sowie die vorhandenen Leistungs- und Finanzbeziehungen eingegangen.

### **2.2 Rechtliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung des Landkreises Teltow-Fläming**

Die brandenburgische Kommunalverfassung definiert die wirtschaftliche Betätigung einer Gebietskörperschaft im § 91 Abs. 1 als „das Herstellen, Anbieten oder Verteilen von Gütern, Dienstleistungen oder vergleichbaren Leistungen, die ihrer Art nach auch mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnten.“

Gemäß § 91 Abs. 2 BbgKVerf darf sich der Landkreis zur Erledigung von Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft wirtschaftlich betätigen, wenn der öffentliche Zweck dies rechtfertigt, wobei die Gewinnerzielung allein keinen ausreichenden öffentlichen Zweck darstellt, und die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht.

Der Bericht über die Beteiligungen des Landkreises an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts ist gemäß § 98 Satz 1 Nr. 3 BbgKVerf durch die Beteiligungsverwaltung zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.

## 2.3 Zielsetzung und Aufbau des Beteiligungsberichtes

### 2.3.1 Allgemeines zum Beteiligungsbericht

Ziel des Beteiligungsberichtes ist es, einen Beitrag zur größeren Transparenz der Kreisverwaltung hinsichtlich ihrer Aufgabenerfüllung mittels ausgegliederter, organisatorisch und finanzwirtschaftlich selbstständiger Organisationseinheiten – den Beteiligungen – zu leisten.

Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Verwaltung sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger werden über die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises detailliert informiert.

Der Beteiligungsbericht ist auf der Grundlage des § 61 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) zu erstellen und basiert auf den Informationen der letzten nach § 242 ff. Handelsgesetzbuch (HGB) erstellten Jahresabschlüsse. Des Weiteren sind die Bestimmungen der Kommunalverfassung sowie die Anforderungen des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg zu beachten. Dem Bericht kommt dabei eine überwiegend dokumentarische Funktion zu.

So ist der Beteiligungsbericht gemäß § 82 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 BbgKVerf Anlage des Jahresabschlusses des Landkreises bzw. gemäß § 83 Abs. 4 Satz 2 Nr. 5 BbgKVerf Anlage seines Gesamtabschlusses.

### 2.3.2 Inhaltliche Ausgestaltung des Beteiligungsberichtes

Die inhaltliche Ausgestaltung des Beteiligungsberichtes ist unter anderem im § 61 KomHKV geregelt. Spezifiziert und erläutert werden die gesetzlichen Anforderungen zudem durch das Rundschreiben des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg vom 22.12.2009.

Die gemäß § 61 Nr. 1 KomHKV aufgeführten Rahmendaten geben einen Überblick über den Sitz, den Unternehmensgegenstand, den Aufbau, die Organisation und die Organe des Unternehmens. Dazu zählen auch die Beteiligungsverhältnisse am Unternehmen sowie Beteiligungen des Unternehmens.

Neben den Rahmendaten des jeweiligen Unternehmens enthält der Beteiligungsbericht zudem einen verkürzten Lagebericht, der wiederum auf die aus dem Jahresabschluss ermittelten Analysedaten (Kennzahlen) eingeht (§ 61 Nr. 2 KomHKV). Dieser soll insbesondere eine auf das Berichtsjahr bezogene Aussage über die Vermögens- und Kapitalstruktur, die Finanzierung und Liquidität, die Rentabilität und den Geschäftserfolg sowie den Personalbestand des Unternehmens zulassen. Den Analysedaten des Berichtsjahres sind die entsprechenden Analysedaten der beiden vorangegangenen Wirtschaftsjahre gegenüberzustellen.

Dabei ist zu beachten, dass es in der Literatur verschiedene Definitionen von Kennzahlen, insbesondere bei den Berechnungsmöglichkeiten und durchschnittlichen Zielwerten, gibt. Dadurch können Angaben aus verschiedenen Quellen auf unterschiedlichen Ausgangswerten basieren und voneinander abweichen. Des Weiteren ist die Beurteilung der Unternehmenssituation anhand einzelner weniger vergangenheitsbezogener Kennzahlen nicht hinreichend aussagekräftig. Um plausible Schlussfolgerungen über die tatsächlichen Verhältnisse des Unternehmens ableiten zu können, sollte die Gesamtheit aus Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie deren Entwicklung im Zeitablauf betrachtet werden.

Des Weiteren kann es durch die Berechnung der Kennzahlen mittels MS Excel zu Rundungsdifferenzen kommen. Das Programm rechnet mit den Cent-genauen Beträgen aus dem Jahresabschluss, die Darstellung der Ergebnisse erfolgt jedoch gerundet auf eine Dezimalkommastelle in tausend Euro (T€).

Ein Überblick über die entsprechend zu analysierenden Kennzahlen sowie deren Definitionen und Interpretationsmöglichkeiten (in Anlehnung an das Rundschreiben des Ministeriums des Innern) befindet sich im Anhang (4.1 Kennzahldefinition – Analysedaten gemäß § 61 Nr. 2 KomHKV, Seite 98).

Bezüglich der angegebenen Zielwerte zu den verschiedenen Analysekenzahlen ist zu beachten, dass diese je nach Branche und der individuellen Unternehmensausrichtung zum Teil stark abweichen können. So benötigt ein Dienstleistungsunternehmen in der Regel wesentlich weniger Anlagevermögen als ein Produktionsunternehmen – das spiegelt sich zum einen auch in der Personalaufwandsquote und zum anderen in der Höhe der Abschreibungen auf das Anlagevermögen wider. Diese spezifischen Abweichungen beeinflussen die Struktur des gesamten Jahresabschlusses.

Des Weiteren ist im Hinblick auf die strategische Unternehmensplanung im Beteiligungsbericht ein Ausblick auf die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zu geben (§ 61 Nr. 3 KomHKV). Schlussfolgerungen auf Chancen und Risiken der weiteren Entwicklung des Unternehmens sowie ihre Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Erfolgslage können u.a. durch Analyse des Jahresabschlusses (Vergangenheitsbezug) sowie den Zielen und Strategien gemäß Unternehmensplanung (Zukunftsbezug) gezogen werden. Auch die Beurteilung der sogenannten „weichen Faktoren“, wie der demographischen Entwicklung, den politischen, rechtlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen, den Standortfaktoren und der Unternehmenskultur, ist von großer Bedeutung. Insbesondere sollen dadurch mögliche Auswirkungen der weiteren Unternehmensentwicklung auf Sicherstellung der kommunalen Aufgabenerfüllung identifiziert werden können.

Anschließend werden die Leistungs- und Finanzbeziehungen der Beteiligungen der Unternehmen untereinander und mit dem Landkreis als Gesellschafter, d.h. Kapitalzuführungen und -entnahmen, Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche, gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen sowie sonstige Finanzbeziehungen, die sich aus der Gesellschafterposition des Landkreises ergeben und sich unmittelbar bzw. mittelbar auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises auswirken können, aufgeführt (§ 61 Nr. 3 KomHKV).

Gemäß § 91 Abs. 6 BbgKVerf ist zudem erstmalig fünf Jahre nach Inkrafttreten der §§ 91 bis 100 BbgKVerf, d.h. im Beteiligungsbericht für das Wirtschaftsjahr 2012, danach alle zehn Jahre, ein ausführlicher Nachweis über die fortlaufende Erfüllung des öffentlichen Zwecks bzw. der gesetzlichen Voraussetzungen nach Abs. 2 Nr. 1 öffentlicher Zweck, Abs. 3 Satz 1 und 3 Subsidiarität und Abs. 5 Nebenleistungen des § 91 BbgKVerf zu führen.

Der Punkt Sonstiges enthält die Geschäftszahlen der jeweiligen Gesellschaft in Anlehnung an die im Elektronischen Bundesanzeiger veröffentlichten Jahresabschlüsse.

Sofern eine Gesellschaft an weiteren Unternehmen beteiligt ist, werden diese nach den Ausführungen zur kreislichen Beteiligung selbst aufgeführt.

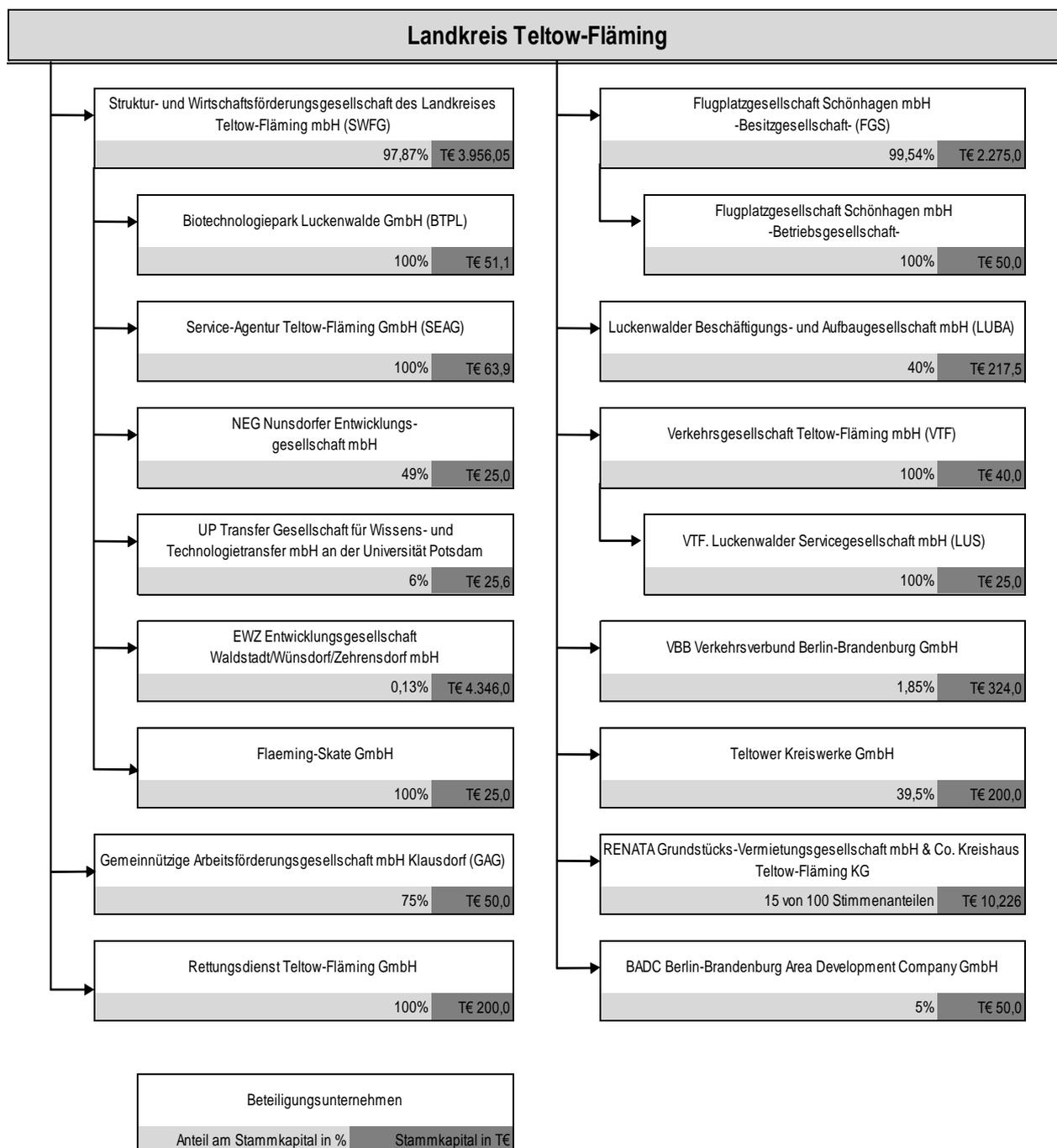
Die Darstellung der Geschäftsverläufe wurde aus den jeweiligen Jahresabschlüssen auszugsweise übernommen. Eine Wertung durch die Verwaltung wurde im Rahmen des Beteiligungsberichts nicht vorgenommen. Die aktuellen Entwicklungen der Gesellschaften finden keinen Eingang.

## 2.4 Übersicht über die Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

### 2.4.1 Organigramm der ersten und zweiten Beteiligungsebene

Darstellungsweise:

Beteiligungsunternehmen	
Anteil am Stammkapital in %	Stammkapital in T€



(Wirtschaftsjahr 2012)

## **2.4.2 Die Beteiligungen des Landkreises nach Branchen**

### WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG, INFRASTRUKTUR, GESUNDHEITSVORSORGE UND GEFAHRENABWEHR

Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH (SWFG)

Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH -Besitzgesellschaft- (FGS)

BADC Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH

Rettungsdienst Teltow-Fläming GmbH (RD)

### ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR (ÖPNV)

Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH (VTF)

VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH

### SOZIALES, ARBEITSFÖRDERUNG, JUGEND UND BILDUNG

Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf (GAG)

Luckenwalder Beschäftigungs- und Aufbaugesellschaft mbH (LUBA)

### IMMOBILIENVERWALTUNG

Teltower Kreiswerke GmbH (TKW)

RENATA Grundstücks- und Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Kreishaus Teltow-Fläming KG

### IM BERICHTSJAHR BEENDETE GESELLSCHAFTSVERHÄLTNISSE

keine

## 2.5 Darstellung ausgewählter Kennzahlen

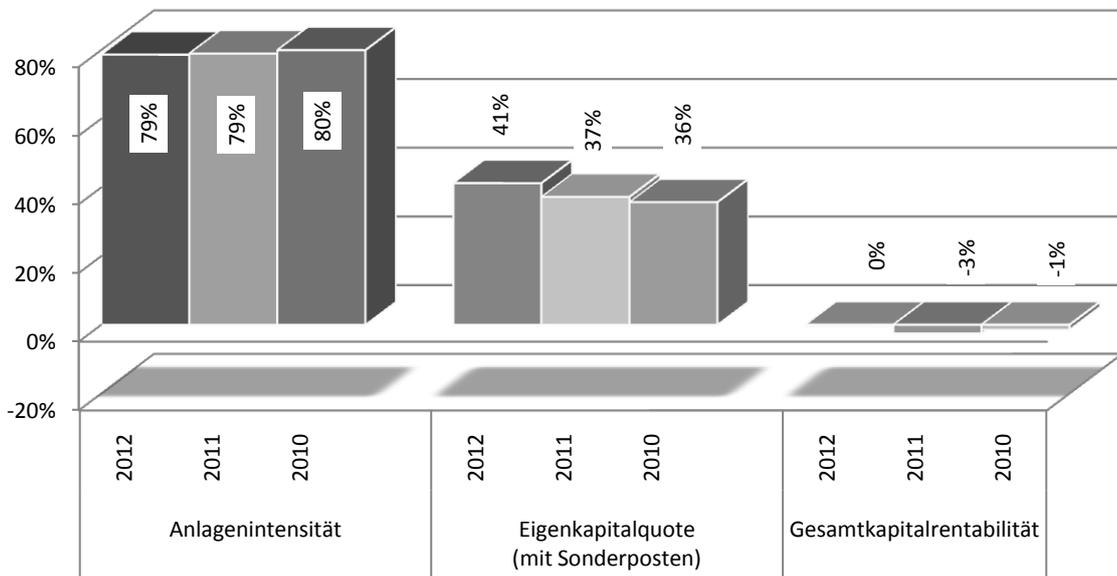
Ausgewählte Unternehmensdaten											
Beteiligung	Stammkapital	Anteil Teltow-Fläming	Bilanzsumme	Eigenkapital inkl. SoPo	Eigenkapitalquote inkl. SoPo	Anlagenintensität	Umsatz	Betriebsleistung	Betriebsergebnis	Jahresergebnis	Gesamtkapitalrentabilität
SWFG mbH	3.956,1 T€	97,87%	35.089,0 T€	7.775,9 T€	22,2%	78,4%	2.335,2 T€	7.283,9 T€	1.196,2 T€	81,4 T€	3,2%
FGS mbH	2.275,3 T€	99,54%	20.435,1 T€	16.329,4 T€	79,9%	96,3%	1.066,4 T€	1.581,1 T€	- 582,0 T€	- 733,8 T€	-2,8%
GAG mbH	50,0 T€	75,00%	744,4 T€	38,3 T€	5,1%	70,2%	1.710,3 T€	1.728,5 T€	2,5 T€	- 26,9 T€	0,3%
LUBA GmbH	217,5 T€	40,00%	631,5 T€	39,4 T€	6,2%	60,1%	1.587,7 T€	1.629,0 T€	- 120,8 T€	- 144,9 T€	-19,6%
VTF mbH	40,0 T€	100,00%	13.095,7 T€	11.087,0 T€	84,7%	82,8%	5.813,1 T€	8.450,7 T€	- 3.089,7 T€	- 3.075,0 T€	-23,3%
VBB GmbH	324,0 T€	1,85%	5.413,7 T€	324,0 T€	6,6%	7,3%	1.156,7 T€	12.516,7 T€	- 43,5 T€	- T€	0,0%
TKW GmbH	200,0 T€	39,50%	865,6 T€	846,0 T€	97,7%	44,2%	169,6 T€	196,5 T€	- 24,8 T€	- 16,9 T€	-1,9%
RENATA GmbH & Co. KG <sup>1</sup>	15.267,2 T€	15	14.474,5 T€	1.666,6 T€	8,0%	92,3%	3.383,3 T€	3.383,3 T€	2.229,4 T€	1.570,4 T€	15,2%
BADC GmbH	50,0 T€	5,00%	1.971,6 T€	- T€	0,0%	0,0%	19,2 T€	1.190,1 T€	44,3 T€	43,9 T€	2,2%
Rettungsdienst GmbH	200,0 T€	100,00%	203,9 T€	200,0 T€	98,1%	1,9%	- T€	6,8 T€	- T€	- T€	0,0%
gesamt <sup>2</sup>	22.580,0 T€	90,09%	92.925,0 T€	38.306,6 T€	41,2%	78,6%	17.241,6 T€	37.966,7 T€	- 388,5 T€	- 2.301,7 T€	-0,4%

<sup>1</sup> Bei dem ausgewiesenen Stammkapital handelt es sich um das Gesellschaftskapital. Davon hat der Landkreis Teltow-Fläming rd. 10,2 T€ als Kommanditeinlage eingebracht.

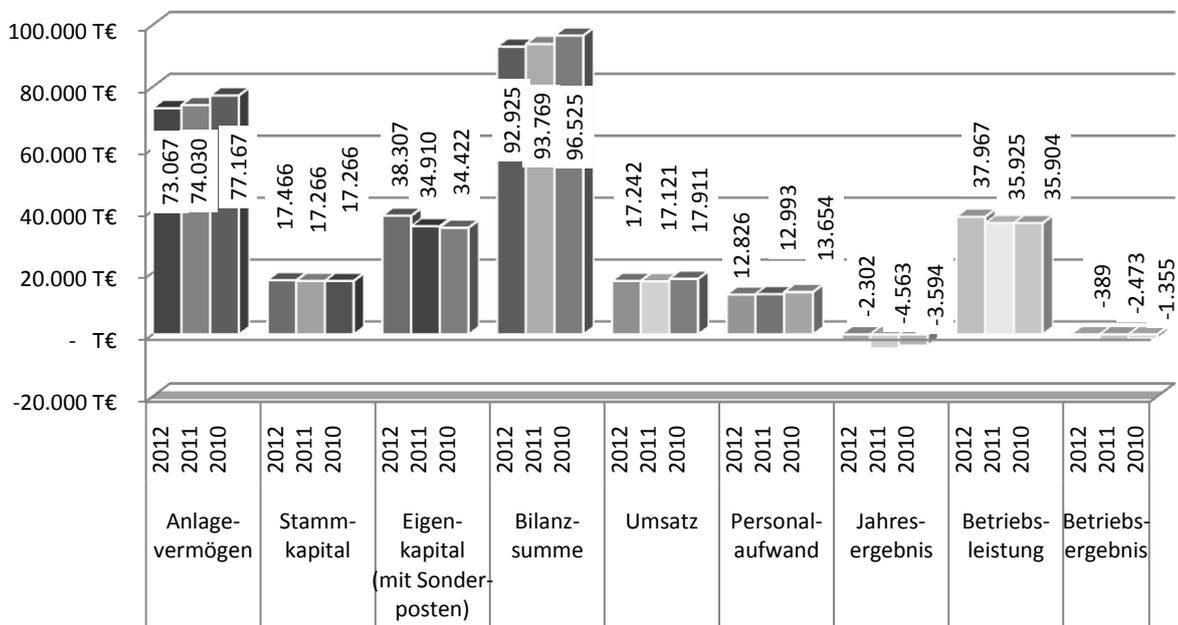
Der Landkreis hält 15 von 100 Stimmenanteilen.

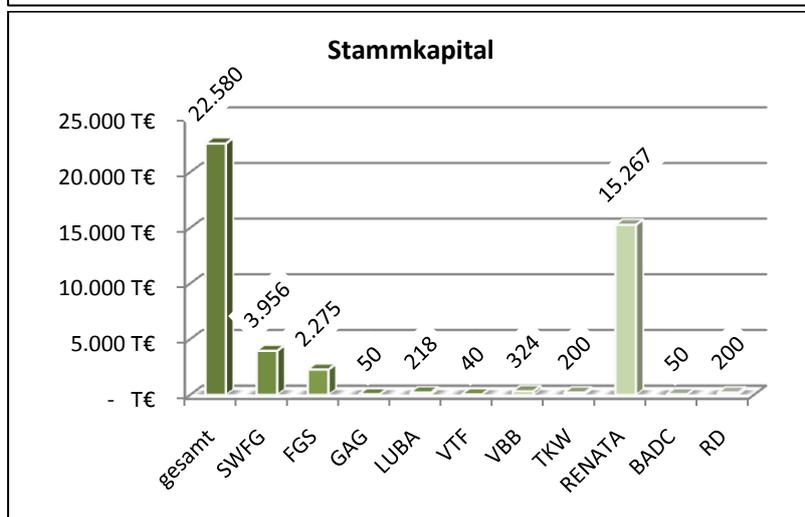
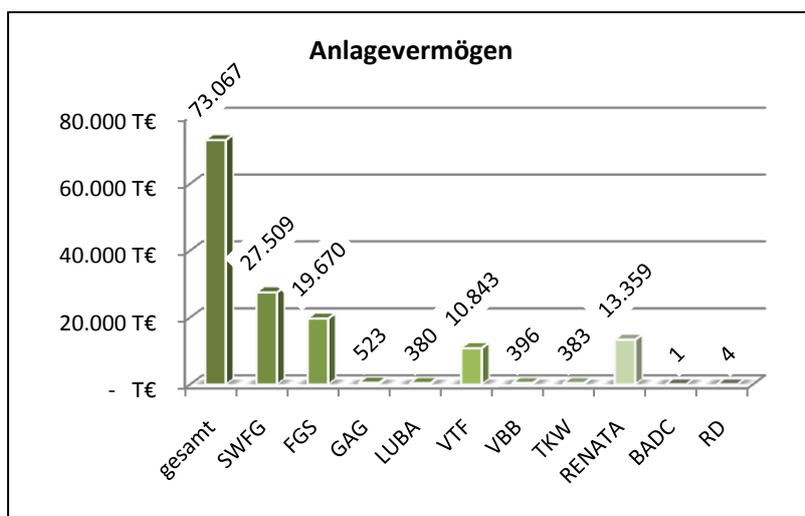
<sup>2</sup> Der Anteil des Landkreises Teltow-Fläming am gesamten Stammkapital seiner Gesellschaften wurde ohne Berücksichtigung der RENATA GmbH & Co. KG ermittelt.

**Ausgewählte Kennzahlen aller Beteiligungen I**

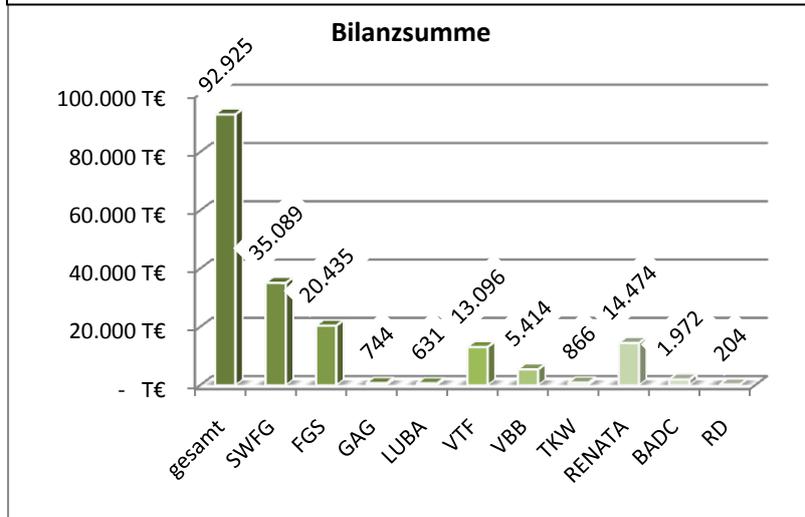


**Ausgewählte Kennzahlen aller Beteiligungen II**

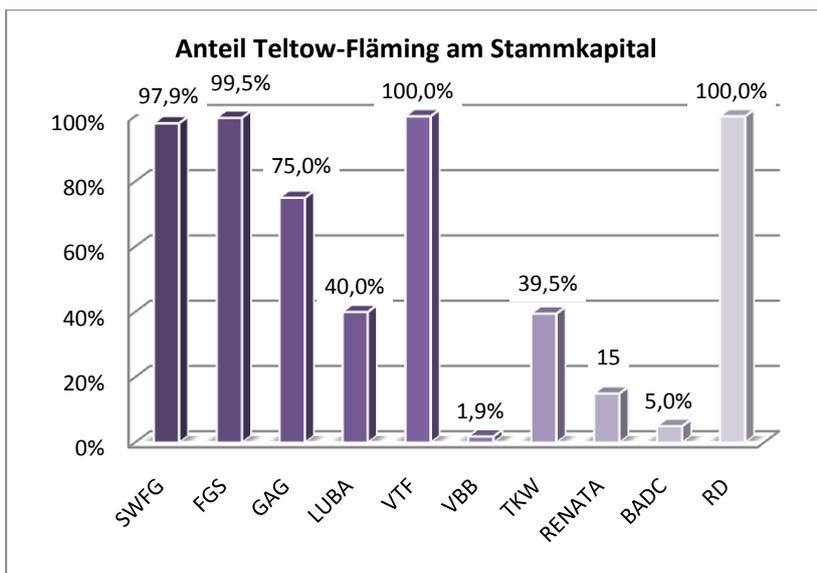




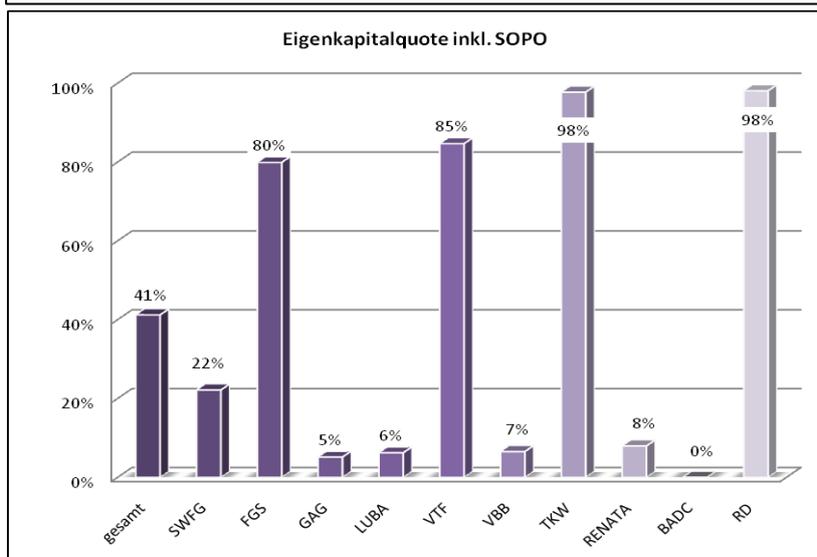
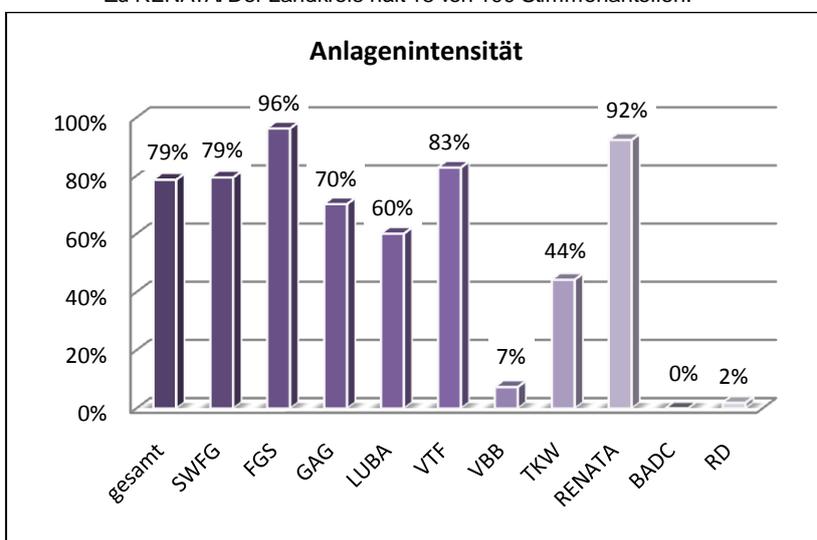
Zu RENATA: Bei dem ausgewiesenen Stammkapital handelt es sich um das Gesellschaftskapital. Davon hat der Landkreis Teltow-Fläming rd. 10,2 T€ als Kommanditeinlage eingebracht.



Die Unternehmen mit unmittelbarer kreislicher Beteiligung zeigen insgesamt eine stabile wirtschaftliche Entwicklung. Die kumulierte Bilanzsumme in 2012 beläuft sich auf rd. 92,9 Mio €, 0,8 Mio. € weniger als 2011. Auf Grund der durchschnittlichen Anlagenintensität von 79 % wird deutlich, dass der Großteil des vorhandenen Vermögens langfristig gebunden ist. Demgegenüber steht bilanzielles Eigenkapital inklusive Sonderposten von insgesamt rd. 38,3 Mio. € (Vj. 34,9 Mio. €). Das entspricht einer durchschnittlichen Eigenkapitalquote von 41 % (Vj. 37 %). Der Anstieg des Eigenkapitals begründet sich u.a. durch den kumulierten Jahresfehlbetrag, der sich mit insgesamt 2,3 Mio. € (Vj. 4,5 Mio. €) verbessern konnte. Daneben konnten die Umsatzerlöse um rd. 121 T€ und die Betriebsleistung insgesamt sogar um 2.042 T€ gesteigert werden, dafür reduzierten sich die Aufwendungen u.a. Personalaufwand um 167 T€. Insgesamt verbesserte sich das Betriebsergebnis um 2.084 T€ auf -389 T€.



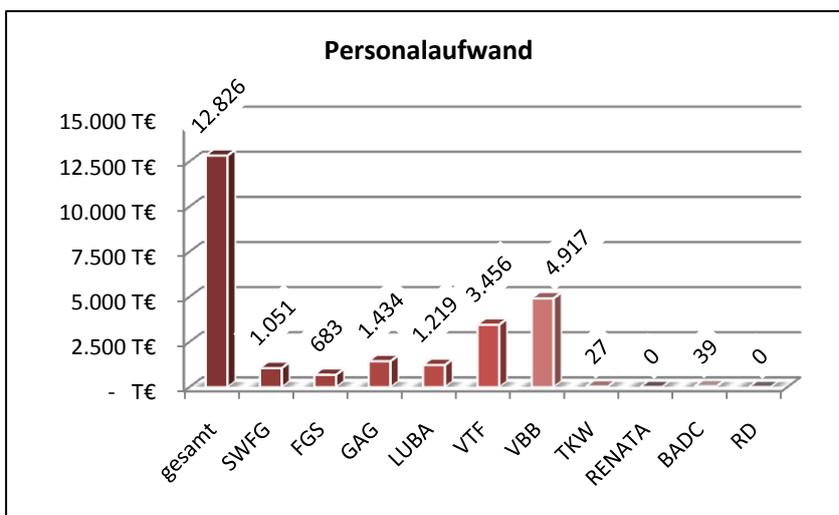
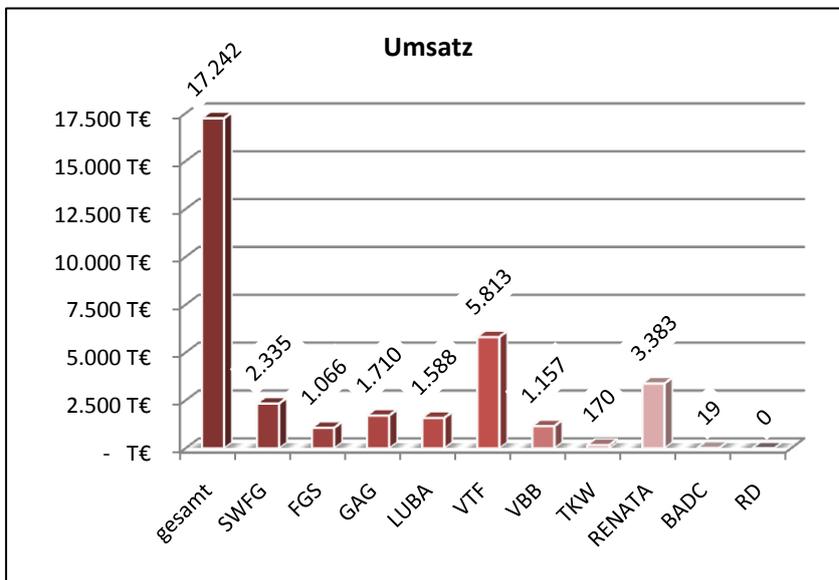
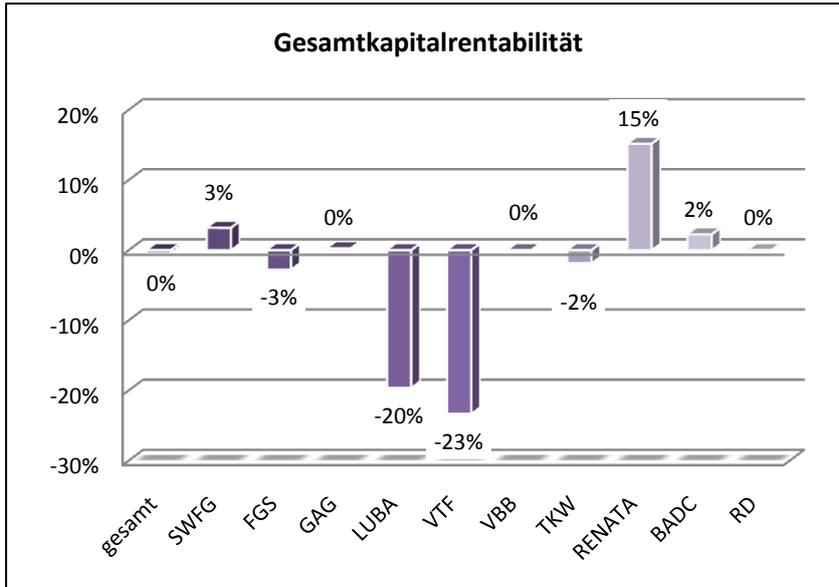
Zu RENATA: Der Landkreis hält 15 von 100 Stimmenanteilen.



Des Weiteren sind die Zinsaufwendungen von 2.180 T€ auf 1.918 T€ zurückgegangen. Somit ergibt sich ein kumuliertes Jahresergebnis von -2.302 T€ (Vj. -4.563 T€). Unter Berücksichtigung dieses Jahresergebnisses sowie der reduzierten Zinsaufwendungen ergibt sich eine verbesserte Gesamtkapitalrentabilität von -0,4% (Vj. -2,5%).

Bei der Betrachtung der einzelnen Unternehmen wird deutlich, dass die SWFG mbH mit einer Bilanzsumme von 35,1 Mio. € das meiste Kapital bzw. Vermögen ausweist, gefolgt von der FGS mbH mit 20,4 Mio. €, der RENATA GmbH & Co. KG mit 14,4 Mio. € und der VTF mbH mit 13,1 Mio. €. Ebenso sind es diese Gesellschaften, die den Großteil des langfristigen bilanziellen Vermögens (Anlagevermögen) ausweisen. Insofern sind, bis auf die VBB GmbH, TKW GmbH, BADC GmbH und die Rettungsdienst GmbH, die betrachteten Unternehmen von einer hohen Anlagenintensität zwischen 60% und 96% gekennzeichnet. Große Unterschiede bestehen bei den vorhandenen Eigenkapitalquoten: die Spanne reicht von 0 % bis 98 %.

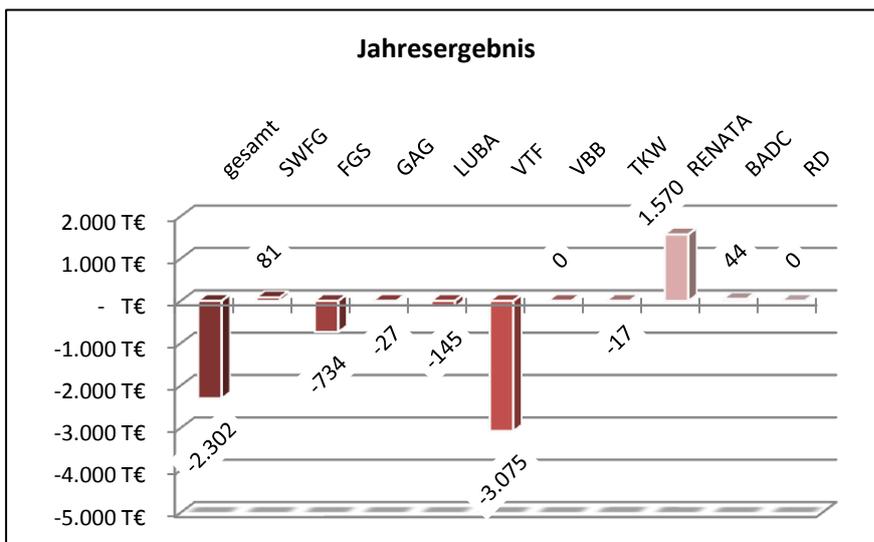
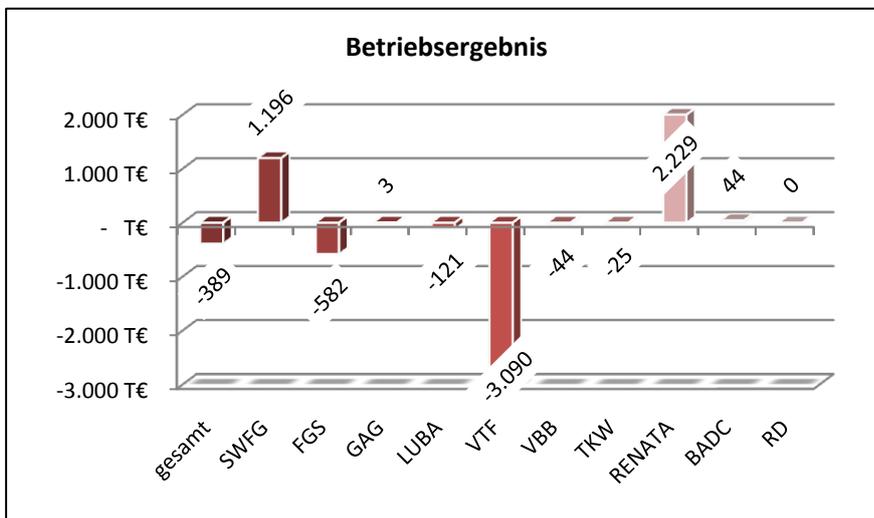
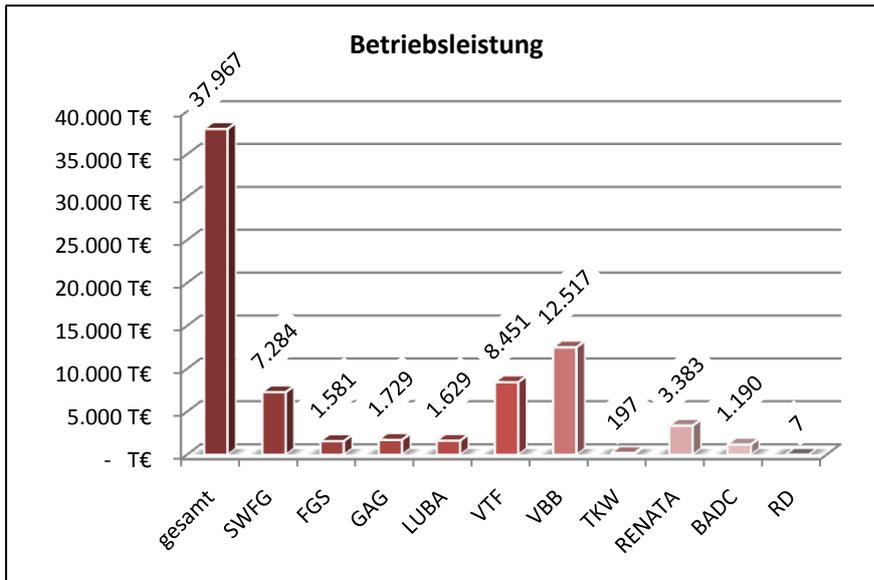
## Einleitung



Während die Umsatzerlöse der SWFG mbH, FGS mbH, LUBA GmbH und der BADC GmbH zurückgingen, sind sie bei den anderen Gesellschaften gestiegen. Spitzenreiter bei den Umsatzerlösen ist die VTF mbH mit 5,8 Mio. € gefolgt von der RENATA GmbH mit 3,4 Mio. € und der SWFG mbH mit 2,3 Mio. €. Anders sieht es bei der Betriebsleistung aus. So beträgt diese bei der VBB GmbH rd. 12,5 Mio. €, bei der VTF mbH 8,5 Mio. € und bei der SWFG mbH 7,3 Mio. €. Trotz der hohen betrieblichen Erträge bzw. Erlöse weist die Mehrheit der Gesellschaften auf Grund der nur leicht gesunkenen betrieblichen Aufwendungen ein negatives Betriebsergebnis aus. Gleiches gilt für die Jahresergebnisse.

Insgesamt zeichnet sich für die Beteiligungen des Landkreises eine stabile wirtschaftliche Entwicklung ab.

(weitere Darstellungen befinden sich im Anhang, 4.2 *Ausgewählte Kennzahlen zu den Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming*, Seite 109)



**2.6 Finanzbeziehungen des Landkreises Teltow-Fläming im Jahr 2012**

Leistungs- und Finanzbeziehungen im Überblick												
Wirtschaftsjahr	2012				2011				2010			
Art <sup>1</sup>	1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.	4.
SWFG mbH <sup>2</sup>	1.300,0 T€	1.000,0 T€	17.923,5 T€	- T€	- T€	655,0 T€	19.307,2 T€	- T€	2.154,0 T€	2.950,0 T€	20.470,0 T€	- T€
FGS mbH <sup>2</sup>	- T€	1.697,3 T€	2.708,7 T€	- T€	183,0 T€	1.428,7 T€	2.956,9 T€	- T€	420,0 T€	936,5 T€	3.211,1 T€	- T€
GAG mbH	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€
LUBA GmbH	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€
VTF mbH <sup>3</sup>	3.404,4 T€	- T€	- T€	3.476,4 T€	3.275,6 T€	- T€	- T€	2.852,0 T€	3.171,8 T€	- T€	- T€	2.848,5 T€
VBB GmbH <sup>4</sup>	- T€	- T€	- T€	64,8 T€	- T€	- T€	- T€	64,8 T€	- T€	- T€	- T€	64,8 T€
TKW GmbH	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€
RENATA GmbH & Co. KG	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€
BADC GmbH <sup>5</sup>	- T€	- T€	- T€	3,0 T€	- T€	- T€	- T€	3,0 T€	- T€	- T€	- T€	3,0 T€
Rettungsdienst GmbH <sup>6</sup>	200,0 T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€
gesamt	4.904,4 T€	2.697,3 T€	20.632,2 T€	3.544,2 T€	3.458,6 T€	2.083,7 T€	22.264,0 T€	2.919,8 T€	5.745,8 T€	3.886,5 T€	23.681,0 T€	2.916,4 T€

<sup>1</sup> Klassifizierung der Leistungs- und Finanzbeziehungen:

1. Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht 2. entspr.)
2. Verlustausgleiche
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen
4. sonst. Finanzbeziehungen

<sup>2</sup> zu 3.: Ausfallbürgschaften des Landkreises

<sup>3</sup> zu 4.: davon Investitionszuschüsse: 1.146,7 T€ (2012), 1.102,3 T€ (2011); davon Ausgleichszahlungen für Schülerverkehr gemäß § 45a PBefG: 1.819,7 T€ (2012), 1.749,7 T€ (2011)

<sup>4</sup> zu 4.: Gesellschafterbeiträge

<sup>5</sup> zu 4.: Betriebskostenzuschuss

<sup>6</sup> zu 1.: Stammkapitaleinlage

### 3 Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

Im Folgenden erfolgt die Einzeldarstellung der Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming an Unternehmen des privaten Rechts gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 BbgKVerf einschließlich der mittelbaren Beteiligungen.

#### 3.1 Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH, Jüterbog (SWFG)

##### 1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

###### FIRMENSITZ

Markt 15/16 (seit Juni 2013: Louis-Pasteur-Str.19, 14943 Luckenwalde)  
14913 Jüterbog

###### E-MAIL

[info@swfg.de](mailto:info@swfg.de)

###### HOMEPAGE

[www.swfg.de](http://www.swfg.de)

###### GRÜNDUNG

20.12.1991



Die SWFG mbH wurde auf der Grundlage des Beschlusses Nr. 108 des Kreistages des damaligen Landkreises Zossen vom 09.12.1991 am 20.12.1991 gegründet. Der Beitritt des ehemaligen Landkreises Luckenwalde erfolgte auf Grundlage des Kreistagsbeschlusses Nr. 221/92 vom 02.07.1992.

###### GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Unternehmensgründung am 20.12.1991 notariell beurkundet und zuletzt durch den Gesellschafterbeschluss vom 15.06.2009 geändert (Geschäftskosten und Aufwendungen der Gesellschaft sowie Aufsichtsrat).

###### GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Landkreises Teltow-Fläming und seiner Gemeinden durch die umwelt- und sozialverträgliche Förderung des Fremdenverkehrs sowie des Wirtschafts- und Gemeindelebens.

Zum Zweck der Gesellschaft gehört es insbesondere, ergänzend zu den wirtschaftsfördernden Tätigkeiten der Gesellschafter

- a) für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben im Gebiet der Gesellschaft zu werben,
- b) zu gründende und ansässige Betriebe sowie Fremdenverkehrseinrichtungen zu fördern,
- c) Hilfestellungen für Klein- und Mittelbetriebe zu geben,
- d) den Landkreis Teltow-Fläming und seine Kommunen bei der örtlichen und überörtlichen Planung zu beraten,
- e) den Aufbau wirtschaftsnaher Infrastruktur zu fördern.

(§ 2 Abs. 1 und 2 des Gesellschaftsvertrages)

###### RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

###### STAMMKAPITAL

3.956.050,00 €

## Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

### BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming:	97,8653 %	3.871.600,00 €
Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam:	2,0690 %	81.850,00 €
VR-Bank Fläming eG:	0,0657 %	2.600,00 €

### BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

Biotechnologiepark Luckenwalde GmbH (BTPL):	100 %
Service-Agentur Teltow-Fläming GmbH (SEAG):	100 %
Flaeming-Skate GmbH (FS):	100 %
NEG Nunsdorfer Entwicklungsgesellschaft mbH:	49 %
UP Transfer Gesellschaft für Wissens- und Technologietransfer mbH an der Universität Potsdam:	6 %
EWZ Entwicklungsgesellschaft Waldstadt Wünsdorf/Zehrendorf mbH:	0,13 %

### ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung  
Gesellschafterversammlung  
Aufsichtsrat

### GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Herbert Vogler

### MITGLIEDER DER GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG

Herr Peer Giesecke	(Vorsitzender, Landrat des Landkreises Teltow-Fläming, bis 10. Dezember 2012)
Frau Kirsten Gurske	(Vorsitzende, 1. Beigeordnete des Landkreises Teltow-Fläming, ab 10. Dezember 2012)
Herr Ernst Dienst	(Vorstand der Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam)
Frau Dr. Carola Seiler	(Vorstand der VR-Bank Fläming eG)

### MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat besteht aus der/dem Vorsitzenden des Kreistages als Vorsitzende/n, dem Landrat, vier weiteren Vertreter des Kreistages des Landkreises Teltow-Fläming, je einem Vertreter der übrigen Gesellschafter sowie einem vom Kollegium aller Amtsdirektoren und aller hauptamtlicher Bürgermeister zu bestimmenden Vertreter der Städte und Gemeinden des Landkreises.

Herr Christoph Schulze	(Vorsitzender, Kreistagsvorsitzender des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Peer Giesecke	(Landrat des Landkreises Teltow-Fläming, SPD, bis 10. Dezember 2012)
Frau Kirsten Gurske	(1. Beigeordnete des Landkreises Teltow-Fläming, ab 10. Dezember 2012)
Frau Martina Borgwardt	(Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming, FDP Vorsitzende des Kreistagsausschusses für Wirtschaft)
Herr Detlev von der Heide	(Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming, SPD)
Frau Maritta Böttcher	(Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming, Die Linke)
Herr Hermann Kühnapfel	(Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming, CDU)
Herr Frank Gerhard	(Vertreter der hauptamtlichen Bürgermeister und des Amtsdirektors)
Herr Ernst Dienst	(Vorstand der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam)
Frau Dr. Carola Seiler	(Vorstand der VR-Bank Fläming eG)

### ABSCHLUSSPRÜFER

WIKOM AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

**2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)**

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2012	2011	2010	2011 zu 2012	2010 zu 2011	2011 zu 2012	2010 zu 2011
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)</b>				<b>Vermögens- und Kapitalstruktur</b>		<b>Vermögens- und Kapitalstruktur</b>	
Anlagenintensität	78,4%	79,4%	79,5%	-1,0%	-0,1%	-1,2%	-0,2%
Eigenkapitalquote	4,9%	0,0%	0,0%	4,9%	0,0%	0,0%	0,0%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	22,2%	18,6%	19,8%	3,6%	-1,2%	19,2%	-5,9%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	672,9 T€	1.814,7 T€	- 672,9 T€	- 1.141,8 T€	-100,0%	-62,9%
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)</b>				<b>Finanzierung und Liquidität</b>		<b>Finanzierung und Liquidität</b>	
Anlagendeckung II <sup>1</sup>	99,5%	94,2%	101,1%	5,3%	-6,9%	5,6%	-6,9%
Zinsaufwandsquote	44,3%	46,0%	45,0%	-1,7%	1,0%	-3,7%	2,1%
Zinsaufwandsquote <sup>2</sup>	14,2%	19,8%	17,2%	-5,6%	2,6%	-28,2%	15,2%
Liquidität 3. Grades	97,8%	73,8%	79,6%	24,0%	-5,8%	32,5%	-7,3%
Cashflow	610,8 T€	- 1.159,9 T€	- 512,4 T€	1.770,7 T€	- 647,5 T€	152,7%	-126,4%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	- 54,7 T€	326,7 T€	29,4 T€	- 381,4 T€	297,3 T€	-116,8%	1012,5%
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)</b>				<b>Rentabilität und Geschäftserfolg</b>		<b>Rentabilität und Geschäftserfolg</b>	
Gesamtkapitalrentabilität	3,2%	-1,1%	0,1%	4,3%	-1,2%	389,5%	-932,3%
Umsatz	2.335,2 T€	2.427,8 T€	2.468,3 T€	- 92,6 T€	- 40,5 T€	-3,8%	-1,6%
Jahresergebnis	81,4 T€	- 1.519,3 T€	- 1.061,1 T€	1.600,7 T€	- 458,2 T€	105,4%	-43,2%
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)</b>				<b>Personalbestand</b>		<b>Personalbestand</b>	
Personalaufwandsquote	45,0%	50,1%	57,2%	-5,1%	-7,1%	-10,2%	-12,4%
Personalintensität	14,4%	21,6%	21,8%	-7,2%	-0,2%	-33,2%	-0,9%
Anzahl der Mitarbeiter	20	22	22	2	0	9,1%	0,0%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

<sup>1</sup> unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital

<sup>2</sup> unter Berücksichtigung der Gesamtleistung & den sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung)

**GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN**

Die SWFG mbH war bis Mitte des Jahres 2012 die Wirtschaftsförderungsinstanz des Landkreises. Sie hat auf der Grundlage der Willensbildung des Kreistages mittelbar und unmittelbar auf die Wirtschaftsentwicklung des Landkreises Einfluss genommen und die satzungsmäßigen Aufgaben in Zusammenarbeit mit vielen anderen Akteuren jederzeit erfüllt. Insbesondere war die Zusammenarbeit mit der IHK, der Kreishandwerkerschaft, dem Unternehmerverband, der Zukunftsagentur Brandenburg, der Investitionsbank des Landes Brandenburg, der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter Teltow-Fläming, dem Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Grundlage und Garant für eine effektive Arbeit bei der Betreuung kleiner und mittelständiger Unternehmen, bei der Bearbeitung von Fördermittelanträgen, bei der Durchführung der Wirtschaftswoche Teltow-Fläming und bei der Netzwerkarbeit.

Im Jahre 2012 kam es ab 1. September bzw. 1. Oktober zu Strukturveränderungen bei der Wirtschaftsförderung des Landkreises, die für die SWFG mbH mit tiefen Einschnitten und der Abgabe von Betätigungsfeldern an den Landkreis verbunden waren. Wie alle kommunalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften ist auch die SWFG mbH nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet, sondern wirkt als Dienstleister für kleine und mittelständische Unternehmen und für Kommunen. Außerdem greift die SWFG mbH maßgeblich in die strukturellen Veränderungen im Landkreis durch die Entwicklung von allgemeinen und thematischen Gewerbegebieten ein. Der Biotechnologiepark Luckenwalde (BTPL) als thematisches GE, das abgeschlossene allgemeine GE Spitzberg in Rangsdorf und die in der Entwicklung befindlichen GE in Dahlewitz und Jüterbog unterstreichen dies deutlich.

Auf der Grundlage der Ergebnisse einer kreislichen Arbeitsgruppe wurden Strukturveränderungen durchgeführt, die die Übernahme der Bereiche Wirtschaftsförderung, Betreuung kleiner und mittelständiger Unternehmen, Netzwerkarbeit, Fläming-Skate, Breitbandinitiative TF zum 01. September 2012 und den Bereich Lotsendienst zum 01. Oktober 2012 in den Bereich des Wirtschaftsförderungsbeauftragten des Landkreises der Kreisverwaltung zur Folge hatte. In diesem Zusammenhang wurden auch 7 Mitarbeiter der Gesellschaft vom Landkreis übernommen. Die Bereiche Entwicklung von Gewerbegebieten, Besitz und Verwaltung der MBS-Immobilien, sonstiger Immobilien und des BTPL sowie die Entwicklung von GE in Dahlewitz und Jüterbog sind in der SWFG verblieben. Bis zum Zeitpunkt des Übergangs in die Kreisverwaltung hat die SWFG mbH erfolgreich die ihr übertragenen Aufgaben erfüllt.

Projekte der SWFG mbH und ihr Verlauf:

- Der hohe Vermietungsstand im BTPL und bei den MBS-Immobilien konnte gehalten werden. Leider kam es im BTPL bei der Großinvestition des amerikanisch/ indischen Unternehmens HBS erneut zum Baustopp, obwohl der Rohbau fertiggestellt ist. Im BTPL konnten weitere Verkäufe realisiert werden.
- Die Aktivitäten des Netzwerkes Mittelstand in Zusammenarbeit mit IHK, Kreishandwerkerschaft, dem Wirtschaftsförderungsbeauftragten des Landkreises, den Wirtschaftsförderern der Städte Luckenwalde, Ludwigsfelde, Jüterbog, Zossen, Trebbin und der Gemeinden Blankenfelde / Mahlow und Am Mellensee, dem ZAL, der ZAB und der ILB werden auf dem erreichten hohen Niveau, das einmalig im Land Brandenburg ist, weitergeführt. Es wurden Unternetzwerke ins Leben gerufen, durch die Aufgaben noch zielgenauer in Angriff genommen werden. In der Arbeit der Netzwerke sind auch die Beratungsleistungen bei Fördermitelanträgen der Unternehmen und die Stellungnahmen dazu im Auftrag des Landkreises integriert.
- Die Breitbandinitiative Teltow-Fläming konnte mit der Erschließung weiterer Ortsteile, insbesondere auch im Süden des Landkreises, weitere Erfolge erzielen. Vielfach gelingt eine Versorgung mit einer Bandbreite von 25 Mbit/s.
- Der Lotsendienst Teltow-Fläming erbringt Beratungsleistungen für Existenzgründer aus der Arbeitslosigkeit. Die Arbeit erfolgt kontinuierlich und erfolgreich. Insbesondere erreicht der Landkreis Teltow-Fläming bei der Bestandsquote der Neugründungen Spitzenwerte.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Der Jahresabschluss 2012 weist einen Überschuss in Höhe von 81.360 € aus. Seit mehreren Jahren ist es erstmals gelungen, mit einem positiven Ergebnis abzuschließen. Das konnte im Wesentlichen durch Einmal Erlöse aus Verkäufen erzielt werden. Nach wie vor benötigt die SWFG mbH auf Grund ihrer Konstruktion auch weiterhin Zuschüsse des Landkreises bzw. die Realisierung der Verlustausgleiche. Die finanziellen Belastungen durch den Kapitaldienst für die Investitionskredite und auch für die Betriebsmittelkredite können nicht erwirtschaftet werden. Die Mieteinnahmen im BTPL bilden ein stabiles Einnahmefundament. In den in der Entwicklung befindlichen Gewerbegebieten können durch Veräußerungen von Flächen zur Ansiedlung von Unternehmen Einmaleffekte erzielt werden. Andere Einnahmequellen hat die SWFG mbH nicht.

Der für kommunale Wirtschaftsförderungsgesellschaften relativ hohe Immobilienbestand der SWFG mbH wirkt sich auch auf die Bilanzstruktur aus. So beträgt der Anteil des Anlagevermögens 78,4 % (Vj. 79,4 %) vom Gesamtvermögen. Dem steht ein entsprechend hoher Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber. Die langfristige Bindung des Kapitals kann die Flexibilität, d.h. die Fähigkeit der Gesellschaft, sich auf verändernde Rahmenbedingungen einzustellen, einschränken. Daher soll der Anteil des Anlagevermögens sowie des entsprechenden Fremdkapitals an der Bilanzsumme in den nächsten Jahren kontinuierlich reduziert werden. Folglich besteht in Verbindung mit einer entsprechenden Verringerung der Bilanzsumme die Möglichkeit, das vorhandene Eigenkapital aufzuwerten und die Eigenkapitalquote zu steigern.

Der Anlagendeckungsgrad II liegt mit 99,5 % (Vj. 94,2 %) unter dem durchschnittlichen Zielwert von 110 bis 150 %. Grund dafür ist das Verhältnis der hohen Anlagenintensität in Verbindung mit der vergleichsweise geringeren Eigenkapital- sowie mittel- bis langfristigen Fremdkapitalausstattung. Diese Fristeninkongruenz wird auch bei Betrachtung der Liquidität 3. Grades deutlich. Insofern deckt das kurzfristige Vermögen (Umlaufvermögen) der SWFG mbH die kurzfristigen Verbindlichkeiten nur zu 97,8 % (Vj. 73,8 %). Der Zielwert liegt dagegen bei über 120 %. Insgesamt zeigen diese Positionen die angespannte Finanzsituation der Gesellschaft auf.

Die mit dem großen Immobilienbestand einhergehenden Verbindlichkeiten in Höhe von rd. 27,2 Mio. € (Vj. 29,6 Mio. €) führen wiederum zu einer starken Zinsbelastung und einer vergleichsweise hohen Zinsaufwandsquote von 14,2 % (Vj. 19,8 %).

Zusätzlich zum Zinsaufwand wird das Jahresergebnis der Gesellschaft insbesondere durch die Personalaufwendungen, Abschreibungen sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 6.087,8 T€ (Vj. 6.027,9 T€) belastet. Der Personalaufwand konnte in 2012 insbesondere durch die Umstrukturierung um 166 T€ auf 1.051 T€ gesenkt werden. Zugleich ist das Jahr 2012 gekennzeichnet von gesunkenen Umsatzerlösen um 92,6 T€ auf 2.335,2 T€, denen wiederum um 742,3 T€ auf 3.369,9 T€ gestiegene sonstige betriebliche Erträge gegenüberstehen. Letztlich verbesserte sich das Jahresergebnis im Vergleich zum Vorjahr um 1.600,7 T€ auf 81,4 T€ (Vj. -1.519,3 T€).

Auf Grund des hohen Gesamtkapitals von 35.089 T€, welches der Gesellschaft zur Verfügung steht, ergibt sich trotz positiven Jahresergebnis eine verhältnismäßig niedrige Gesamtkapitalrentabilität von 3,2 % (Vj. -1,1 %).

Die SWFG mbH hat für ihre Verhältnisse im Jahr 2012 ein wirtschaftlich gutes Jahr erlebt.

### CHANCEN UND RISIKEN

Die SWFG mbH lebt seit Jahren in der latenten Gefahr der Zahlungsunfähigkeit. Nur durch die Zusagen des Hauptgesellschafters, stets für ausreichend Liquidität zu sorgen, und dem Ansehen der SWFG mbH bei den finanzierenden Banken ist die Liquiditätssicherung gelungen. Durch die Einnahmen aus der Veräußerung der MBS-Immobilien ergeben sich neue Perspektiven für die SWFG mbH. Allerdings hängt es davon ab, wie die Entscheidung des Hauptgesellschafters über den Verbleib der finanziellen Mittel in der SWFG mbH im Rahmen der Beschlussfassungen durch die Gremien der Gesellschaft umgesetzt wird.

Würde der gesamte Verkaufserlös zur Sicherung der Liquidität in der SWFG mbH belassen, dann wäre die Zahlungsfähigkeit über mindestens fünf Jahre gesichert. Durch die Veräußerung von Grundstücken, insbesondere in Dahlewitz, kann dieser Zeitraum bei deutlichem Abbau der Kredite sogar noch weiter ausgedehnt werden. Würde beschlossen, dass der überwiegende Teil dieses Veräußerungserlöses oder gar der gesamte Veräußerungserlös zur Tilgung von Bankverbindlichkeiten unter Inkaufnahme von Vorfälligkeitsentschädigungen eingesetzt wird, würde die SWFG mbH in kurzer Zeit wieder Gefahr laufen, an die Grenze der Zahlungsfähigkeit zu kommen. Durch die abgeschlossenen Kreditverträge bleiben die Raten in der alten Höhe bestehen (Annuitätendarlehen), was bis auf die getilgten Kredite zur finanziellen Belastung in alter Höhe führt. Bei Verwendung des gesamten oder fast des gesamten Verkaufserlöses zur teilweisen Tilgung von Krediten wäre die Existenz der Gesellschaft nur unter der Prämisse gesichert, dass der Landkreis jährlich Zuführungen an die SWFG mbH leistet.

Mit der Veräußerung der MBS-Immobilien erhält die SWFG mbH erstmals die Chance, aus eigener Kraft zu agieren. In den beiden entwickelten Gewerbegebieten in Dahlewitz (GE Zülowstraße, GE Eschenweg Nord, beide ca. 8 km vom BER entfernt) liegt ein erhebliches Potenzial. Die Vermarktung war besonders im GE Zülowstraße gut angelaufen, kam aber durch die Pannen am BER zum Stillstand. Mit dem Fortgang der Arbeiten am BER und der Festlegung des Eröffnungstermins wird die Vermarktung wieder in Gang kommen. Der BTPL sichert der SWFG mbH kontinuierlich Einnahmen. Veräußerungen im BTPL (rund 2 Mio. € im Jahr 2012) führten zur Stabilisierung der Ertragslage der SWFG mbH.

### **3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)**

Im Jahr 2013 wird das Unternehmen aufgrund des Verkaufes des sogenannten MBS-Immobilienpaketes einen entsprechenden Zugang an liquiden Mitteln aufweisen sowie aus dem Buchgewinn einen deutlichen Gewinn erzielen. Das zukünftige Ergebnis der Gesellschaft hängt entscheidend davon ab, welche Kredite auf dieser Grundlage weiterhin vorfristig getilgt werden, und welche bestehen bleiben. Damit im Zusammenhang steht die zukünftige Höhe des Kapitaldienstes für die verbleibenden Darlehen sowie die Höhe der finanziellen Mittel, die der Gesellschaft weiterhin zur Verfügung stehen. Diese Faktoren hängen insbesondere von der Umsetzung der Entscheidungen des Hauptgesellschafters über den Verbleib von Liquidität aus dem Verkauf des MBS-Immobilienpaketes im Rahmen der Beschlussfassungen durch die Gremien der Gesellschaft ab. Auf Grundlage der aktuellen Planungsprognosen im Rahmen der Middle-Case-Planung wird für 2013 von einem Jahresüberschuss in Höhe von 392 T€ aufgrund des Einmaleffektes aus dem Immobilienverkauf ausgegangen.

#### 4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

<b>Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)</b>			
<b>Wirtschaftsjahr</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>2010</b>
1. Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht 2. entspr.)	1.300,0 T€	- T€	2.154,0 T€
2. Verlustausgleiche	1.000,0 T€	655,0 T€	2.950,0 T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen <sup>1</sup>	17.923,5 T€	19.307,2 T€	20.470,0 T€
4. sonst. Finanzbeziehungen	- T€	- T€	- T€

<sup>1</sup> Ausfallbürgschaften des Landkreises

#### 5. NACHWEISFÜHRUNG GEM. § 91 ABS. 6 BBGKVERF

##### ÖFFENTLICHER ZWECK (§ 91 ABS. 2 NR. 1 BBGKVERF)

Gemäß § 122 Abs. 2 BbgKVerf fördert der Landkreis insbesondere die wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung seines Gebiets zum Wohle der Einwohner. Dazu bedient er sich unter anderem der SWFG mbH.

Bei der Wahrnehmung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben arbeitet die Gesellschaft mit anderen Institutionen und Verwaltungen – auch kreisübergreifend – zusammen.

##### SUBSIDIARITÄT (§ 91 ABS. 3 SATZ 1 UND 3 BBGKVERF)

Die Gemeinde hat im Interesse einer sparsamen Haushaltsführung dafür zu sorgen, dass Leistungen, die von privaten Anbietern wirtschaftlicher erbracht werden können, diesen Anbietern übertragen werden. Neben dem wirtschaftlichen Vergleich ist die Qualität und Zuverlässigkeit zu berücksichtigen.

Es besteht keine Verpflichtung zur Einholung von Angeboten bzw. zur Erstellung von Vergleichsrechnungen, „wenn die Gemeindevertretung oder in den Fällen des § 50 Absatz 2 der Hauptausschuss eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde im öffentlichen Interesse für erforderlich hält.“ Wenn die nicht-wirtschaftlichen Erwägungen den Ausschlag gegeben haben, ist die Entscheidung zu begründen.

Eine wirtschaftliche Betätigung des Landkreises im öffentlichen Interesse wird gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf (Förderung von Wirtschaft und Gewerbe) sowie § 122 Abs. 2 BbgKVerf für erforderlich gehalten.

Daneben gibt es, da die Aufgabenerfüllung der Wirtschaftsförderung nicht kostendeckend möglich ist, keine Marktsituation in der private Anbieter die Leistungen der SWFG mbH wirtschaftlicher erbringen können.

NEBENLEISTUNGEN (§ 91 ABS. 5 BBGKVERF)

Im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung dürfen Nebenleistungen erbracht werden,

1. die im Wettbewerb üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten werden und den öffentlichen Hauptzweck nicht beeinträchtigen; mit der Durchführung dieser Nebenleistung sollen private Anbieter beauftragt werden, es sei denn, dies ist mit berechtigten Interessen der Gemeinde oder des Unternehmens nicht vereinbar, oder
2. die der Ausnutzung bestehender, sonst brachliegender Kapazitäten bei der Gemeinde oder dem Unternehmen dienen.

Die Nebenleistungen der SWFG mbH werden üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten und beeinträchtigen den Hauptzweck nicht. Es werden sonst brachliegende Kapazitäten des Unternehmens ausgenutzt.

## 6. SONSTIGES

Die SWFG mbH in Zahlen

<b>Bilanz zum 31.12.2012</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>Veränderung</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>27.509,4</b>	<b>29.068,0</b>	<b>-1.558,6</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4,8	3,6	1,3
II. Sachanlagen	27.392,9	28.978,4	-1.585,5
III. Finanzanlagen	111,7	86,0	25,6
<b>B Umlaufvermögen</b>	<b>7.531,7</b>	<b>6.815,7</b>	<b>716,0</b>
I. Vorräte	6.331,5	4.752,8	1.578,7
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.145,6	1.510,2	-364,6
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	54,7	552,7	-498,0
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>47,9</b>	<b>59,5</b>	<b>-11,6</b>
<b>D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>	<b>0,0</b>	<b>673,0</b>	<b>-673,0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>35.089,0</b>	<b>36.616,2</b>	<b>-1.527,2</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>1.708,4</b>	<b>0,0</b>	<b>1.708,4</b>
I. Gezeichnetes Kapital	3.956,1	3.956,1	0,0
II. Kapitalrücklage	5.460,0	4.160,0	1.300,0
III. Verlustvortrag	-7.789,0	-7.269,7	-519,3
IV. Jahresergebnis	81,4	-1.519,3	1.600,7
V. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,0	673,0	-673,0
<b>B. Sonderposten aus Investitionszuschüssen</b>	<b>6.067,5</b>	<b>6.809,1</b>	<b>-741,6</b>
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>46,5</b>	<b>103,0</b>	<b>-56,5</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>27.264,7</b>	<b>29.690,2</b>	<b>-2.425,5</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>1,9</b>	<b>13,9</b>	<b>-12,0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>35.089,0</b>	<b>36.616,2</b>	<b>-1.527,2</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2012</b>			
1. Umsatzerlöse	2.335,2	2.427,8	-92,6
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1.578,7	584,0	994,7
3. sonstige betriebliche Erträge	3.369,9	2.627,6	742,3
4. Personalaufwand	1.050,7	1.217,0	-166,3
5. Abschreibungen	1.325,4	1.184,9	140,5
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.711,7	3.626,0	85,7
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	22,5	103,6	-81,1
8. Aufwendungen aus Verlustübernahme	1,0	0,7	0,3
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.035,7	1.116,7	-81,0
<b>10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>182,1</b>	<b>-1.402,4</b>	<b>1.584,5</b>
11. außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0
12. außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
13. außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0
14. sonstige Steuern	100,7	116,9	-16,2
<b>15. Jahresfehlbetrag</b>	<b>81,4</b>	<b>-1.519,3</b>	<b>1.600,7</b>

## Die Beteiligungen der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH in Zahlen

### 3.1.1 Biotechnologiepark Luckenwalde GmbH (BTPL)

Gesellschafter: 100 % SWFG mbH

Geschäftsführung: Herr Herbert Vogler

Die GmbH hat ihre wirtschaftliche Tätigkeit seit 2008 eingestellt. Die bisherigen Aufgaben werden durch eine Abteilung der SWFG mbH wahrgenommen.

<b>Bilanz zum 31.12.2012</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>Veränderung</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Umlaufvermögen</b>	<b>50,3</b>	<b>50,8</b>	<b>-0,5</b>
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	50,3	50,8	-0,5
<b>Bilanzsumme</b>	<b>50,3</b>	<b>50,8</b>	<b>-0,5</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>50,3</b>	<b>50,8</b>	<b>-0,5</b>
I. Gezeichnetes Kapital	51,1	51,1	0,0
II. Gewinn-/Verlustvortrag	-0,3	0,2	-0,5
III. Jahresfehlbetrag	0,5	0,5	0,0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>50,3</b>	<b>50,8</b>	<b>-0,5</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2012</b>			
sonstige betriebliche Erträge	0,0	0,1	0,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	0,5	0,6	0,1
<b>Jahresfehlbetrag</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,0</b>

**3.1.2 Service-Agentur Teltow-Fläming GmbH (SEAG)**

Gesellschafter: 100 % SWFG

Geschäftsführung: Herr Herbert Vogler

Im Jahre 2010 hat die SEAG mbH ihre wirtschaftliche Tätigkeit eingestellt.

<b>Bilanz zum 31.12.2012</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>Veränderung</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Umlaufvermögen</b>	<b>62,6</b>	<b>48,6</b>	<b>14,1</b>
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	42,7	45,9	-3,2
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	19,9	2,7	17,3
<b>B. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>	<b>111,3</b>	<b>111,4</b>	<b>-0,1</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>173,9</b>	<b>159,9</b>	<b>14,0</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
I. Gezeichnetes Kapital	63,9	63,9	0,0
II. Verlustvortrag	-175,3	-175,3	0,0
III. Jahresüberschuss	0,1	0,0	0,1
IV. nicht gedeckter Fehlbetrag	111,3	111,4	-0,1
<b>B. Verbindlichkeiten</b>	<b>173,9</b>	<b>159,9</b>	<b>14,0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>173,9</b>	<b>159,9</b>	<b>14,0</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2012</b>			
1. Umsatzerlöse	0,8	4,4	-3,6
2. sonstige betriebliche Erträge	16,6	3,1	13,5
3. Personalaufwand	0,0	0,8	-0,8
4. Abschreibungen	0,0	0,0	0,0
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	6,1	6,7	-0,6
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11,3	0,0	11,3
<b>8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
9. Steuern	0,1	0,0	0,1
<b>10. Jahresergebnis</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>

**3.1.3 Flaeming-Skate GmbH (FS)**

Gesellschafter: 100 % SWFG mbH

Geschäftsführung: Herr Herbert Vogler

Im Zuge der Umstrukturierungen der SWFG – Firmengruppe wurde die wirtschaftliche Tätigkeit der FS GmbH in 2010 eingestellt.

<b>Bilanz zum 31.12.2012</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>Veränderung</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>0,0</b>	<b>1,0</b>	<b>-1,0</b>
I. Sachanlagen	0,0	1,0	-1,0
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>58,6</b>	<b>57,2</b>	<b>1,4</b>
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	58,6	57,2	1,4
<b>Bilanzsumme</b>	<b>58,6</b>	<b>58,2</b>	<b>0,4</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>25,0</b>	<b>24,6</b>	<b>0,4</b>
I. Gezeichnetes Kapital	25,0	25,0	0,0
II. Kapitalrücklage	35,3	35,3	0,0
III. Verlustvortrag	-35,3	-35,3	0,0
IV. Jahresfehlbetrag	0,0	-0,4	0,4
<b>B. Verbindlichkeiten</b>	<b>33,6</b>	<b>33,6</b>	<b>0,0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>58,6</b>	<b>58,2</b>	<b>0,4</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2012</b>			
1. sonstige betriebliche Erträge	0,0	0,0	0,0
2. Abschreibungen	0,2	0,4	0,2
3. sonstige betriebliche Aufwendungen	0,5	0,7	0,2
4. Erträge aus Verlustübernahme	0,8	0,7	-0,1
<b>5. Jahresergebnis</b>	<b>0,0</b>	<b>-0,4</b>	<b>-0,4</b>

**3.1.4 NEG Nunsdorfer Entwicklungsgesellschaft mbH**

Gesellschafter: 49 % SWFG und 51 % Herr Dipl.-Ing. Dr. Rainer Töpel

Geschäftsführung: Herr Dipl.-Ing. Dr. Rainer Töpel und Herr Herbert Vogler

Der Jahresabschlussbericht lag bei Endfertigung des Beteiligungsberichtes nicht vor.

### 3.1.5 UP Transfer Gesellschaft für Wissens- und Technologietransfer mbH an der Universität Potsdam

Gesellschafter: 6 % SWFG mbH, 76 % Universität Potsdam, 6 % Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin- Brandenburg e.V., 6 % ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH und 6 % Industrie- und Handelskammer Potsdam

Geschäftsführung: Herr Prof. Dr. Muszynski (bis 30.04.2010) und Herr Dr. Andreas Bohlen

Die UP TRANSFER GmbH ist eine private gemeinnützige Gesellschaft für Wissens- und Technologietransfer an der Universität Potsdam. Die Gesellschaft wurde von der Universität Potsdam gemeinsam mit Partnern aus dem Bereich der Wirtschaftsförderung gegründet, um auf die Bedürfnisse des Marktes flexibler zu reagieren und die Kompetenzen der grundlagen- und anwendungsorientierten Forschungsbereiche der Hochschule enger mit der Wirtschaft zu verzahnen.

Der Gesellschaftszweck umfasst die Forschung, Entwicklung, Lehre, Bildung und Weiterbildung sowie die Ermöglichung eines Wissens- und Technologietransfer ohne unnötige bürokratische Schranken.

<b>Bilanz zum 31.12.2012</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>Veränderung</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>77,8</b>	<b>98,5</b>	<b>-20,7</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3,2	8,1	-4,9
II. Sachanlagen	59,0	74,8	-15,8
III. Finanzanlagen	15,6	15,6	0,0
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>1.847,7</b>	<b>1.490,1</b>	<b>357,6</b>
I. Vorräte	22,9	20,8	2,1
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	417,7	236,3	181,4
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.407,1	1.233,0	174,1
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>4,3</b>	<b>4,1</b>	<b>0,2</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.929,9</b>	<b>1.592,7</b>	<b>337,2</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>1.448,3</b>	<b>1.165,0</b>	<b>283,3</b>
I. Gezeichnetes Kapital	25,6	25,6	0,0
II. Gewinnrücklagen	1.134,3	973,0	161,3
III. Bilanzgewinn	288,4	166,5	121,9
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>148,9</b>	<b>146,3</b>	<b>2,6</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>327,9</b>	<b>279,4</b>	<b>48,5</b>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>4,8</b>	<b>1,9</b>	<b>2,9</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.929,9</b>	<b>1.592,7</b>	<b>337,2</b>

**3.1.6 EWZ Entwicklungsgesellschaft Waldstadt Wünsdorf/Zehrendorf mbH**

Gesellschafter: 0,13 % SWFG mbH, 99,87 % Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau,  
Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg mbH i. L. (LEG)

Geschäftsführung: Frau Birgit Flügge

<b>Bilanz zum 31.12.2012</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>Veränderung</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>-0,1</b>
I. Sachanlagen	0,1	0,1	0,0
II. Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>10.758,7</b>	<b>10.789,6</b>	<b>-30,9</b>
I. Vorräte	10.422,4	10.606,8	-184,4
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	245,1	111,7	133,4
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	91,2	71,1	20,1
<b>C. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>	<b>53.146,7</b>	<b>52.311,3</b>	<b>835,4</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>63.905,5</b>	<b>63.101,0</b>	<b>804,5</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
I. Gezeichnetes Kapital	4.346,0	4.346,0	0,0
II. Verlustvortrag	56.657,2	56.544,3	112,9
III. Jahresfehlbetrag	835,4	112,9	722,5
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	53.146,7	52.311,3	835,4
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>3.886,8</b>	<b>3.806,3</b>	<b>80,5</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>60.017,2</b>	<b>59.293,1</b>	<b>724,1</b>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>1,5</b>	<b>1,6</b>	<b>-0,1</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>63.905,5</b>	<b>63.101,0</b>	<b>804,5</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2012</b>			
1. Umsatzerlöse	292,2	497,0	-204,8
2. Verminderung des Bestandes an Erschließungs- und	-184,3	-127,1	0,0
3. sonstige betriebliche Erträge	114,0	311,5	-197,5
4. Aufwendungen für LuL	-907,5	-1.042,6	135,1
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	0,1	0,1	0,0
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	81,2	93,3	-12,1
7. Erträge aus Beteiligungen	0,0	0,1	-0,1
8. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	26,8	0,0	0,0
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5,2	385,4	-380,2
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere	26,8	0,0	0,0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	94,7	16,0	78,6
<b>13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-856,3</b>	<b>-85,1</b>	<b>-771,2</b>
14. sonstige Steuern	20,8	-27,8	48,7
<b>15. Jahresergebnis</b>	<b>-835,4</b>	<b>-112,9</b>	<b>-722,5</b>

### 3.2 Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH – Besitzgesellschaft, Trebbin (FGS)

#### 1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

##### FIRMENSITZ

Am Flugplatz, 14959 Trebbin (OT Schönhagen)

##### E-MAIL

[Info@edaz.de](mailto:Info@edaz.de)

##### HOMEPAGE

[www.edaz.de](http://www.edaz.de)

##### GRÜNDUNG

02.05.1991



Die Beteiligung des ehemaligen Landkreises Luckenwalde als Gesellschafter an der zu gründenden Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH erfolgte auf Grundlage des Beschlusses Nr. 079/91 des Kreistages vom 25.04.1991.

##### GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde am 02.05.1991 notariell beurkundet und zuletzt am 30.04.2009 notariell geändert.

##### GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages vom 20.03.2000 wurde die Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH durch den Zusatz - Besitzgesellschaft - umfirmiert und der Gegenstand des Unternehmens wie folgt neu gefasst:

Der Gegenstand des Unternehmens ist das Vorhalten des Flugplatzes in Schönhagen als Verkehrslandeplatz für den Geschäftsreiseverkehr, den privaten Luftverkehr, die Entwicklung der Infrastruktur, die Errichtung eines Luftfahrt-Technologieparks, die Vermietung und Verpachtung von Immobilien sowie die Vertretung des Standortes nach außen (Marketing).

(§ 2 des Gesellschaftsvertrages)

Für die Organisation des eigentlichen Luftverkehrs wurde als Tochter zum 01.05.2000 eine Betriebsgesellschaft mit 50.000,00 € Stammkapital gegründet, deren Gesellschafter zu 100 % die Besitzgesellschaft ist. Die Besitzgesellschaft hat mit der Betriebsgesellschaft einen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen.

##### RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

##### STAMMKAPITAL

2.275.300,00 €

##### BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming:	99,54 %	2.264.800,00 €
Stadt Trebbin:	0,46 %	10.500,00 €

##### BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH – Betriebsgesellschaft:	100 %
--	-------

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Dr.-Ing. Klaus-Jürgen Schwahn

MITGLIEDER DER GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG

Herr Peer Giesecke (Vorsitzender, Landrat des Landkreises Teltow-Fläming bis 10.12.2012)

Frau Kirsten Gurske (Vorsitzende, Erste Beigeordnete des Landkreis Teltow-Fläming ab 11.12.2012)

Herr Thomas Berger (Bürgermeister der Stadt Trebbin)

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat besteht aus dem Landrat des Landkreises Teltow-Fläming als Vorsitzendem, dem Bürgermeister der Stadt Trebbin, bis zu vier Mitgliedern der jeweils größten im Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming vertretenen Fraktionen sowie bis zu drei weiteren von der Gesellschafterversammlung berufenen Personen mit Fachkompetenz.

Herr Peer Giesecke (Vorsitzender, Landrat des Landkreises Teltow-Fläming bis 10.12.2012)

Frau Kirsten Gurske (Erste Beigeordnete, Aufsichtsratsvorsitzende ab 11.12.2012)

Herr Thomas Berger (Bürgermeister der Stadt Trebbin)

Herr Christoph Meyerrose (Geschäftsführer der Lufthansa Bombardier Aviation Services GmbH)

Herr Andreas Deckert (Leiter Verkehr Berliner Flughäfen)

Frau Heide Igel (Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming, SPD)

Herr Dr. Rudolf Haase (Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming, Die Linke)

Herr Danny Eichelbaum (Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming, CDU)

Herr Michael Baumecker (Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming, BV)

ABSCHLUSSPRÜFER

Diplom-Kaufmann Eckhardt Beil

Wirtschaftsprüfer

**2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)**

(Die Angaben beziehen sich auf den konsolidierten Jahresabschluss 2012 von Besitz- und Betriebsgesellschaft)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2012	2011	2010	2011 zu 2012	2010 zu 2011	2011 zu 2012	2010 zu 2011
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)</b>				<b>Vermögens- und Kapitalstruktur</b>		<b>Vermögens- und Kapitalstruktur</b>	
Anlagenintensität	96,3%	90,5%	94,2%	5,8%	-3,7%	6,4%	-3,9%
Eigenkapitalquote	42,6%	38,6%	33,5%	4,0%	5,1%	10,4%	15,2%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	79,9%	78,9%	76,2%	1,0%	2,7%	1,3%	3,6%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)</b>				<b>Finanzierung und Liquidität</b>		<b>Finanzierung und Liquidität</b>	
Anlagendeckung II <sup>1</sup>	100,6%	107,9%	102,1%	-7,3%	5,8%	-6,8%	5,7%
Zinsaufwandsquote	15,8%	16,9%	20,0%	-1,1%	-3,1%	-6,5%	-15,5%
Zinsaufwandsquote <sup>2</sup>	10,7%	10,4%	12,2%	0,3%	-1,8%	2,7%	-14,7%
Liquidität 3. Grades	118,2%	408,0%	149,9%	-289,8%	258,1%	-71,0%	172,2%
Cashflow	- 241,2 T€	- 370,9 T€	- 445,0 T€	129,7 T€	74,1 T€	35,0%	16,7%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	- 1.090,2 T€	804,4 T€	539,2 T€	- 1.894,6 T€	265,2 T€	-235,5%	49,2%
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)</b>				<b>Rentabilität und Geschäftserfolg</b>		<b>Rentabilität und Geschäftserfolg</b>	
Gesamtkapitalrentabilität	-2,8%	-2,4%	-2,6%	-0,4%	0,2%	-16,0%	7,6%
Umsatz	1.066,4 T€	1.119,9 T€	898,1 T€	- 53,5 T€	221,8 T€	-4,8%	24,7%
Jahresergebnis	- 733,8 T€	- 666,9 T€	- 696,7 T€	- 66,9 T€	29,8 T€	-10,0%	4,3%
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)</b>				<b>Personalbestand</b>		<b>Personalbestand</b>	
Personalaufwandsquote	64,0%	57,0%	65,0%	7,0%	-8,0%	12,3%	-12,3%
Personalintensität	43,2%	35,2%	39,8%	8,0%	-4,6%	22,9%	-11,6%
Anzahl der Mitarbeiter	18	17	16	1	1	5,9%	6,3%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

<sup>1</sup> unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital

<sup>2</sup> unter Berücksichtigung der Gesamtleistung & den sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung)

**GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN**

Die Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH hat im Jahr 2012 mit der Vorhaltung des Verkehrslandeplatzes Schönhagen die ihr übertragenen, satzungsgemäßen Aufgaben erfüllt.

Mit der Erteilung der Genehmigung für den Instrumentenflugbetrieb im Juni 2012 wurde ein knapp fünf Jahre dauerndes, komplexes Genehmigungsverfahren erfolgreich abgeschlossen. Allerdings klagt der Naturschutzbund vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg gegen die naturschutzrechtliche Genehmigung, deren Rechtskraft Voraussetzung für die neue Betriebsgenehmigung ist. Bei einem positiven Abschluss des Gerichtsverfahrens könnte der Flugplatz Schönhagen seine Rolle als Entlastungsflugplatz der Allgemeinen Luftfahrt für BER noch weiter, als bisher schon erfolgt, ausbauen. Das Interesse am Flugplatz würde noch einmal zunehmen und damit auch weitere Firmenansiedlungen und LFZ-Stationierungen ermöglichen.

Ansonsten war das Jahr 2012 eher von einer gewissen Stagnation gekennzeichnet. Der Bau des Großflughafens BER hatte in den vergangenen Jahren zu einer positiven Grundstimmung der Luftverkehrsbranche in der gesamten Region geführt, von der auch der Flugplatz Schönhagen profitieren konnte. Die erneute, unbestimmte Verschiebung des Eröffnungstermins von BER hatte zwar keinen unmittelbaren Einfluss auf den Geschäftsverlauf Schönhagens, dennoch hat zunächst auch Schönhagen unter dem nachlassenden Interesse der Luftverkehrsbranche an der gesamten Region gelitten. Geplante Firmenansiedlungen wurden auch in Schönhagen abgesagt bzw. verschoben.

#### VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Unter Berücksichtigung der Leistungen, die der Hauptgesellschafter (Landkreis Teltow-Fläming) gegenüber der FGS mbH in Form von Einlagen, Verlustausgleichen und Ausfallbürgschaften erbringt, war die Gesellschaft 2012 wirtschaftlich stabil aufgestellt. Dabei ist zu beachten, dass Flugplätze als Mischgut aus privatwirtschaftlichen Unternehmen und öffentlicher Verkehrsinfrastruktur zu betrachten sind. Privatwirtschaftlichen Einnahmen stehen öffentliche Ausgaben zum Erhalt und der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur sowie der Sicherung der Betriebsbereitschaft gegenüber. Insbesondere die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben kann in der Regel nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt werden, da diese nicht rentierliche Aktivitäten bzw. Investitionen erfordert. Die in der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft begründete, fehlende Kostendeckung führte auch in 2012 zu einem negativen Jahresergebnis von -733,8 T€ (Vj. -666,9 T€). Trotz der daraus resultierenden Belastung konnte das Eigenkapital (inkl. Sonderposten) in 2012 um 498,1 T€ auf 16,3 Mio. € gesteigert werden. Ermöglicht wurde dies durch Verlustausgleiche, die der Landkreis der Gesellschaft zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse und Sicherung der Liquidität zugeführt hat. Die Eigenkapitalquote stieg um 4,0 % auf 42,6 % (Vj. 38,6 %). Die Eigenkapitalquote inklusive Sonderposten<sup>1</sup> beläuft sich sogar auf 79,9 % (Vj. 78,9 %). Insbesondere mit Blick auf die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft und unter Berücksichtigung der jährlichen Minderung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse ist die Entwicklung der Eigenkapitalquote als äußerst positiv zu werten.

Im Berichtsjahr erfolgte ein Anstieg der Anlagenintensität auf 96,3 % (Vj. 90,5 %). Auf Grund der verbesserten Eigenkapitalbasis wird das langfristige Vermögen der FGS mbH in 2012 trotz einer gleichzeitigen Verringerung des mittel- und langfristigen Fremdkapitals vollständig durch mittel- und langfristiges Kapital gedeckt (Anlagendeckungsgrad II von 100,6 %, Vj. 107,9 %). Auch die Deckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch das Umlaufvermögen ist positiv und liegt nun bei 118,2 % (Vj. 408,0 %). Die im Vergleich zu den Vorjahren anhaltende positive Entwicklung der Fristenrelationen und der Liquidität in 2012 zeigt, dass die Gesellschaft diesbezüglich auf dem richtigen Weg ist, um ihre bilanzielle Struktur zu stabilisieren.

Begründet durch das hohe Finanzierungsvolumen für Investitionen in die Entwicklung des Flugplatzes, bspw. für den Bau von Flugzeugeinstellhallen oder die Einrichtung des Luftraums F, weist die Gesellschaft eine relativ hohe Zinsaufwandsquote von 15,8% (Vj. 16,9%) aus. Zusätzlich zum Zinsaufwand wird das Jahresergebnis insbesondere durch die Personalaufwendungen, Materialaufwendungen, Abschreibungen sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 2.331,9 T€ (Vj. 2.481,5 T€) belastet. Zugleich ist das Jahr 2012 gekennzeichnet von um 53,5 T€ auf 1.066,4 T€ gesunkene Umsatzerlösen sowie um 182,7 T€ auf 514,6 T€ gesunkene sonstige betriebliche Erträge. Die Betriebsleistung der FGS mbH beziffert sich in 2012 auf rd. 1.581,0 T€ (Vj. 1.817,2 T€) und sank

---

<sup>1</sup> Sonderposten für Investitionszuschüsse – Die erhaltenen Zuschussmittel für Investitionen in das Anlagevermögen wurden als „Sonderposten aus Investitionszuschüssen“ unter dem Eigenkapital ausgewiesen. Dieser Sonderposten wird, verteilt über die Zeit der Abschreibungsdauer der geförderten Investitionsgüter, jährlich in Höhe der Abschreibungen, welche auf den geförderten Teil der Anlagegüter entfallen, ertragswirksam aufgelöst.

somit um 236,2 T€. Im Vergleich von 2011 zu 2012 wurden in den Positionen Personalaufwand, Abschreibungen, sonstige betriebliche Aufwendungen und Zinsaufwand insgesamt 149,6 T€ eingespart. Insgesamt erhöhte sich der Jahresfehlbetrag im Vergleich zum Vorjahr um rd. 66,9 T€ auf -733,8 T€ (Vj. -666,9 T€).

Die hohe Kostenbelastung wirkt sich auch auf den erwirtschafteten Cash-Flow, also dem um Abschreibungen, die Auflösung von Sonderposten, der Zu- bzw. Abnahme der Rückstellungen sowie dem außerordentlichen Ergebnis bereinigten Jahresergebnis, aus. Die FGS mbH weist, wie auch in den Vorjahren, einen negativen Cash-Flow bzw. Cash-Loss aus (2012: -241,2 T€, Vj. -370,9 T€).

Die Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes weist zum Stichtag einen Saldo von -1.090,2 T€ aus. Die Finanzlage der Gesellschaft stellt sich dennoch ausgesprochen positiv dar, da dieser negative Saldo ausschließlich durch die Umgliederung der festverzinslichen Finanzanlagen entstanden ist.

#### CHANCEN UND RISIKEN

Gemäß einer vom 01.01.2011 bis 31.12.2013 laufenden Zielvereinbarung zwischen Flugplatzgesellschaft und Landkreis Teltow-Fläming erfolgt ein jährlicher Verlustausgleich bis zu einer Höhe von maximal 1 Million Euro. Diese Obergrenze konnte 2012 jedoch um 266 T€ unterschritten und wird 2013 aller Voraussicht nach um 278 T€ unterschritten werden.

Durch einen Nachschuss des Hauptgesellschafters in zwei Raten 2011 und 2012 wurde der Verlustausgleich für Vorjahre auf Null bereinigt. Die Flugplatzgesellschaft hat dadurch für die nächsten Jahre eine sichere Liquiditätsbasis.

### **3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)**

Die anhängige Klage gegen den Instrumentenflugbetrieb wird die Betriebsaufnahme höchstwahrscheinlich in das Jahr 2014 oder 2015 verschieben. Damit ist die weitere Entwicklung des Flugplatzes etwas gebremst.

Andererseits konnte der Flugplatz Schönhagen, trotz des negativen Einflusses der BER-Verschiebung auf die gesamte Region, weiter von seinem positiven Branchenimage profitieren. So wurde der Flugplatz im Rahmen einer Preisverleihung anlässlich der Aero im April 2013, als „Vorzeigeflugplatz der Republik“ bezeichnet, begleitet von verschiedenen Presseberichten. Im Laufe des Jahres 2013 haben die Nachfragen nach LFZ-Stellplätzen und Firmenansiedlungen dann auch wieder etwas zugenommen und neue Mietverträge konnten bereits im 1. Halbjahr umgesetzt werden. Der eingeschlagene Weg eines bedarfsgerechten, stetigen Ausbaus wird weiter verfolgt, um die Kosten des grundsätzlich defizitären Flugbetriebs zu einem immer größeren Teil durch Einnahmen außerhalb des Flugbetriebs aufzufangen.

Der wirtschaftliche und operative Handlungsspielraum des Flugplatzes wird durch die aktuelle Finanzlage und den im Haushalt eingestellten Zuschuss des Landkreises weiter gesichert sein. Da der Flugbetrieb nicht kostendeckend möglich ist, wird der Flugplatz auch in Zukunft auf eine Zuwendung des Hauptgesellschafters angewiesen sein.

Den Anforderungen der Brandenburger Kommunalverfassung und des Europäischen Beihilferechts soll bis Ende 2013 durch eine interne Umstrukturierung entsprochen werden. Die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse als staatliche Daseinsvorsorge wird dann deutlicher von den übrigen unternehmerischen Aktivitäten getrennt.

**4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER**

<b>Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)</b>			
<b>Wirtschaftsjahr</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>2010</b>
1. Kapitalzuführungen (die nicht 2. entspr.)	- T€	183,0 T€	420,0 T€
2. Verlustausgleiche	1.697,3 T€	1.428,7 T€	936,5 T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen <sup>1</sup>	2.708,7 T€	2.956,9 T€	3.211,1 T€
4. sonst. Finanzbeziehungen	- T€	- T€	- T€

<sup>1</sup> Ausfallbürgschaften des Landkreises

**5. NACHWEISFÜHRUNG GEM. § 91 ABS. 6 BBGKVERF**ÖFFENTLICHER ZWECK (§ 91 ABS. 2 NR. 1 BBGKVERF)

In der Luftverkehrskonzeption des Landes Brandenburg (2. Fortschreibung, April 2008) ist der VLP Schönhagen als besonders wichtiger, förderungswürdiger Standort mit den in der Kategorie Verkehrslandeplätze vor dem VLP Strausberg meisten Flugbewegungen im Land Brandenburg ausgewiesen. Für die Allgemeine Luftfahrt verfügt der Kernbereich der Metropolregion Berlin-Brandenburg mit diesem VLP über einen sehr gut ausgestatteten Flugplatz für den allgemeinen Luftverkehr. Besondere Bedeutung kommt dabei der Einrichtung des Instrumentenanflugbetriebes in Schönhagen zu, denn unter der Voraussetzung der Anfliegbarkeit unter Instrumentenflugbedingungen ist der VLP Schönhagen auf Grund seiner räumlichen Lage und verkehrlichen Anbindung sehr gut geeignet, den Flughafen Berlin-Brandenburg zu entlasten sowie zu ergänzen.

Ebenso ist der VLP Schönhagen durch den Aufbau eines Luftfahrt-Technologieparks ein wichtiger Standort- und Wirtschaftsfaktor für die Entwicklung des Landkreises Teltow-Fläming.

SUBSIDIARITÄT (§ 91 ABS. 3 SATZ 1 UND 3 BBGKVERF)

Die Gemeinde hat im Interesse einer sparsamen Haushaltsführung dafür zu sorgen, dass Leistungen, die von privaten Anbietern wirtschaftlicher erbracht werden können, diesen Anbietern übertragen werden. Neben dem wirtschaftlichen Vergleich ist die Qualität und Zuverlässigkeit zu berücksichtigen.

Es besteht keine Verpflichtung zur Einholung von Angeboten bzw. zur Erstellung von Vergleichsberechnungen, „wenn die Gemeindevertretung oder in den Fällen des § 50 Absatz 2 der Hauptauschuss eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde im öffentlichen Interesse für erforderlich hält.“ Wenn die nicht-wirtschaftlichen Erwägungen den Ausschlag gegeben haben, ist die Entscheidung zu begründen.

Eine wirtschaftliche Betätigung des Landkreises im öffentlichen Interesse wird gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf (Förderung von Wirtschaft und Gewerbe) sowie § 122 Abs. 2 BbKVerf für erforderlich gehalten.

Daneben gibt es, da der Flugbetrieb nicht kostendeckend möglich ist, keine Marktsituation in der private Anbieter die Leistungen der FGS mbH wirtschaftlicher erbringen können.

NEBENLEISTUNGEN (§ 91 ABS. 5 BBGKVERF)

Im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung dürfen Nebenleistungen erbracht werden,

1. die im Wettbewerb üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten werden und den öffentlichen Hauptzweck nicht beeinträchtigen; mit der Durchführung dieser Nebenleistung sollen private Anbieter beauftragt werden, es sei denn, dies ist mit berechtigten Interessen der Gemeinde oder des Unternehmens nicht vereinbar, oder
2. die der Ausnutzung bestehender, sonst brachliegender Kapazitäten bei der Gemeinde oder dem Unternehmen dienen.

Die Nebenleistungen der FGS mbH werden üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten und beeinträchtigen den Hauptzweck nicht. Es werden sonst brachliegende Kapazitäten des Unternehmens ausgenutzt.

**6. SONSTIGES**

Die FGS mbH in Zahlen (konsolidiert)

<b>Bilanz zum 31.12.2012</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>Veränderung</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>19.669,9</b>	<b>18.168,2</b>	<b>1.501,7</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2,0	1,1	0,9
II. Sachanlagen	19.667,8	18.167,1	1.500,7
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>764,9</b>	<b>1.885,2</b>	<b>-1.120,3</b>
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	105,1	135,2	-30,0
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	659,8	1.750,0	-1.090,2
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,3</b>	<b>11,4</b>	<b>-11,1</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>20.435,1</b>	<b>20.064,8</b>	<b>370,4</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>16.329,4</b>	<b>15.831,3</b>	<b>498,1</b>
I. Gezeichnetes Kapital	2.275,3	2.275,3	0,0
II. Kapitalrücklage	17.894,4	16.662,6	1.231,8
IV. Verlustvortrag	3.106,5	2.439,7	666,9
V. Jahresfehlbetrag	733,8	666,9	66,9
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>242,3</b>	<b>66,0</b>	<b>176,3</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>3.859,9</b>	<b>4.167,4</b>	<b>-307,5</b>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>3,6</b>	<b>0,0</b>	<b>3,6</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>20.435,1</b>	<b>20.064,8</b>	<b>370,4</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2012</b>			
1. Umsatzerlöse	1.066,4	1.119,9	-53,5
2. sonstige betriebliche Erträge	514,6	697,3	-182,7
3. Materialaufwand	132,9	125,9	7,0
4. Personalaufwand	682,9	638,8	44,1
5. Abschreibungen	781,8	776,7	5,1
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	565,6	751,3	-185,7
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	33,7	15,7	18,0
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	168,7	188,8	-20,1
<b>9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-717,1</b>	<b>-648,5</b>	<b>-68,6</b>
10. außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0
11. außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
<b>12. außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
13. sonstige Steuern	16,7	18,4	-1,7
<b>14. Jahresfehlbetrag</b>	<b>-733,8</b>	<b>-666,9</b>	<b>-66,9</b>

Die FGS mbH in Zahlen (Besitzgesellschaft):

<b>Bilanz zum 31.12.2012</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>Veränderung</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>19.681,8</b>	<b>18.182,2</b>	<b>1.499,6</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2,0	1,1	0,9
II. Sachanlagen	17.550,1	18.131,1	-581,0
III. Finanzanlagen	2.129,7	50,0	2.079,7
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>707,2</b>	<b>1.813,5</b>	<b>-1.106,3</b>
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	78,3	109,6	-31,3
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	628,9	1.703,9	-1.075,0
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,2</b>	<b>9,9</b>	<b>-9,7</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>20.389,1</b>	<b>20.005,6</b>	<b>383,5</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>16.329,4</b>	<b>15.831,3</b>	<b>498,1</b>
I. Gezeichnetes Kapital	2.275,3	2.275,3	0,0
II. Kapitalrücklage	17.894,4	16.662,6	1.231,8
III. Verlustvortrag	3.106,5	2.439,7	666,8
IV. Jahresfehlbetrag	733,8	666,9	66,9
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>234,0</b>	<b>57,4</b>	<b>176,6</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>3.822,1</b>	<b>4.116,8</b>	<b>-294,7</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>20.389,1</b>	<b>20.005,6</b>	<b>383,5</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2012</b>			
1. Umsatzerlöse	866,8	917,5	-50,7
2. sonstige betriebliche Erträge	485,0	693,1	-208,1
3. Materialaufwand	130,7	126,1	4,6
4. Personalaufwand	362,2	343,3	18,9
5. Abschreibungen	770,2	770,9	-0,7
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	346,6	533,8	-187,2
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	33,3	15,4	17,9
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	168,7	188,8	-20,1
9. Aufwendungen aus Verlustübernahme	324,3	312,3	12,0
<b>10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-717,6</b>	<b>-649,2</b>	<b>-68,4</b>
11. außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0
12. außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
<b>13. außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
14. sonstige Steuern	16,2	17,7	-1,5
<b>15. Jahresergebnis</b>	<b>-733,8</b>	<b>-666,9</b>	<b>-66,9</b>

**Die Beteiligung der Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH – Besitzgesellschaft in Zahlen****3.2.1 Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH – Betriebsgesellschaft**

Gesellschafter: 100 % FGS mbH – Besitzgesellschaft

Geschäftsführer: Herr Dr.-Ing. Klaus-Jürgen Schwahn

<b>Bilanz zum 31.12.2012</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>Veränderung</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>38,1</b>	<b>36,1</b>	<b>2,0</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,0	0,0	0,0
II. Sachanlagen	38,1	36,0	2,1
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>72,6</b>	<b>106,0</b>	<b>-33,4</b>
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	41,7	59,9	-18,2
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	30,9	46,1	-15,2
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,2</b>	<b>1,5</b>	<b>-1,3</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>110,9</b>	<b>143,5</b>	<b>-32,6</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>50,0</b>	<b>50,0</b>	<b>0,0</b>
I. Gezeichnetes Kapital	50,0	50,0	0,0
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>8,3</b>	<b>8,6</b>	<b>-0,3</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>52,6</b>	<b>84,9</b>	<b>-32,3</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>110,9</b>	<b>143,5</b>	<b>-32,6</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2012</b>			
1. Umsatzerlöse	308,8	294,4	14,4
2. sonstige betriebliche Erträge	29,6	4,2	25,4
3. Materialaufwand	2,1	-0,2	2,3
4. Personalaufwand	320,7	295,5	25,2
5. Abschreibungen	11,5	5,8	5,7
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	328,2	309,5	18,7
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,3	0,4	0,1
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
<b>9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-323,7</b>	<b>-311,6</b>	<b>-12,1</b>
10. sonstige Steuern	0,5	0,7	-0,2
11. Erträge aus Verlustübernahme	324,3	312,3	12,0
<b>12. Jahresergebnis</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

### 3.3 Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf, Am Mellensee (GAG)

#### 1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

##### FIRMENSITZ

Bahnhofstr. 10, 15838 Am Mellensee  
(OT Klausdorf)

##### E-MAIL

[info@gag-klausdorf.de](mailto:info@gag-klausdorf.de)

##### HOMEPAGE

[www.gag-klausdorf.de](http://www.gag-klausdorf.de)

##### GRÜNDUNG

30.07.1991



Die GAG mbH Klausdorf wurde auf der Grundlage des Beschlusses Nr. 0075 des Kreistages des damaligen Landkreises Zossen vom 17.06.1991 am 30.07.1991 gegründet.

##### GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Unternehmensgründung am 30.07.1991 notariell beurkundet und zuletzt durch den Gesellschafterbeschluss vom 20.07.2005 geändert (Sitz der Gesellschaft, Euro-Umstellung und Stammkapitalerhöhung).

##### GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Der Gegenstand des Unternehmens ist auf die Förderung der Fortbildung und Umschulung in allgemeinen als auch in zukunftsorientierten Berufen, einschließlich der sozialpädagogischen Begleitung, und auf die Schaffung von Arbeit gerichtet.

Die GAG mbH ist vorrangig eine „Soziale Bildungs- und Beschäftigungsinitiative“ im Sinne des Gutachtens „Qualifizierungs- und Beschäftigungsinitiative“ in der Bundesrepublik Deutschland.

Erbracht wird diese Förderung durch die

- Aufbringung der öffentlichen Mittel und Verwendung im Sinne des Gebers zur Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen durch eigene Veranstaltungen;
- Trägerschaft von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und sozialer Arbeit im öffentlichen Interesse zur Beschäftigung von schwer vermittelbaren Jugendlichen und Erwachsenen in deren beruflichem Bildungsfeld, um eine Rückführung ins Arbeitsleben zu ermöglichen;
- Kooperation mit gemeinnützigen Vereinen und Körperschaften des öffentlichen Rechts etc. zur Bildung und Beschäftigung von schwer vermittelbaren Jugendlichen und Erwachsenen;
- Kooperation mit Hoch- und Fachschulen, Forschungseinrichtungen, Technologieparks und öffentlichen Einrichtungen etc. zur Bildung und Beschäftigung von Jugendlichen und Erwachsenen.

Desweiteren ist die Unterhaltung eines gesonderten wirtschaftlichen Geschäftsbereiches, in dem § 3 des Gesellschaftsvertrages (Gemeinnützigkeit) nicht gültig ist, ein weiterer Gegenstand des Unternehmens.

Das Tätigkeitsfeld dieses wirtschaftlichen Geschäftsbereiches umfasst Schulung und Beratung, Dienstleistungen im kommunalen und gewerblichen Bereich, die Vermietung von Baumaschinen und Ausrüstungen sowie die Vermietung und Verpachtung von Immobilien.

(§ 2 des Gesellschaftsvertrages)

Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

50.000,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming:	75 %	37.500,00 €
Gemeinde Am Mellensee:	25 %	12.500,00 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

keine

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Herbert Vogler

MITGLIEDER DER GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG

Herr Siegmund Trebschuh (Wirtschaftsförderungsbeauftragter des Landkreises Teltow-Fläming)

Herr Frank Broshog (Bürgermeister der Gemeinde Am Mellensee)

ABSCHLUSSPRÜFER

Diplom-Kaufmann Eckhardt Beil

Wirtschaftsprüfer

**2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)**

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2012	2011	2010	2011 zu 2012	2010 zu 2011	2011 zu 2012	2010 zu 2011
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)</b>				<b>Vermögens- und Kapitalstruktur</b>		<b>Vermögens- und Kapitalstruktur</b>	
Anlagenintensität	70,2%	64,0%	63,1%	6,2%	0,7%	9,7%	1,1%
Eigenkapitalquote	5,1%	7,6%	12,5%	-2,5%	-4,9%	-32,7%	-39,0%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)</b>				<b>Finanzierung und Liquidität</b>		<b>Finanzierung und Liquidität</b>	
Anlagendeckung II <sup>1</sup>	112,4%	116,3%	124,3%	-3,9%	-8,0%	-3,4%	-6,5%
Zinsaufwandsquote	1,7%	1,8%	1,8%	-0,1%	0,1%	-5,4%	3,7%
Liquidität 3. Grades	135,7%	135,6%	164,1%	0,1%	-28,5%	0,1%	-17,4%
Cashflow	- 26,0 T€	- 2,9 T€	- 44,3 T€	- 23,1 T€	41,4 T€	-783,2%	93,4%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	- 100,5 T€	3,4 T€	106,1 T€	- 103,9 T€	- 102,7 T€	-3035,3%	-96,8%
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)</b>				<b>Rentabilität und Geschäftserfolg</b>		<b>Rentabilität und Geschäftserfolg</b>	
Gesamtkapitalrentabilität	0,3%	-1,9%	-4,1%	2,2%	2,2%	113,7%	52,9%
Umsatz	1.710,3 T€	1.627,1 T€	1.740,9 T€	83,2 T€	- 113,8 T€	5,1%	-6,5%
Jahresergebnis	- 26,9 T€	- 46,5 T€	- 67,5 T€	19,6 T€	21,0 T€	42,2%	31,1%
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)</b>				<b>Personalbestand</b>		<b>Personalbestand</b>	
Personalaufwandsquote	83,9%	79,1%	82,0%	4,8%	-2,9%	6,1%	-3,5%
Personalintensität	83,0%	78,9%	82,0%	4,1%	-3,1%	5,2%	-3,8%
Anzahl der Mitarbeiter (VbE)	Ø71 (13 fest)	Ø64 (17 fest)	Ø85 (16 fest)	7	-21	10,9%	-24,7%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

<sup>1</sup> unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital

**GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN**

Die GAG mbH Klausdorf hat sich als Arbeitsförderungsgesellschaft in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit, Geschäftsstellen Luckenwalde und Zossen, mit dem Jobcenter Teltow-Fläming und dem Landkreis Teltow-Fläming hauptsächlich die Aufgabe gestellt, Arbeitslose und Arbeitssuchende wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern. Dabei ist die Gesellschaft in hohem Maße von den Änderungen in der Arbeitsfördergesetzgebung des Bundes und der Umsetzung dieser Gesetze im Land Brandenburg abhängig. Außerdem hat sich die GAG mbH Klausdorf mit der Übernahme des Bereichs Büroservice aus einer verbundenen Unternehmung ein weiteres Standbein zugelegt, durch das die Gesellschaft starke Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt und deren Folgen für das eigene Agieren etwas ausgleichen kann.

Im Jahr 2012 kam es wie jedes Jahr wiederum zu Änderungen der Rahmenbedingungen im Bereich der Arbeitsförderung, einige Maßnahmen liefen aus, Neuanträge konnten nicht mehr gestellt werden. Kommunalkombi-Maßnahmen wurden im Jahre 2012 beendet. Die Kleinteiligkeit der letzten Jahre

wurde nicht aufgehoben, der erhöhte Arbeitsaufwand besteht weiterhin wie auch die formalen Hürden und sehr detaillierten Auswertungen.

Durchschnittlich waren im Jahr 2012 in der GAG mbH Klausdorf 13 vollbeschäftigte Personen (inklusive GF) und eine geringfügig Beschäftigte fest angestellt (im Vorjahr 17+1). Durch die gute Zusammenarbeit mit dem Jobcenter TF beim Fallmanagement, mit dem Landkreis Teltow-Fläming im Regionalbudget und mit dem Landkreis Teltow-Fläming und den Städten und Gemeinden Am Mellensee, Jüterbog, Luckenwalde, Rangsdorf und Zossen bei den Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH mit MAE) konnten im Rahmen der AGH mit MAE Langzeitarbeitslose zwischen drei und sechs Monaten in Beschäftigung gebracht werden. Das entspricht zusammen mit den fest angestellten Mitarbeitern auf das gesamte Jahr bezogen 71 VbE.

Nach wie vor bestehen Unwägbarkeiten in der Arbeitsförderung, vielfach werden Strategien vom Gesetzgeber abrupt verändert, Maßnahmen, dies sich aus der Sicht der Maßnahmeträger und Umsetzer bewährt haben, werden nicht weitergeführt, neue werden ins Leben gerufen. Das macht die Personalplanung außerordentlich schwierig. Da einige Maßnahmen, die mit ABM vergleichbar sind und hohen Anleitungsbedarf für die Maßnahmeteilnehmer haben, von der Arbeitsverwaltung für die Zukunft ausgeschlossen wurden, wurde die Anzahl der Fachanleiter im Unternehmen weiter reduziert, ab Juni 2012 wurde kein Fachanleiter mehr beschäftigt.

Die GAG mbH war bis 2011 an einem Unternehmen, der Glienicker Sanierungs- und Abrissgesellschaft mbH (GSAG mbH), beteiligt. Die Liquidation der GSAG mbH ist abgeschlossen.

#### VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Der Jahresabschluss 2012 weist einen Fehlbetrag von rd. 26,9 T€ (Vj. 46,5 T€) auf, der aus der Vermietung der Immobilie in Ludwigsfelde und den immer noch vorhandenen Personalüberhängen resultiert. Das bilanzielle Eigenkapital hat sich 2012 mit 38,3 T€ gegenüber dem Vorjahr weiter stark verringert (Vj. 65,2 T€). Im Zusammenhang mit der gleichzeitig gesunkenen Bilanzsumme verringerte sich die Eigenkapitalquote im Vorjahresvergleich auf 5,1 % (Vj. 7,6 %).

Bei einer derzeitigen Anlagenintensität von 70,2 % (Vj. 64,0 %) ist die fristenkongruente Finanzierung des langfristig gebundenen Vermögens durch mittel- und langfristig zur Verfügung stehendes Kapital gegeben – hauptsächlich jedoch durch Fremdkapital. So beträgt der Anlagendeckungsgrad II 112,4 % (Vj. 116,3 %). Auch die Deckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch das kurzfristige Vermögen (Umlaufvermögen) der GAG mbH ist mit einer Liquidität 3. Grades von 135,7 % (Vj. 135,6 %) ausreichend vorhanden.

Trotz des hohen Fremdkapitalanteils von 94,9 % am Gesamtkapital weist die Gesellschaft eine Zinsaufwandsquote von lediglich 1,7 % (Vj. 1,8 %) aus. Zusätzlich zum Zinsaufwand wird das Jahresergebnis der Gesellschaft insbesondere durch die Personalaufwendungen, Abschreibungen sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 1.754,9 T€ (Vj. 1.676,9 T€) belastet. Die größten Positionen bilden dabei der Personalaufwand mit 1.434,1 T€ (Vj. 1.287,5 T€) sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit 268,9 T€ (Vj. 332,9 T€). Insbesondere der hohe Anteil der Personalkosten am Umsatz (Personalaufwandsquote) in Höhe von 83,9 % (Vj. 79,1 %) liegt dabei in der Geschäftstätigkeit der GAG mbH als Arbeitsförderungs- und Beschäftigungsunternehmen begründet. Er korrespondiert prinzipiell mit der Entwicklung der Umsatzerlöse, die sich überwiegend aus Fördermitteln für die Durchführung von Arbeitsförderungsmaßnahmen zusammensetzen. Mit Steigerung der Umsatzerlöse um 83,2 T€ sank aufgrund einer Erhöhung der o.g. wesentlichen Kostenpositionen um 78,0 T€ der Jahresfehlbetrag auf 26,9 T€ (Vj. 46,5 T€).

Trotz des gesunkenen Gesamtvermögen und dem gesunkenen Jahresfehlbetrag sowie unter Beachtung der verdienten Fremdkapitalkosten hat sich die Gesamtkapitalrentabilität leicht verbessert: von - 1,9 % in 2011 auf 0,3 % in 2012. Die hohe Kostenbelastung schlägt sich auch in der Finanzflussrechnung nieder. So weist die Gesellschaft einen negativen Cash-Flow aus. Die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes ist mit rd. -100,5 T€ (Vj. 3,4 T€) ebenfalls negativ.

#### CHANCEN UND RISIKEN

Die gesamte Branche ist sehr von der Gesetzgebung auf Bundesebene und der Umsetzung der Bundesgesetze auf Landesebene abhängig. Die GAG mbH Klausdorf generiert den überwiegenden Teil ihrer Einnahmen aus geförderten Maßnahmen der Arbeitsverwaltung, des Landes und des Landkreises. Die Risiken bestehen darin, dass aufgrund der niedrigen Arbeitslosigkeit im Landkreis Mittel der Arbeitsverwaltung gestrichen und weniger Maßnahmen ausgeschrieben werden. Das würde sich sofort negativ auf die Vergabe von Maßnahmen an alle Träger, also auch auf die GAG mbH Klausdorf, und die damit verbundene Einnahmesituation auswirken.

Mit der in Angriff genommenen Zertifizierung nach AZWV (Akkreditierung- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung) hat die Gesellschaft Vorkehrungen getroffen, sich in weiteren Vergabefeldern der Arbeitsverwaltung, des Landes und des Landkreises um Maßnahmen zur Eingliederung von Arbeitslosen bzw. Arbeitssuchenden in den ersten Arbeitsmarkt unter Beibehaltung der bisherigen Aktivitäten zu bewerben.

### **3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)**

Die GAG mbH Klausdorf ist nach wie vor im hohen Maße von den Unwägbarkeiten der Gesetzgebung in Bezug auf Arbeitsförderung abhängig, das wird sich auch in Zukunft nicht ändern. Um künftig besser für die Anforderungen gerüstet zu sein, wird im Jahre 2013 die Zertifizierung nach AZWV in Angriff genommen. Damit erschließen sich dem Unternehmen weitere Möglichkeiten für die Akquise der von der Agentur für Arbeit, vom Jobcenter und von der Landesregierung über die LASA Brandenburg ausgeschrieben Maßnahmen.

### **4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER**

<b>Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)</b>			
<b>Wirtschaftsjahr</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>2010</b>
1. Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht 2. entspr.)	- T€	- T€	- T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen	- T€	- T€	- T€

## **5. NACHWEISFÜHRUNG GEM. § 91 ABS. 6 BBGKVERF**

### ÖFFENTLICHER ZWECK (§ 91 ABS. 2 NR. 1 BBGKVERF)

Ziel ist es, die Zahl der Arbeitslosen und Bezieher von ALGI/II im Landkreis zu senken. Um dies zu realisieren, arbeitete die GAG mbH Klausdorf u.a. beim Fallmanagement mit der ARGE TF, im Rahmen Regionalbudget mit dem Landkreis Teltow-Fläming und bei den Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH mit MAE) mit den Städten und Gemeinden Am Mellensee, Rangsdorf, Zossen und Jüterbog zusammen. Des Weiteren beschäftigte sie Personen mit Beschäftigungszuschuss (BEZ), führte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) durch und engagierte sich bei der Umsetzung der Maßnahme Kommunal-Kombi (KoKo) im Zusammenwirken mit Gemeinden, Städten und gemeinnützigen Einrichtungen.

### SUBSIDIARITÄT (§ 91 ABS. 3 SATZ 1 UND 3 BBGKVERF)

Die Gemeinde hat im Interesse einer sparsamen Haushaltsführung dafür zu sorgen, dass Leistungen, die von privaten Anbietern wirtschaftlicher erbracht werden können, diesen Anbietern übertragen werden. Neben dem wirtschaftlichen Vergleich ist die Qualität und Zuverlässigkeit zu berücksichtigen.

Es besteht keine Verpflichtung zur Einholung von Angeboten bzw. zur Erstellung von Vergleichsrechnungen, „wenn die Gemeindevertretung oder in den Fällen des § 50 Absatz 2 der Hauptauschuss eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde im öffentlichen Interesse für erforderlich hält.“ Wenn die nicht-wirtschaftlichen Erwägungen den Ausschlag gegeben haben, ist die Entscheidung zu begründen.

Eine wirtschaftliche Betätigung des Landkreises im öffentlichen Interesse wird gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf (Förderung von Wirtschaft und Gewerbe) sowie § 122 Abs. 2 BbKVerf für erforderlich gehalten.

Daneben erfolgt die Einhaltung des Grundsatzes der sparsamen Haushaltsführung, da die GAG mbH keine Zuschüsse erhält.

### NEBENLEISTUNGEN (§ 91 ABS. 5 BBGKVERF)

Im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung dürfen Nebenleistungen erbracht werden,

1. die im Wettbewerb üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten werden und den öffentlichen Hauptzweck nicht beeinträchtigen; mit der Durchführung dieser Nebenleistung sollen private Anbieter beauftragt werden, es sei denn, dies ist mit berechtigten Interessen der Gemeinde oder des Unternehmens nicht vereinbar, oder
2. die der Ausnutzung bestehender, sonst brachliegender Kapazitäten bei der Gemeinde oder dem Unternehmen dienen.

Durch die Nebenleistungen der GAG mbH werden sonst brachliegende Kapazitäten des Unternehmens ausgenutzt.

**6. SONSTIGES**

Die GAG mbH Klausdorf in Zahlen

<b>Bilanz zum 31.12.2012</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>Veränderung</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>522,9</b>	<b>545,6</b>	<b>-22,7</b>
I. Sachanlagen	522,9	545,6	-22,7
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>212,9</b>	<b>296,7</b>	<b>-83,8</b>
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	86,5	69,8	16,7
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	126,4	227,0	-100,6
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>8,6</b>	<b>10,8</b>	<b>-2,2</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>744,4</b>	<b>853,1</b>	<b>-108,7</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>38,3</b>	<b>65,2</b>	<b>-26,9</b>
I. Gezeichnetes Kapital	50,0	50,0	0,0
II. Gewinnrücklagen	15,2	61,7	-46,5
III. Jahresergebnis	-26,9	-46,5	19,6
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>13,2</b>	<b>35,3</b>	<b>-22,1</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>640,8</b>	<b>686,3</b>	<b>-45,5</b>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>52,1</b>	<b>66,4</b>	<b>-14,3</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>744,4</b>	<b>853,1</b>	<b>-108,7</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2012</b>			
1. Umsatzerlöse	1.710,3	1.627,1	83,2
2. sonstige betriebliche Erträge	18,2	3,8	14,4
3. Personalaufwand	1.434,1	1.287,5	146,6
4. Abschreibungen	23,0	26,6	-3,6
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	268,9	332,9	-64,0
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,3	0,2	0,1
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	28,9	29,9	-1,0
<b>8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-26,1</b>	<b>-45,8</b>	<b>19,7</b>
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0
10. sonstige Steuern	0,8	0,7	0,1
<b>11. Jahresfehlbetrag</b>	<b>-26,9</b>	<b>-46,5</b>	<b>19,6</b>

### 3.4 Luckenwalder Beschäftigungs- und Aufbaugesellschaft mbH, Luckenwalde (LUBA)

#### 1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

##### FIRMENSITZ

Rudolf-Breitscheid-Str. 72a, 14943 Luckenwalde

##### E-MAIL

[luba@flaeming-net.de](mailto:luba@flaeming-net.de)

##### HOMEPAGE

[www.luba.flaeming-net.de](http://www.luba.flaeming-net.de)

##### GRÜNDUNG

14.10.1991



Die LUBA mbH wurde auf der Grundlage des Beschlusses Nr. 112/91 des Kreistages des damaligen Landkreises Luckenwalde vom 29.08.1991 am 14.10.1991 gegründet.

##### GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde am 14.10.1991 notariell beurkundet und zuletzt am 12.08.2004 notariell geändert (Euroumstellung, weitere Aktualisierungen).

##### GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist es, Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern im Landkreis Teltow-Fläming und im speziellen der Stadt Luckenwalde und der Gemeinde Nuthe-Urstromtal Qualifizierung und produktive Berufs- und Arbeitsförderung sowie soziale Betreuung anzubieten und diese durchzuführen.

Die Gesellschaft hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Wiedereingliederung von Dauerzeitarbeitslosen [Langzeitarbeitslosen] sowie Verhinderung der Arbeitslosigkeit der von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmer
- b) Qualifizierung in neuen Tätigkeitsfeldern
- c) Entwicklung und Erprobung neuer zusätzlicher Arbeitsfelder
- d) Erschließung von Dauerarbeitsplätzen
- e) Vorrangige Integration Benachteiligter des Arbeitsmarktes, wie Frauen, Jugendliche und ältere Arbeitnehmer.

(§ 2 Abs. 1 und 2 des Gesellschaftsvertrages)

##### RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

##### STAMMKAPITAL

217.500,00 €

##### BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming:	40 %	87.000,00 €
Stadt Luckenwalde:	40 %	87.000,00 €
Gemeinde Nuthe-Urstromtal:	20 %	43.500,00 €

##### BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

keine

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Dipl.-Ing. (FH) Jörg Kräker

MITGLIEDER DER GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG

Herr Siegmund Trebschuh (Wirtschaftsförderungsbeauftragter des Landkreises Teltow-Fläming)

Herr Klaus-Ulrich Seifert (Stadt Luckenwalde)

Frau Monika Nestler (Gemeinde Nuthe-Urstromtal)

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 7 Mitgliedern besteht.

Jeder der Gesellschafter hat das Recht, zwei Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Ein weiteres Mitglied wird von den Arbeitnehmern der Gesellschaft gewählt.

Herr Erik Scheidler (Vorsitzender, Stadt Luckenwalde)

Herr Klaus-Ulrich Seifert (Stadt Luckenwalde, Angestellter)

Herr Dr. Rudolf Haase (Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming)

Frau Evelin Kierschk (Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming)

Frau Sabine Ernicke (Gemeinde Nuthe-Urstromtal)

Frau Christiane Heine (Gemeinde Nuthe-Urstromtal)

Herr Ulf Ziedrich (Arbeitnehmervertretung, Technischer Leiter der LUBA GmbH)

ABSCHLUSSPRÜFER

i.R.d. Insolvenzantrages erstellte die Steuerberaterin Uta Stewien den Jahresabschluss für den Zeitraum 01.01.2012 bis 30.09.2012, die Prüfung erfolgt durch den gerichtlich bestellten Sachwalter

**2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)**

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2012	2011	2010	2011 zu 2012	2010 zu 2011	2011 zu 2012	2010 zu 2011
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)</b>				<b>Vermögens- und Kapitalstruktur</b>		<b>Vermögens- und Kapitalstruktur</b>	
Anlagenintensität	60,1%	73,2%	79,5%	-13,1%	-6,3%	-17,9%	-7,9%
Eigenkapitalquote	6,2%	29,7%	38,5%	-23,5%	-8,7%	-79,0%	-22,7%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)</b>				<b>Finanzierung und Liquidität</b>		<b>Finanzierung und Liquidität</b>	
Anlagendeckung II <sup>1</sup>	26,0%	55,9%	76,9%	-29,9%	-21,0%	-53,5%	-27,3%
Zinsaufwandsquote	1,3%	0,5%	0,4%	0,8%	0,1%	166,9%	26,7%
Zinsaufwandsquote <sup>2</sup>	1,3%	0,5%	0,4%	0,8%	0,1%	162,8%	26,1%
Liquidität 3. Grades	65,0%	45,4%	54,1%	19,6%	-8,7%	43,2%	-16,1%
Cashflow	- 163,2 T€	- 41,7 T€	- 40,7 T€	- 121,5 T€	- 1,0 T€	-291,3%	-2,5%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	154,0 T€	- 0,7 T€	- 33,1 T€	154,7 T€	32,4 T€	22304,2%	97,9%
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)</b>				<b>Rentabilität und Geschäftserfolg</b>		<b>Rentabilität und Geschäftserfolg</b>	
Gesamtkapitalrentabilität	-19,6%	-6,0%	-45,8%	-13,7%	39,8%	-228,6%	86,9%
Umsatz	1.587,7 T€	2.265,9 T€	2.369,3 T€	- 678,2 T€	- 103,4 T€	-29,9%	-4,4%
Jahresergebnis	- 144,9 T€	- 43,9 T€	- 255,0 T€	- 101,0 T€	211,1 T€	-230,2%	82,8%
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)</b>				<b>Personalbestand</b>		<b>Personalbestand</b>	
Personalaufwandsquote	76,8%	74,3%	76,7%	2,5%	-2,5%	3,4%	-3,2%
Personalintensität	74,8%	73,5%	76,3%	1,3%	-2,8%	1,8%	-3,6%
Anzahl der Mitarbeiter (Anzahl)	Ø124	Ø182	Ø166	-58	16	31,9%	9,6%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

<sup>1</sup> unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital

<sup>2</sup> unter Berücksichtigung der Gesamtleistung & den sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung)

**GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN**

Der deutschlandweite positive Trend am Arbeitsmarkt wirkt sich zwar auch in der regionalen Arbeitslosenquote, mit einer Zahl von 9,2% im Januar 2012 (2011: 10,4%, 2010: 10,2%) aus. Dennoch ist offensichtlich, dass sich ausgehend von 2010 bis 2012 die Anzahl der ALG 2-Empfänger nicht entsprechend entwickelt hat. Ebenso bleibt der Anteil von Schwerbehinderten 2012 bei 4,4% (Vorjahr 4,5%) relativ konstant.

Der mittlerweile eintretende Fachkräftemangel, die Verfestigung der Arbeitslosigkeit und die Absicherung von daseinsfürsorgenden Aufgaben, haben damit unveränderte Bedeutung für den Gesellschafterauftrag. Die Entwicklung der LUBA GmbH zum Sozialbetrieb passt sich dieser Situation vollkommen an und ist damit Vorreiter auf Landesebene.

Im Zuge des initiierten Umstrukturierungsprozess Ende 2009 wurden erstmalig Analysen des Unternehmens nach Bereichen (Sparten) in 2010 vorgenommen. Diese Grundlagenermittlung wurde im Sanierungskonzept 2011 auf den Prüfstand gestellt und in qualitativer und quantitativer Form im Wirtschaftsplan 2012 weiterentwickelt. Im Zuge der Umgestaltung des Unternehmens zum Sozialbetrieb mit der Integrationsabteilung Küche und Grün, dem Bereich Aktiv und dem Bereich Personal mit sozialer Zeitarbeit und Personalentwicklung (incl. Arbeitsförderung), Weiterbildungs- und Beratungsservice stehen drei Ziele im Fokus:

1. Gezielte Angebote zur Fachkräftesicherung
2. Aufgaben für Kommunen dauerhaft und kostengünstig zu erledigen
3. Angebote für Benachteiligte und gegen sich verfestigende Langzeitarbeitslosigkeit kostendeckend zur Verfügung zu stellen.

#### VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Insgesamt ist dem Jahresabschluss zu entnehmen, dass die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Liquidität der LUBA GmbH im Geschäftsjahr 2012 weiterhin angespannt ist. Nach 2010 und 2011 wird wiederholt ein negatives Jahresergebnis (-144,9 T€, Vj. -43,9 T€) ausgewiesen. Der Fehlbetrag mindert das ausgewiesene Eigenkapital um rd. 23,5 % (Vj. 8,8 %) auf 39,4 T€. Trotz gestiegener Bilanzsumme um 84,4 T€ auf 631,5 T€ sank die Eigenkapitalquote auf 6,2 % (Vj. 29,7%). Gründe sind u.a. der stark gestiegene Jahresfehlbetrag.

Bei einer stetig leicht gesunkenen Anlagenintensität von 60,1 % (Vj. 73,2 %) ist eine rückläufige Anlagendeckung durch mittel- und langfristig zur Verfügung stehendes Kapital zu beobachten. Der Anlagendeckungsgrad II beträgt nur noch 26,0 % (Vj. 55,9 %). Da der Wert unter 100 % liegt, ist entgegen der „Goldenen Bilanzregel“ von einer nicht vollständig fristenkongruenten Finanzierung des langfristigen Vermögens auszugehen, die auf ein Liquiditätsrisiko hinweist. Auch im Branchenvergleich liegt dieser Wert unter dem Durchschnitt.

Da die LUBA GmbH im Vergleich zu anderen Beteiligungsunternehmen des Landkreises Teltow-Fläming ein geringes Volumen an mittel- bis langfristigem Fremdkapital ausweist, ist auch die Zinsbelastung mit einer Zinsaufwandsquote von 1,3 % von untergeordneter Bedeutung.

Des Weiteren ist die Deckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch das kurzfristige Vermögen der LUBA GmbH mit einer Liquidität 3. Grades von 65,0 % (Vj. 45,4 %) nicht vollständig gegeben – erst bei einem Wert von deutlich über 100 % spricht man von einer soliden Finanzposition. Seit 2007 ist eine negative Entwicklung der Liquiditätsgrade zu beobachten. Ein Grund dafür sind u.a. die z.T. erheblich verzögerten Fördermittelzahlungen. Hinzu kommt die Umstellung auf eine nachschüssige Zahlungsweise beim Schulessen mit der Einführung des elektronischen Bestellsystems seit 2010. Insofern muss die Gesellschaft Material- und Personalkosten zunächst vorfinanzieren. Die Fristenkongruenz zeigt sowohl bei Betrachtung der kurz- als auch der mittel- und langfristigen Finanzpositionen die angespannte Finanzsituation der Gesellschaft auf. Deutlich wird dies auch bei Betrachtung der Finanzflussrechnung. Wiederholt wird ein negativer Jahres-Cash-Flow ausgewiesen (-163,2 T€), der sich insbesondere aus dem negativen Jahresergebnis ergibt.

Seit 2008 wird die Liquidität durch die Unterstützung der Mehrheit der Gesellschafter in Form eines Gesellschafterdarlehens gesichert. Insofern leisten auch die Gesellschafter einen wichtigen finanziellen Beitrag zur Stabilisierung sowie Konsolidierung und unterstützen den Umstrukturierungsprozess der LUBA GmbH.

Die Betriebsleistung sank gegenüber dem Vorjahr um 660,6 T€ auf 1.629 T€. Dem gegenüber steht jedoch eine um 566,8 T€ gesunkene Summe der betrieblichen Aufwendungen auf 1.749,9 T€. Insgesamt verschlechterte sich das Jahresergebnis auf -144,9 T€ (Vj. -43,9 T€). Unter Beachtung der zu erwirtschafteten Fremdkapitalzinsen ergibt sich daraus eine deutlich negative Gesamtkapitalrentabilität von -19,6 % (Vj. -6,0 %).

Das Geschäftsprofil musste sich auf Grund weiterer extremer Marktumbrüche umstellen. Eine einseitige Abhängigkeit von Großkunden (hier Arbeitsverwaltung) besteht zwar nicht mehr, aber die strukturellen Liquiditätsverluste durch alte unrentable Beschäftigungsprojekte sowie die Vorfinanzierung aller auslaufenden Projekte 2012 konnten nicht mehr zeitnah kompensiert werden. Der komplette Umbau des Unternehmens (Umstrukturierungskosten insb. Investition in die Küchenerweiterung, Abfindungen sowie Deinvestitionen) belastete zusätzlich das Unternehmen. Das entscheidendste Hindernis auf dem eingeschlagenen Weg stellte somit die Liquiditätssicherung dar. Der Engpass wurde bereits bei der Vorbereitung der Wirtschaftsplanung 2012 erkannt und in einem betrieblichen Sanierungskonzept benannt.

#### CHANCEN UND RISIKEN

Trotz Einschränkungen im Marktzugang können mit der Umstrukturierung die Gesellschafterziele weiterhin erfüllt werden. Mit der getätigten positiven Fortführungsprognose und den Entwicklungsbeschlüssen kann die Sanierung 2014 abgeschlossen werden.

### **3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)**

Die LUBA GmbH hat mit ihrem umgesetzten 4 Spartenmodell die 2012 analysierte positive Fortführungsprognose als „Sozialbetrieb 2.0“ gerechtfertigt und damit ein erhebliches Alleinstellungsmerkmal als lokales kommunales Unternehmen erlangt. Bis auf die noch nicht ausreichende gefundene Lösung zum Betrieb des gesellschaftseigenen Denkmal (Stadtbad) wird die Nachhaltigkeit der LUBA durch den Einsatz im Bereich der kommunalen Daseinsfürsorge enorm positiv beeinflusst. Die Entwicklung wird wesentlich einerseits von der Nutzung durch die Gesellschafter und andererseits von der intelligenten Einbeziehung und Betreuung der eingesetzten Arbeitskräfte, mit oder ohne Handicap, geprägt sein.

### **4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER**

<b>Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)</b>			
<b>Wirtschaftsjahr</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>2010</b>
1. Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht 2. entspr.)	- T€	- T€	- T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen	- T€	- T€	- T€

## **5. NACHWEISFÜHRUNG GEM. § 91 ABS. 6 BBGKVERF**

### ÖFFENTLICHER ZWECK (§ 91 ABS. 2 NR. 1 BBGKVERF)

Der öffentliche Zweck der LUBA GmbH besteht in der Förderung der Fortbildung und Umschulung von arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern sowie der Integration Benachteiligter des Arbeitsmarktes im Landkreis Teltow-Fläming, insbesondere in der Stadt Luckenwalde und der Gemeinde Nuthe-Urstromtal.

Mit Maßnahmen zur Qualifizierung in Verbindung mit der Durchführung von sozialen Bildungs- und Beschäftigungsinitiativen sowie der produktiven Berufs- und Arbeitsförderung wird stets das Ziel verfolgt, die Arbeitslosigkeit, und insbesondere die Zahl der ALG II-Empfänger, in dieser Region zu senken.

### SUBSIDIARITÄT (§ 91 ABS. 3 SATZ 1 UND 3 BBGKVERF)

Die Gemeinde hat im Interesse einer sparsamen Haushaltsführung dafür zu sorgen, dass Leistungen, die von privaten Anbietern wirtschaftlicher erbracht werden können, diesen Anbietern übertragen werden. Neben dem wirtschaftlichen Vergleich ist die Qualität und Zuverlässigkeit zu berücksichtigen.

Es besteht keine Verpflichtung zur Einholung von Angeboten bzw. zur Erstellung von Vergleichsberechnungen, „wenn die Gemeindevertretung oder in den Fällen des § 50 Absatz 2 der Hauptauschuss eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde im öffentlichen Interesse für erforderlich hält.“ Wenn die nicht-wirtschaftlichen Erwägungen den Ausschlag gegeben haben, ist die Entscheidung zu begründen.

Mit dem Kreistagsbeschluss 4-1368/12-LR vom 10.12.2012 wurden die Gesellschaftsanteile des Landkreis Teltow-Fläming den Mitgesellschaftern zur Veräußerung angeboten, daher wird auf eine Nachweisführung verzichtet.

### NEBENLEISTUNGEN (§ 91 ABS. 5 BBGKVERF)

Im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung dürfen Nebenleistungen erbracht werden,

1. die im Wettbewerb üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten werden und den öffentlichen Hauptzweck nicht beeinträchtigen; mit der Durchführung dieser Nebenleistung sollen private Anbieter beauftragt werden, es sei denn, dies ist mit berechtigten Interessen der Gemeinde oder des Unternehmens nicht vereinbar, oder
2. die der Ausnutzung bestehender, sonst brachliegender Kapazitäten bei der Gemeinde oder dem Unternehmen dienen.

Nebenleistungen des Unternehmens sind nicht bekannt.

**6. SONSTIGES**

Die LUBA GmbH in Zahlen

<b>Bilanz zum 30.09.2012</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>Veränderung</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>379,5</b>	<b>400,4</b>	<b>-20,9</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5,9	8,6	-2,7
II. Sachanlagen	373,6	391,8	-18,2
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>252,0</b>	<b>146,7</b>	<b>105,3</b>
I. Vorräte	4,4	7,2	-2,8
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	78,3	124,2	-45,9
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	169,3	15,3	154,0
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>631,5</b>	<b>547,1</b>	<b>84,4</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>39,4</b>	<b>162,7</b>	<b>-123,3</b>
I. Gezeichnetes Kapital	217,5	217,5	0,0
II. Kapitalrücklage	235,6	214,0	21,6
III. Verlustvortrag	268,9	225,0	43,9
IV. Jahresfehlbetrag	144,9	43,9	101,0
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>0,0</b>	<b>40,1</b>	<b>-40,1</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>592,1</b>	<b>289,5</b>	<b>302,6</b>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,0</b>	<b>54,9</b>	<b>-54,9</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>631,5</b>	<b>547,1</b>	<b>84,4</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung zum 30.09.2012</b>			
1. Umsatzerlöse	1.587,7	2.265,9	-678,2
2. sonstige betriebliche Erträge	41,3	23,7	17,6
3. Materialaufwand	264,3	313,1	-48,8
4. Personalaufwand	1.218,8	1.683,0	-464,2
5. Abschreibungen	21,8	31,2	-9,4
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	245,0	289,4	-44,4
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20,9	11,2	9,7
<b>9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-141,7</b>	<b>-38,3</b>	<b>-103,4</b>
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,1	-0,1
11. sonstige Steuern	3,1	5,6	-2,5
<b>12. Jahresfehlbetrag</b>	<b>-144,9</b>	<b>-43,9</b>	<b>-101,0</b>

### 3.5 Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH, Luckenwalde (VTF)

#### 1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

##### FIRMENSITZ

Forststraße 16  
14943 Luckenwalde

##### E-MAIL

[info@vtf-online.de](mailto:info@vtf-online.de)

##### HOMEPAGE

[www.vtf-online.de](http://www.vtf-online.de)

##### GRÜNDUNG

26.06.1992



Die VTF mbH wurde gemeinsam durch die ehemaligen Landkreise Luckenwalde und Jüterbog am 26.06.1992 als „Personennahverkehrsgesellschaft Nuthetal mbH“ gegründet. Grundlage dafür bildeten die Beschlüsse des Kreistages des damaligen Landkreises Luckenwalde vom 23.04.1992 (Nr. 179/92) in Verbindung mit dem Beschluss vom 28.11.1991 (Nr. 129/91) sowie der Beschluss Nr. 0182 vom 22.04.1992 des Kreistages des damaligen Landkreises Jüterbog.

Auf der Grundlage des Kreistagsbeschlusses Nr. 2-0100/99 vom 01.03.1999 erhielt die Gesellschaft nach Fusion mit den auf dem Gebiet des Landkreises Teltow-Fläming liegenden Betriebsteilen der ehemaligen Verkehrsgesellschaft Königs Wusterhausen und Zossen mbH (VKZ) ihren heutigen Namen: „Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH“.

##### GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Unternehmensgründung am 26.06.1992 notariell beurkundet und zuletzt am 24.08.1999 notariell geändert. (Änderung der Firma, Euroumstellung)

##### GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist die Organisation und Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs im Bereich des Landkreises Teltow-Fläming, die Durchführung von freigestelltem Schüler- und Berufsverkehr sowie die bedarfsgerechte Entwicklung von Alternativverkehren und Sonderbedienungsfahrten im Einklang mit den im ÖPNVG (Bbg)<sup>2</sup> enthaltenen Aufgaben.

(§ 3 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages)

##### RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

##### STAMMKAPITAL

40.000,00 €

##### BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming:	100 %	40.000,00 €
---------------------------	-------	-------------

##### BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

VTF. Luckenwalder Servicegesellschaft mbH (LUS):	100 %
--	-------

---

<sup>2</sup> ÖPNVG (Bbg) – Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg in der Fassung vom 26. Oktober 1995, zuletzt geändert am 18. Dezember 2006.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Dipl.-Ing. (FH) Volker Fleischer

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus sieben Mitgliedern besteht. Davon entsendet der Gesellschafter fünf Mitglieder (davon vier Kreistagsabgeordnete und einen Mitarbeiter der Kreisverwaltung). Zwei weitere Mitglieder werden aus den Reihen der Arbeitnehmer der Gesellschaft gewählt.

Herr Holger Lademann	(Vorsitzender, Beigeordneter Kreisverwaltung Teltow-Fläming)
Herr Uwe Kiefer	(stellv. Vorsitzender, Arbeitnehmersvertretung, Verkehrsmeister)
Frau Martina Borgwardt	(Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Helmut Barthel	(Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Andreas Krüger	(Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Roland Scharp	(Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Harry Domke	(Arbeitnehmersvertretung, Busfahrer)

ABSCHLUSSPRÜFER

ACCO GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

**2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)**

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2012	2011	2010	2011 zu 2012	2010 zu 2011	2011 zu 2012	2010 zu 2011
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)</b>				<b>Vermögens- und Kapitalstruktur</b>		<b>Vermögens- und Kapitalstruktur</b>	
Anlagenintensität	82,8%	83,5%	80,0%	-0,7%	3,5%	-0,8%	4,4%
Eigenkapitalquote	29,2%	27,5%	25,9%	1,7%	1,6%	6,1%	6,2%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)</b>				<b>Finanzierung und Liquidität</b>		<b>Finanzierung und Liquidität</b>	
Anlagendeckung II <sup>1</sup>	102,2%	96,0%	95,2%	6,2%	0,8%	6,5%	0,8%
Zinsaufwandsquote	0,4%	2,0%	1,0%	-1,6%	1,0%	-82,2%	96,8%
Zinsaufwandsquote <sup>2</sup>	0,1%	0,8%	0,5%	-0,7%	0,3%	-82,0%	77,2%
Liquidität 3. Grades	111,8%	77,2%	83,1%	34,6%	-5,9%	44,7%	-7,1%
Cashflow	- 2.577,2 T€	- 3.080,9 T€	- 2.974,0 T€	503,7 T€	- 106,9 T€	16,4%	-3,6%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	- 209,1 T€	- 199,3 T€	- 146,0 T€	- 9,8 T€	- 53,3 T€	-4,9%	-36,5%
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)</b>				<b>Rentabilität und Geschäftserfolg</b>		<b>Rentabilität und Geschäftserfolg</b>	
Gesamtkapitalrentabilität	-23,3%	-24,2%	-18,7%	0,9%	-5,5%	3,6%	-29,1%
Umsatz	5.813,1 T€	5.719,9 T€	6.144,6 T€	93,2 T€	- 424,7 T€	1,6%	-6,9%
Jahresergebnis	- 3.075,0 T€	- 3.184,3 T€	- 2.522,1 T€	109,3 T€	- 662,3 T€	3,4%	-26,3%
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)</b>				<b>Personalbestand</b>		<b>Personalbestand</b>	
Personalaufwandsquote	59,5%	57,7%	52,8%	1,8%	4,9%	3,1%	9,3%
Personalintensität	40,9%	39,0%	37,6%	1,9%	1,4%	4,9%	3,7%
Anzahl der Mitarbeiter	100	94	93	6	1	6,4%	1,1%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

<sup>1</sup> unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital

<sup>2</sup> unter Berücksichtigung der Gesamtleistung & den sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung)

**GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN**

Die VTF mbH erfüllt die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben auf der Grundlage der vom Landesamt für Bauen und Verkehr erteilten Genehmigung für die Einrichtung und den Betrieb von Linienverkehren. Daneben gehören Schienenersatzverkehr, Gelegenheitsverkehr, Schülerverkehr und Berufsverkehr zum Angebotsportfolio. Die Gesellschaft erbringt Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr als Aufgabe der Daseinsvorsorge für den Aufgabenträger fast ausschließlich im Landkreis Teltow-Fläming.

Geschäftsgrundlage und Grundlage des unternehmerischen Handels war im Geschäftsjahr 2012 der Verkehrsvertrag zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH und der vom Landkreis Teltow-Fläming aufgestellte und durch den Kreistag beschlossene Nahverkehrsplan mit Gültigkeit für die Jahre 2009 bis 2013.

Wesentliche darin festgehaltene verkehrspolitische Zielstellungen und Leitlinien sind unter anderem:

- ein qualitativ hochwertiger ÖPNV als wichtiger verkehrlicher Standortfaktor für Wirtschaftsunternehmen im Landkreis,
- Angebot einer umweltfreundlichen Mobilität durch den Einsatz emissions- und lärmarmen Fahrzeuge als attraktive Alternative zum Individualverkehr,
- kunden- und nachfrageorientierter ÖPNV, der sowohl die Mobilitätsbedürfnisse als auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit seiner Nutzer berücksichtigt,
- die Unterstützung einer S-Bahn-Anbindung Rangsdorf,
- eine direkte SPNV-Anbindung aus dem Bereich der Anhalter Bahn an den BER,
- eine möglichst weitreichende Barrierefreiheit im Interesse behinderter und anderer in ihrer Mobilität eingeschränkter Menschen und die öffentliche Sicherheit der Fahrgäste,
- Umwelt- und Klimaschutz durch Vorgabe verschärfter Emissionsgrenzwerte,
- Rückgewinnung von Fahrgästen außerhalb der Schülerbeförderung durch intelligente, flexible Angebote,
- Stärkung von Fahrgastrechten durch Schadensersatzleistungen bei Ausfällen und Verspätungen.

Der Verlauf des Geschäftsjahres war, wie in den Jahren zuvor auch, von der vollen Konzentration auf das Kerngeschäft geprägt. Die zuverlässige und hochwertige Erbringung der Leistungen im Öffentlichen Personennahverkehr nach § 42 PBefG hatte oberste Priorität.

Das Ziel, die im Verkehrsvertrag zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und der VTF fixierten Leistungen in der vereinbarten betrieblichen Qualität und bei Einhaltung der vereinbarten finanziellen Zuschüsse zu erbringen, konnte auch im Geschäftsjahr 2012 erreicht werden.

Bei der Gestaltung des Angebotes wird das Nord-Süd-Gefälle immer ausgeglichener. Obwohl im Norden des Landkreises bereits ein Vielfaches über dem als Grundangebot gemäß gültigem Nahverkehrsplan definierten Angebot liegend, wurde die ÖPNV-Leistung in dieser Region nochmals weiter ausgebaut. Hintergrund dafür ist zum einen die Erweiterung des Güterverkehrszentrums in Großbeeren und zum anderen die für die Berufspendler und Auszubildende unzureichende Ost-West-Verbindung zwischen Teltow – Großbeeren – Blankenfelde – Mahlow.

Erwähnenswert bei der Gestaltung des ÖPNV-Angebotes im Jahr 2012 sind nachfolgend aufgeführte Veränderungen:

- Zum Fahrplanwechsel wurde die Linie 600 eingerichtet. Sie verkehrt montags bis samstags jeweils im 60-Minuten-Takt zwischen den Bahnhöfen Teltow und Mahlow und übernimmt die Funktion einer Querverbindung der im südlichen Umland Berlins immer stärker werdenden Aufkommensschwerpunkte Wohnen und Gewerbe. Nach Eröffnung des BER soll diese Linie bis zum S-Bahnhof Waßmannsdorf verlängert werden.
- die Einbindung der neuen JVA Heidering in die Linie 711 und damit deren Anschluss an den übrigen ÖPNV,
- die Überarbeitung des Stadtverkehrskonzeptes der Stadt Ludwigsfelde und damit eine verbesserte Anbindung einiger Ortsteile (u.a. Genshagen) an den ÖPNV,

- die Erweiterung des Bediengebietes des Rufbusses Nuthe-Urstromtal am Wochenende auf die gesamte Gemeindefläche.

Das Unternehmen hat durch seine Qualitätspolitik die Grundlage für transparente und wiederholbare Prozesse von hoher Güte geschaffen. Damit ist sichergestellt, dass die seitens des Aufgabenträgers geforderten Standards erfüllt werden.

Im Ergebnis der aktuellen Kundenbefragung aus dem Jahr 2012 waren 21% der befragten Fahrgäste in ihrem Gesamturteil sehr zufrieden und 73% der befragten Fahrgäste zufrieden mit der Qualität der Leistungen des Unternehmens.

Im Rahmen der Investitionstätigkeit des Unternehmens wurden im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 8 Standardlinienbusse für den Linienverkehr bestellt, wovon sechs im Jahr 2012 und zwei in 2013 ausgeliefert wurden.

Weiterhin wurde in 2012 die 1. Phase des verbundweiten Projektes INNOS – Einführung eines verbundweiten elektronischen Fahrscheins – weitgehend abgeschlossen. Der Rollout dieses Systems ist für den 1. Januar 2013 vorgesehen. Die VTF gehört zunächst noch nicht zu den ticketausgebenden, sondern zu den kontrollierenden Unternehmen. Die Fahrzeuge des Unternehmens wurden mit der erforderlichen Technik versehen, die eine Kontrolle der elektronischen Tickets ermöglicht.

#### VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Unter Berücksichtigung der Leistungen, die der Gesellschafter Landkreis Teltow-Fläming gegenüber der VTF mbH im Rahmen des Verkehrsvertrages einbrachte, war die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2012 wirtschaftlich stabil aufgestellt. Die Zuführungen des Landkreises werden in eine zweckgebundene Rücklage eingestellt. Ihnen stehen Entnahmen zum Ausgleich der erwirtschafteten Verluste gegenüber.

Das Anlagevermögen hat sich um insgesamt 246,1 T€ auf 10.843,2 T€ erhöht. Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens an der Bilanzsumme beträgt nun 82,8 % (Vj. 83,5 %). Das langfristige gebundene Vermögen wird im Wesentlichen durch die Sachanlagen bestimmt. Innerhalb des Eigenkapitals hat sich die Kapitalrücklage um 329,4 T€ auf 3.780,8 T€ (Vj. 3.451,4 T€) erhöht. Der Zuführung von 3.404,4 T€ in die Kapitalrücklage durch den Gesellschafter stehen Entnahmen für den Verlustausgleich in Höhe von 3.075,0 T€ gegenüber. Der Anteil des Eigenkapitals ist von 27,5 % im Vorjahr auf 29,2 % gestiegen. Insbesondere mit Blick auf die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft ist die Stabilisierung der Eigenkapitalquote als positiv zu werten. Der Anlagendeckungsgrad II beträgt nun 102,2 % (Vj. 96,0 %). Eine fristenkongruente Finanzposition liegt in vollem Maße vor. Die langfristigen Mittel betragen 11.934,1 T€ bzw. 91,1 % der Bilanzsumme. Die langfristigen Mittel reichen vollständig aus, um das langfristig gebundene Vermögen zu finanzieren. Die kurzfristigen Mittel haben sich um 577,7 T€ auf 1.161,6 T€ verringert. Grund hierfür ist im Wesentlichen der Rückgang der sonstigen Verbindlichkeiten, da im Berichtsjahr keine Verbindlichkeiten aus Einnahmeaufteilung angefallen sind. Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 401,4 T€ bzw. 3,2 % auf 13.095,7 T€ erhöht.

Das Jahresergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr von – 3.184,3 T€ um 109,3 T€ auf – 3.075,0 T€ verbessert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten konnten insgesamt weiter abgebaut werden. Die Zinsaufwandsquote beträgt 0,4 %. Insgesamt wird das Jahresergebnis jedoch weniger durch die Zinsen, als durch die Aufwendungen für Material, Personal und Abschreibungen sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt rd. 11.540,4 T€ (Vj. 11.585,1 T€) belastet.

Die Umsatzerlöse haben sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 93,2 T€ auf 5.813,1 T€ erhöht. Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken um 102,1 T€ auf 2.637,6 T€. Der Materialaufwand stieg um 41,7 T€. Der Mehraufwand resultiert hauptsächlich aus den gestiegenen Kraftstoffpreisen. Der Personalaufwand stieg um 158,5 T€, damit stieg die Personalaufwandsquote auf 59,5 % (Vj. 57,7 %). Sonstige betriebliche Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 95,0 T€ gesunken, u.a. aufgrund der geringeren Aufwendungen für Fremdleistungen.

Der Kostendeckungsgrad lag in 2012 bei 73,4% (2011: 73 %) und ist im Vergleich zu anderen Verkehrsunternehmen, die ebenfalls Verkehrsleistungen in der Fläche erbringen, als günstig zu bewerten. Unter Betrachtung des Jahresfehlbetrages von -3.075,0 € sowie der erwirtschafteten Fremdkapitalzinsen ergibt sich eine Gesamtkapitalrentabilität von -23,3 %. Durch die Zuführung von Zuwendungen des Gesellschafters auf Grundlage des bestehenden Verkehrsvertrages ist die wirtschaftliche Stabilität der VTF mbH trotzdem gegeben.

Die hohe Kostenbelastung wirkt sich auch auf den erwirtschafteten Cash-Flow, also dem um Abschreibungen, die Auflösung von Sonderposten, der Zu- bzw. Abnahme der Rückstellungen sowie dem außerordentlichen Ergebnis bereinigten Jahresergebnis, aus. Die VTF mbH weist, wie auch in den Vorjahren, einen negativen Jahres-Cash-Flow bzw. -Cash-Loss von 2.577,2 T€ aus (Vj:-3.080,9 T€).

Die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes belief sich in 2012 auf - 209,1 T€ (Vj. - 199,3 T€). Die Liquidität 3. Grades stieg auf 111,8 % und hat somit die 100 % - Marke wieder überschritten (Vj. 77,2 %). Demzufolge ist die kurzfristige Finanzposition vollständig fristenkongruent.

#### CHANCEN UND RISIKEN

Das neue Personenbeförderungsgesetz (PBefG) ist beschlossen. Mit Jahresbeginn 2013 sind die Änderungen in Kraft getreten. Es entspricht in vielen Punkten der gemeinsamen Position des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) und des Bundesverbandes Deutscher Omnibusunternehmen (BDO).

Nicht alle Forderungen der Verbände wurden realisiert, eine wesentliche ist aber erfüllt: Die in der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 enthaltenen Optionen zur Direktvergabe an das eigene Unternehmen des Aufgabenträgers sowie unterhalb bestimmter Schwellenwerte insbesondere an kleine und mittlere Unternehmen ist für zulässig erklärt worden. Die Europäische Verordnung hatte diese Direktvergabemöglichkeit unter den Vorbehalt des nationalen Rechts gestellt. Die zuständige Behörde im Sinne der europäischen Verordnung – dies ist in der Praxis zumeist der Aufgabenträger – darf sich dafür entscheiden, das eigene Unternehmen mit den Verkehrsleistungen im Stadtgebiet oder im Landkreis zu betrauen oder eben nicht. Es gibt damit nun zwar die Möglichkeit, aber keine Pflicht zur Direktvergabe. Diese Direktvergabe ist auch nur dann zulässig, wenn nicht der Vorrang eigenwirtschaftlicher Verkehre eingreift.

Dieser Vorbehalt funktioniert in der Praxis so:

Der Aufgabenträger gibt seine Absicht zur Direktvergabe europaweit bekannt und veröffentlicht dazu auch, welche Anforderungen er an Qualität und Quantität des Verkehrs stellen wird. Dann können in einer Frist von drei Monaten Unternehmen, die sich eine Realisierung dieses Verkehrs ohne Aufgabenträger zutrauen, einen entsprechenden Antrag bei der Genehmigungsbehörde stellen. Weichen Sie von den Vorgaben des Aufgabenträgers nicht oder nur unwesentlich ab, so erhalten sie eine Genehmigung. Eine Direktvergabe an das eigene Unternehmen ist dann ausgeschlossen. „Rosinenpickerei“ wird durch diese Regelung zwar nicht erlaubt. Wenn jedoch das gesamte Paket

eigenwirtschaftlich angeboten wird und die wesentlichen Anforderungen des Aufgabenträgers erfüllt werden, dann greift der Vorrang des eigenwirtschaftlichen Verkehrs.

Hier zeigt sich: Die öffentlichen Unternehmen und somit auch die VTF können sich nicht auf dem „Direktvergabe-Polster“ ausruhen. Sie müssen ihre Stückkosten im Griff haben. Zuschüsse des Aufgabenträgers müssen in einen hohen und hochwertigen Leistungsumfang umgesetzt werden.

Dabei dürfen auch die Lohnkosten nicht aus dem Ruder laufen. Hierauf muss angesichts der laufenden Tarifverhandlungen zum TV-N-Brandenburg hingewiesen werden. Kommunale Unternehmen sollen faire Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung bieten, den Markt dürfen sie jedoch nicht aus dem Auge verlieren. Taktgeber werden dafür die (knappen) kommunalen Finanzen sein.

Derzeit erhalten die Länder vom Bund aufgrund der Vereinbarung der Förderalismusreform u. a. Gelder zur Förderung von Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden. Die Beträge sind im Entflechtungsgesetz (EntflechtG) bis zum 31.12.2013 festgeschrieben und belaufen sich jährlich auf 1,335 Mrd. €. Sowohl das Grundgesetz als auch das Entflechtungsgesetz sehen vor, dass sich Bund und Länder über die Fortzahlung ab 2014 einigen müssen. Dies ist bislang nicht erfolgt, da der Bund der Auffassung ist, dass die Gelder bis 2019 abgeschmolzen werden sollen, während die Länder einen Bedarf für die o. g. Zwecke in Höhe von 1,96 Mrd. € geltend machen.

Des Weiteren werden die vom Bund an die Länder ausgereichten Regionalisierungsmittel nach geltender Gesetzeslage mit Wirkung ab 2015 einer Revision unterzogen. Die Höhe der nach der Revision zur Verfügung stehenden Mittel ist damit ungewiss.

Die Finanzierung des ÖPNV vor Ort ist im Brandenburgischen ÖPNV-Gesetz geregelt. Da die über dieses Gesetz verteilten Mittel sich zum einen aus Mitteln aus dem Entflechtungsgesetz und zum anderen aus Mitteln aus dem Regionalisierungsgesetz zusammensetzen, ist aus dem Vorbeschriebenen erkennbar, dass die Entwicklung der ÖPNV-Finanzierung in Brandenburg zur Zeit nicht einschätzbar ist und insofern mittel- oder langfristige Planungen im Grunde nicht möglich sind. Eine Situation, der dringend abgeholfen werden muss.

Die Preissteigerungen bei den Energiekosten und Mineralölerzeugnissen hielten auch im Jahr 2012 an. Diese Steigerungen waren bzw. sind durch Einsparungen anderer Art nicht kompensierbar.

Zum 01.08.2012 wurde eine Tarifmaßnahme im VBB wirksam. Nach Branchenmeinung sollte dringend die Ankopplung der Tarifentwicklung an die Marktentwicklung erfolgen, indem die Beförderungsentgelte jährlich über einen Preisindex an die veränderten Marktpreise angepasst werden. Zurzeit wird bei der Gestaltung der Beförderungstarife im VBB den wirtschaftlichen Gegebenheiten nicht genügend Rechnung getragen.

Problematisch bleiben auch weiterhin die sich für das Unternehmen aus dem demographischen Wandel ergebenden Anforderungen zum einen bezüglich der Fahrgastzahlen und anzupassenden Angebote als auch zum anderen die Altersstruktur bei den eigenen Mitarbeitern sowie die Suche nach geeignetem Nachwuchs an Fachkräften betreffend.

### 3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Ziel der Erfolgsplanung des Geschäftsjahres 2013 ist es, wiederum ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erreichen. Die Unternehmensplanung erfolgt in Übereinstimmung mit dem Verkehrsvertrag zwischen dem Aufgabenträger für den ÖPNV und der VTF.

Der Umfang der durch das Unternehmen zu erbringenden Verkehrsleistungen im öffentlichen Linien- und Vertragsverkehr wird aufgrund der ganzjährig zu betreibenden Linie 600 über dem Niveau des Jahres 2012 liegen.

Das Unternehmen ist mit seinen fünf uneingeschränkt arbeitenden Betriebshöfen gut aufgestellt. Die Investitionstätigkeit wird im Schwerpunkt auf der Fuhrparkerneuerung liegen.

Im Hinblick auf die Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft spielt der zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming als Gesellschafter und der VTF mbH abgeschlossene Verkehrsvertrag bis 2016 eine große Rolle. Durch eine stetige Kostenkontrolle sowie der Optimierung der Prozesse und Abläufe sollen noch vorhandene Einsparpotenziale ausgenutzt und die Ertragssituation verbessert werden. Abschließend zu erwähnen ist, dass Verkehrsleistungen im ÖPNV i.d.R. nicht kostendeckend erbracht werden können. Insofern wird die Gesellschaft auch zukünftig auf öffentliche Zuschüsse angewiesen sein.

### 4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

<b>Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)</b>			
<b>Wirtschaftsjahr</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>2010</b>
1. Kapitalzuführungen (die nicht 2. entspr.)	3.404,4 T€	3.275,6 T€	3.171,8 T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen <sup>1</sup>	3.476,4 T€	2.852,0 T€	2.848,5 T€

<sup>1</sup> davon Investitionszuschüsse: 1.146,7 T€ (2012), 1.102,3 T€ (2011) und Ausgleichszahlungen für Schülerverkehr gemäß § 45a PBefG: 1.819,7 T€ (2012), 1.749,7 T€ (2011).

## **5. NACHWEISFÜHRUNG GEM. § 91 ABS. 6 BBGKVERF**

### ÖFFENTLICHER ZWECK (§ 91 ABS. 2 NR. 1 BBGKVERF)

Rechtsgrundlage für die Durchführung der öffentlichen Personennahverkehre (ÖPNV) ist das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg ÖPNVG (Bbg).

Gemäß § 2 Abs. 1 ÖPNVG (Bbg) stellt die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im ÖPNV eine Aufgabe der Daseinsvorsorge dar.

Gemäß § 2 Abs. 2 ÖPNVG (Bbg) soll der ÖPNV der Verbesserung der Mobilität der Bevölkerung, der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen, dem Umweltschutz und der Verkehrssicherheit dienen. Er soll so gestaltet werden, dass er eine attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellt. Durch Steigerung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des ÖPNV soll der motorisierte Individualverkehr insbesondere in und zwischen Verdichtungsräumen zurückgeführt, zumindest aber ein weiterer Anstieg verhindert werden.

Dabei obliegt die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im Schienenpersonennahverkehr sowie der landesbedeutsamen Verkehrslinien anderer Verkehrsträger des öffentlichen Personennahverkehrs gemäß § 3 Abs. 1 ÖPNVG (Bbg) dem Land Brandenburg. Die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im übrigen ÖPNV ist gemäß § 3 Abs. 3 ÖPNVG (Bbg) freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte. Aufgegriffen wird dies zudem im § 2 Abs. 2 i. V. m. § 131 BbgKVerf, wonach die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise gehört. Dabei können die Aufgabenträger zur bestmöglichen Erreichung der Ziele des Gesetzes miteinander zusammenarbeiten, bspw. durch Bildung eines Verkehrs- und Tarifverbundes wie dem VBB (§ 5 ÖPNVG (Bbg)).

Insgesamt soll die Verkehrsnachfrage im Stadt-, Vorort- und Regionalverkehr befriedigt werden. Hierzu ist je nach Bedarf ein Liniennetz aufzubauen.

Der Landkreis Teltow-Fläming bedient sich zur Erfüllung dieser Aufgabe der VTF mbH.

### SUBSIDIARITÄT (§ 91 ABS. 3 SATZ 1 UND 3 BBGKVERF)

Die Gemeinde hat im Interesse einer sparsamen Haushaltsführung dafür zu sorgen, dass Leistungen, die von privaten Anbietern wirtschaftlicher erbracht werden können, diesen Anbietern übertragen werden. Neben dem wirtschaftlichen Vergleich ist die Qualität und Zuverlässigkeit zu berücksichtigen.

Es besteht keine Verpflichtung zur Einholung von Angeboten bzw. zur Erstellung von Vergleichsrechnungen, „wenn die Gemeindevertretung oder in den Fällen des § 50 Absatz 2 der Hauptausschuss eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde im öffentlichen Interesse für erforderlich hält.“ Wenn die nicht-wirtschaftlichen Erwägungen den Ausschlag gegeben haben, ist die Entscheidung zu begründen.

Eine wirtschaftliche Betrachtung der VTF mbH (Preis und Qualität) erfolgte nach Kriterium 4 des EuGH-Urteils in der Rechtssache „Altmark – Trans“ vom 24.07.2003.

Das Unternehmen hat durch Vorlage eines entsprechenden Testates anhand vorgegebener Kriterien nachgewiesen, dass es ein durchschnittliches und gut geführtes Unternehmen ist und somit die Leistungen zu den relativ geringsten Kosten für die Allgemeinheit erbringt. Der Wirtschaftsprüfer stellte in seiner Untersuchung 2012/2013 fest, dass die Ist-Kosten der VTF mbH 2011 die analytisch ermittelten höchstens ausgleichsfähigen Kosten nicht überschreiten.

Eine wirtschaftliche Betätigung des Landkreises im öffentlichen Interesse ergibt sich aus § 2 Abs. 1 ÖPNVG (Bbg). Demnach stellt die Sicherstellung und Ausgestaltung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) eine Aufgabe der Daseinsvorsorge dar. § 2 Abs. 1 ÖPNVG (B)<sup>3</sup> ergänzt dies um den Personenregionalverkehr.

NEBENLEISTUNGEN (§ 91 ABS. 5 BBGKVERF)

Im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung dürfen Nebenleistungen erbracht werden,

1. die im Wettbewerb üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten werden und den öffentlichen Hauptzweck nicht beeinträchtigen; mit der Durchführung dieser Nebenleistung sollen private Anbieter beauftragt werden, es sei denn, dies ist mit berechtigten Interessen der Gemeinde oder des Unternehmens nicht vereinbar, oder
2. die der Ausnutzung bestehender, sonst brachliegender Kapazitäten bei der Gemeinde oder dem Unternehmen dienen.

Die Nebenleistungen der VTF mbH werden üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten und beeinträchtigen den Hauptzweck nicht. Es werden sonst brachliegende Kapazitäten des Unternehmens ausgenutzt.

---

<sup>3</sup> ÖPNVG (B) – Gesetz über die Aufgaben und die Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs im Land Berlin, in der Fassung vom 27. Juni 1995, zuletzt geändert am 19. Juni 2006.

## 6. SONSTIGES

Die VTF mbH in Zahlen

<b>Bilanz zum 31.12.2012</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>Veränderung</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>10.843,2</b>	<b>10.597,1</b>	<b>246,1</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	19,7	23,1	-3,4
II. Sachanlagen	10.712,9	10.420,4	292,5
III. Finanzanlagen	110,6	153,6	-43,0
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>2.245,3</b>	<b>2.077,1</b>	<b>168,2</b>
I. Vorräte	351,1	283,0	68,1
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.171,2	861,9	309,3
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	723,1	932,2	-209,1
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>7,2</b>	<b>20,1</b>	<b>-12,9</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>13.095,7</b>	<b>12.694,3</b>	<b>401,4</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>3.820,8</b>	<b>3.491,4</b>	<b>329,4</b>
I. gezeichnetes Kapital / Kapitalkonto/ Kapitalanteile	40,0	40,0	0,0
II. Kapitalrücklage	3.780,8	3.451,4	329,4
<b>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse</b>	<b>7.266,2</b>	<b>6.513,1</b>	<b>753,1</b>
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>1.071,0</b>	<b>1.010,7</b>	<b>60,3</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>937,7</b>	<b>1.679,1</b>	<b>-741,4</b>
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	166,5	359,6	-193,1
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	496,0	387,7	108,3
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbund. Unternehmen	84,7	95,7	-11,0
4. sonstige Verbindlichkeiten	190,5	836,1	-645,6
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>13.095,7</b>	<b>12.694,3</b>	<b>401,4</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2012</b>			
1. Umsatzerlöse	5.813,1	5.719,9	93,2
2. sonstige betriebliche Erträge	2.637,6	2.739,7	-102,1
3. Materialaufwand	5.685,4	5.643,7	41,7
4. Personalaufwand	3.456,1	3.297,6	158,5
5. Abschreibungen	1.402,0	1.551,9	-149,9
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	996,9	1.091,9	-95,0
7. Erträge aus Gewinnübernahme verbund. Untern.	10,6	36,2	-25,6
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	36,4	28,6	7,8
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20,4	113,0	-92,6
<b>10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-3.063,2</b>	<b>-3.173,7</b>	<b>110,5</b>
11. Außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0
12. Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
<b>13. Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
14. sonstige Steuern	11,8	10,6	1,2
<b>15. Jahresfehlbetrag</b>	<b>-3.075,0</b>	<b>-3.184,3</b>	<b>109,3</b>

**Die Beteiligung der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH in Zahlen****3.5.1 VTF. Luckenwalder Servicegesellschaft mbH (LUS)**

Gesellschafter: 100 % VTF mbH

Geschäftsführer: Herr Dipl.-Ing. (FH) Volker Fleischer

<b>Bilanz zum 31.12.2012</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>Veränderung</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,0	0,0	0,0
II. Sachanlagen	0,0	0,0	0,0
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>139,2</b>	<b>175,0</b>	<b>-35,8</b>
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	87,2	97,8	-10,6
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	51,9	77,1	-25,2
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>85,9</b>	<b>128,8</b>	<b>42,9</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>225,0</b>	<b>303,8</b>	<b>-78,8</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>25,0</b>	<b>25,0</b>	<b>0,0</b>
I. Gezeichnetes Kapital	25,0	25,0	0,0
II. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,0	0,0	0,0
<b>B. Sonstige Rückstellungen</b>	<b>23,8</b>	<b>26,2</b>	<b>-2,4</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>176,3</b>	<b>252,6</b>	<b>-76,3</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>225,0</b>	<b>303,8</b>	<b>-78,8</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2012</b>			
1. Umsatzerlöse	1.073,5	1.143,3	-69,8
2. sonstige betriebliche Erträge	3,0	6,2	-3,2
3. Materialaufwand	571,6	608,1	-36,5
4. Personalaufwand	430,6	442,4	-11,8
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	57,6	54,3	3,3
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6,1	8,5	-2,4
<b>7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>10,6</b>	<b>36,2</b>	<b>-25,6</b>
8. Aufwendungen aus Gewinnabführungsvertrag	10,6	36,2	-25,6
<b>9. Jahresergebnis</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

### 3.6 VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin

#### 1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

##### FIRMENSITZ

Hardenbergplatz 2, 10623 Berlin

##### E-MAIL

[info@VBBonline.de](mailto:info@VBBonline.de)

##### HOMEPAGE

[www.VBBonline.de](http://www.VBBonline.de)

##### GRÜNDUNG

08.12.1994



Die VBB GmbH wurde mit Abschluss des notariell beurkundeten Gesellschaftsvertrages am 08.12.1994 gegründet. Zunächst bestand sie nur befristet bis zum 31.12.1996 als „Gesellschaft zur Vorbereitung des Verkehrsverbundes Region Berlin mit beschränkter Haftung“. Nach Abschluss des Grundvertrages zur Bildung eines Verkehrsverbundes für Berlin-Brandenburg zwischen den Gebietskörperschaften als Aufgabenträger am 30.12.1996 und der Änderung des Gesellschaftsvertrages besteht die Gesellschaft auf unbestimmte Zeit.

Der Kreistag des ehemaligen Landkreises Zossen beschloss am 27.09.1993, sich an der Vorbereitungsgesellschaft zu beteiligen (Beschluss Nr. 0214).

##### GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Unternehmensgründung am 08.12.1994 notariell beurkundet und zuletzt am 01.12.2005 notariell geändert. (Neuzuordnung von Geschäftsanteilen)

##### GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarung der Länder Berlin und Brandenburg vom 30.12.1993. Dies soll insbesondere durch eine Vereinheitlichung bzw. Anpassung des Angebotes an ÖPNV-Leistungen und des Tarifsystems in den beiden Ländern erreicht werden. Des Weiteren wird eine homogene Einbeziehung des regionalen Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) angestrebt.

(§ 2 des Gesellschaftsvertrages)

##### RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

##### STAMMKAPITAL

324.000,00 €

##### BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Land Berlin:	33,33%	108.000 €
Land Brandenburg:	33,33%	108.000 €
Stadt Brandenburg an der Havel:	1,85%	6.000 €
Stadt Frankfurt (Oder):	1,85%	6.000 €
Stadt Cottbus:	1,85%	6.000 €
Landeshauptstadt Potsdam:	1,85%	6.000 €

## Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

Landkreis Barnim:	1,85%	6.000 €
Landkreis Dahme-Spreewald:	1,85%	6.000 €
Landkreis Elbe-Elster:	1,85%	6.000 €
Landkreis Havelland:	1,85%	6.000 €
Landkreis Märkisch-Oderland:	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberhavel:	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberspreewald-Lausitz:	1,85%	6.000 €
Landkreis Oder-Spree:	1,85%	6.000 €
Landkreis Ostprignitz-Ruppin:	1,85%	6.000 €
Landkreis Potsdam-Mittelmark:	1,85%	6.000 €
Landkreis Prignitz:	1,85%	6.000 €
Landkreis Spree-Neiße:	1,85%	6.000 €
Landkreis Teltow-Fläming:	1,85%	6.000 €
Landkreis Uckermark:	1,85%	6.000 €

### BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

keine

### ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

### GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Hans-Werner Franz

### MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat besteht höchstens aus 26 Mitgliedern, von denen die Länder Berlin und Brandenburg je vier Mitglieder und die übrigen Gesellschafter je ein Mitglied entsenden.

Herr Peer Giesecke	(Landrat des Landkreises Teltow-Fläming; Vorsitzender bis 15. März 2012, zweiter stellv. Vorsitzender ab 15. März bis 26. November 2012)
Herr Rainer Bretschneider	(Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft 1. stellv. Vorsitzender bis 15. März 2012, Vorsitzender des Aufsichtsrates seit 15. März 2012)
Herr Joachim Künzel	(Senatsrat in der Senatskanzlei des Landes Berlin)
Herr Günter Schulz	(Senatsrat in der Senatsverwaltung für Finanzen Berlin)
Herr Dr. Friedemann Kunst	(Senatsdirigent in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt des Landes Berlin)
Herr Hans-Werner Michael	(Ministerialrat im Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg)
Herr Burkhard Exner	(Bürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam)
Herr Steffen Scheller	(Bürgermeister der Stadt Brandenburg/Havel)
Herr Frank Szymanski	(Oberbürgermeister der Stadt Cottbus)
Herr Carsten Bockhardt	(Erster Beigeordneter des Landkreises Barnim)
Herr Stephan Loge	(Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald)
Herr Dr. Burkhard Schröder	(Landrat des Landkreises Havelland)
Herr Gernot Schmidt	(Landrat des Landkreises Märkisch-Oderland)
Herr Karl-Heinz Schröter	(Landrat des Landkreises Oberhavel)
Herr Manfred Zalenga	(Landrat des Landkreises Oder-Spree)
Herr Christian Stein	(Erster Beigeordneter des Landkreises Potsdam-Mittelmark)

Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

Herr Markus Derling	(Beigeordneter der Stadt Frankfurt (Oder))
Herr Rudolf Keseberg	(Ministerialdirigent im Ministerium des Inneren des Landes Brandenburg)
Frau Grit Klug	(Beigeordnete des Landkreises Oderspreewald-Lausitz)
Herr Ralf Reinhardt	(Landrat des Landkreises Ostprignitz-Ruppin)
Frau Dr. Heike Richter	(Referatsleiterin im Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz)
Herr Eberhard Stroisch	(Landkreises Elbe-Elster; bis 29. Februar 2012)
Herr Carsten Billing	(Dezernent des Landkreises Spree-Neiße)
Herr Bernd Brandenburg	(Beigeordneter des Landkreises Uckermark)
Herr Christian Gaebler	(Staatssekretär der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt des Landes Berlin, 1. Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates seit 15. März 2012; ab 16. Januar 2012)
Herr Christian Jaschinski	(Landrat des Landkreises Elbe-Elster; ab 1. März 2012)
Herr Holger Lademann	(Beigeordneter des Landkreises Teltow-Fläming; ab 26. November 2012)
Frau Edelgard Schimko	(Landkreis Prignitz; ab 01. Januar 2012)

ABSCHLUSSPRÜFER

WIKOM AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

**2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)**

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2012	2011	2010	2011 zu 2012	2010 zu 2011	2011 zu 2012	2010 zu 2011
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)</b>				<b>Vermögens- und Kapitalstruktur</b>		<b>Vermögens- und Kapitalstruktur</b>	
Anlagenintensität	7,3%	7,2%	7,1%	0,1%	0,1%	1,7%	1,6%
Eigenkapitalquote	6,0%	6,0%	6,2%	0,0%	-0,2%	0,0%	-3,2%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)</b>				<b>Finanzierung und Liquidität</b>		<b>Finanzierung und Liquidität</b>	
Anlagendeckung II <sup>1</sup>	179,3%	181,5%	184,8%	-2,2%	-3,3%	-1,2%	-1,8%
Zinsaufwandsquote <sup>2</sup>	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Liquidität 3. Grades	105,1%	105,5%	105,7%	-0,4%	-0,2%	-0,4%	-0,2%
Cashflow	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	- 562 T€	- 14 T€	268 T€	- 548 T€	- 282 T€	-3960,0%	-105,2%
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)</b>				<b>Rentabilität und Geschäftserfolg</b>		<b>Rentabilität und Geschäftserfolg</b>	
Gesamtkapitalrentabilität <sup>2</sup>	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Umsatz	1.156,7 T€	683,5 T€	1.119,8 T€	473,2 T€	- 436,3 T€	69,2%	-39,0%
Jahresergebnis <sup>2</sup>	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)</b>				<b>Personalbestand</b>		<b>Personalbestand</b>	
Personalaufwandsquote	425,1%	699,7%	451,3%	-274,6%	248,4%	-39,2%	55,0%
Personalintensität	39,3%	38,4%	42,6%	0,9%	-4,2%	2,4%	-9,9%
Anzahl der Mitarbeiter	94	93	97	1	-4	1,1%	-4,1%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

<sup>1</sup> unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital

<sup>2</sup> die VBB GmbH weist keinen Gewinn und keine Fremdkapitalzinsen aus

**GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN**

Die VBB GmbH erfüllt die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben zur Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs. Ziel ist es, eine Vereinheitlichung bzw. Anpassung des Angebotes an ÖPNV-Leistungen und des Tarifsystems in den beiden Ländern Berlin und Brandenburg zu erreichen. Dies schließt ebenso den regionalen Schienenpersonennahverkehr (SPNV) ein.

Das Jahr 2012 war für die VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH ein erfolgreiches aber auch äußerst anspruchsvolles Geschäftsjahr. Es gelang der Gesellschaft, entscheidende Verbesserungen für den Öffentlichen Personennahverkehr im Verbundgebiet auf den Weg zu bringen oder wesentliche Grundlagen dafür zu legen. Gleichzeitig waren aber auch die Herausforderungen so komplex wie vielfältig.

Die erneute Verschiebung der Eröffnung des Flughafens Berlin-Brandenburg (BER) erforderte entsprechende Anpassungen in fast allen Tätigkeitsbereichen der VBB GmbH. Die Verkehre zum neuen Flughafen waren bereits geplant und bestellt, die Fahrpläne in die VBB-Fahrinfo eingepflegt. Nach Bekanntgabe des neuen Eröffnungstermins im Herbst 2013 wurde ein neuer Zeitplan für die Vorbereitungen erarbeitet, der jedoch durch die nochmalige Verschiebung der Flughafeneröffnung auf einen bisher nicht bekannten Termin wiederum hinfällig geworden ist.

#### Klassische Verbundaufgaben

Die **Fahrgastzahlen** sind – trotz anhaltender S-Bahn-Krise – auch im Jahr 2012 insgesamt weiter gestiegen, allerdings mit regional zum Teil sehr unterschiedlichen Entwicklungen.

Die **Tarifanpassung** zum 1. August 2012 wurde erfolgreich umgesetzt. Die Reaktion der Öffentlichkeit auf den Beschluss des VBB-Aufsichtsrates zur allgemeinen Tarifanpassung war zurückhaltend und vergleichsweise wenig kritisch.

Die **Einnahmenaufteilung 2009** konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Für die Einnahmenaufteilung 2010 strebt die VBB GmbH eine Abrechnung im Jahr 2013 an.

Die nächste turnusgemäße **Verkehrserhebung** sieht der VBB-Einnahmenaufteilungsvertrag für das Jahr **2013** vor. Die VBB GmbH hat im Jahr 2012 zusammen mit den Verkehrsunternehmen die notwendigen Vorbereitungen getroffen; die Feldarbeit startete pünktlich im Februar 2013.

Ebenfalls im Jahr 2012 hat die VBB GmbH begonnen, einen sogenannten „**VBB-Sternpunkt**“ aufzubauen. Über diesen sollen künftig der Austausch von Echtzeitdaten für die dynamische Fahrgastinformation und die Anschlussüberwachung erleichtert werden.

Zum Fahrplanwechsel wurden (zunächst noch mit Ausnahme der Linie OE 65) für alle Linien des Regionalverkehrs die einheitlichen **Produktbezeichnungen „RE“ RegionalExpress und „RB“ RegionalBahn** eingeführt. Dies wurde ermöglicht durch eine Vereinbarung der VBB GmbH mit der DB AG, die die kostenfreie Nutzung der derzeit noch markenrechtlich geschützten Bezeichnungen für die kommenden 20 Jahre sichert.

#### Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement

Bei der **S-Bahn Berlin GmbH** (S-Bahn) führten insbesondere im ersten Quartal 2012 Fahrzeug- und Personalengpässe erneut zu erheblichen Einschränkungen des Verkehrsangebots. Im weiteren Jahresverlauf gelang es der S-Bahn zwar, die Situation zu stabilisieren, doch erst im Mai 2012 konnte erstmals der bereits für den Dezember 2011 angekündigte Einsatz von 500 Viertelzügen im Linienverkehr erreicht werden. Das selbstgesteckte Ziel, zum Jahresende 2012 das Vor-Krisen-Niveau mit einem Einsatz von 546 Viertelzügen zu erreichen, verfehlte die S-Bahn ebenfalls. Die VBB GmbH begleitete in Abstimmung mit den Ländern die weitere Aufarbeitung der noch immer vielfältigen technischen und organisatorischen Probleme, unter anderem im Rahmen der regelmäßigen Qualitätsgespräche. Darüber hinaus erarbeitete die VBB GmbH Maßnahmenpakete, um den im Zusammenhang mit verschiedenen Baumaßnahmen aufgetretenen Problemen bei der Pünktlichkeit gegenzusteuern.

Zum **Fahrplanwechsel** im Dezember 2012 haben die RE-Linien im Netz Stadtbahn den Betrieb aufgenommen. Infolge der **Schwierigkeiten** der Eisenbahnverkehrsunternehmen **bei der Fahrzeugzulassung** gab es zahlreiche Abweichungen des tatsächlichen vom vertraglich geschuldeten Fahrzeugeinsatz. Bei der DB Regio fehlten auf fünf RE- und RB-Linien nach wie vor die neuen Fahrzeuge vom Typ Talent 2. Bei der ODEG waren zum Fahrplanwechsel die vorgesehenen Fahrzeuge vom Typ KISS noch nicht zugelassen. Aus diesem Grund mussten für beide ODEG-Linien kurzfristig Ersatzkonzepte erarbeitet werden, um den Betrieb sicherstellen zu können.

Die VBB GmbH unterstützt das Land Brandenburg beim **SPNV-Infrastrukturmanagement**. Hier wurden im Jahr 2012 u.a. die Themen Barrierefreiheit Bahnhof Fürstenberg, Ausbau der Ostbahn, Umgestaltung Bahnhof Königs Wusterhausen, Inbetriebnahme der Um- und Neubauten in Prenzlau sowie Inbetriebnahme des Haltepunkts Ludwigsfelde-Struveshof bearbeitet. Darüber hinaus hat die VBB GmbH die Eisenbahnverkehrsunternehmen entsprechend der vertraglichen Regelungen in den Verkehrsverträgen dazu aufgefordert, gegen unbillige Infrastrukturpreise vorzugehen. Die Deutsche Bahn AG hatte für das Jahr 2011 ein Rekordergebnis ausgewiesen. Ein Großteil der Gewinne wurde dabei vom Bereich Infrastruktur erzielt – finanzielle Mittel der Länder, die dringend für die Bestellung von Leistungen benötigt werden.

Der **Bus&Bahn-Begleitservice Berlin** konnte bereits im Februar 2012 auf 40.000 Begleitungen zurückblicken. Aufgrund der Umstellung der Arbeitsmarkt-Förderinstrumente in Berlin war die Zukunft des Bus&Bahn-Begleitservices lange Zeit jedoch unklar. Nach intensiven Abstimmungen mit dem Land Berlin konnte der Dienst seine Arbeit ab dem dritten Quartal wieder aufnehmen.

#### VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Ziel der VBB GmbH ist neben der Koordinierung der Interessen der Länder Berlin und Brandenburg sowie der Kommunen Brandenburgs im Bereich ÖPNV, die Weiterentwicklung und Gestaltung eines leistungsstarken Nahverkehrssystems in der Region. Auch im Jahr 2012 bildete der Wirtschaftsplan dabei die Basis der wirtschaftlichen Betätigung. Um eine ausreichende Finanzierung der Gesellschaft sicherzustellen, leisten die Gesellschafter entsprechende Gesellschafterbeiträge gemäß des in § 16 des Gesellschaftsvertrages erwähnten Konsortialvertrages. Demnach ergibt sich der jährliche Finanzierungsbedarf aus dem vom Aufsichtsrat festzustellenden Wirtschafts- und Finanzplan. Die Gesellschafterbeiträge sind zu je 40 % durch die Länder Berlin und Brandenburg zu tragen. Die übrigen 20 % teilen sich auf alle weiteren kommunalen Gesellschafter zu gleichen Teilen auf. Für satzungsgemäße Aufgaben, die nur einzelne Gesellschafter betreffen, wurde das Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement eingerichtet und der darauf entfallende Finanzierungsbedarf gesondert im Wirtschaftsplan ausgewiesen.

Das wirtschaftliche Ergebnis der Gesellschaft im Jahr 2012 wurde insbesondere durch die verbesserte Ertragsituation gekennzeichnet. Gemäß Gewinn- und Verlustrechnung resultiert der Anstieg der Erlöse bzw. Erträge von rd. 12.463,4 T€ auf 12.516,7 T€ (+53,3 T€) im Wesentlichen aus den höheren Umsatzerlösen in Höhe von 1.156,7 T€ (Vj. 683,5 T€) sowie gestiegenen Gesellschafterbeiträgen und Zuwendungen von 8.310,3 T€ (Vj. 8.234,2 T€). Gleichzeitig sind die betrieblichen Aufwendungen mit 12.560,3 T€ (Vj. 12.528,4 T€) um 31,9 T€ gestiegen, davon insbesondere der Materialaufwand (+371,1 T€) sowie der Personalaufwand (+133,8 T€). Insgesamt verbesserte sich das Betriebsergebnis um 21,4 T€ auf -43,6 T€ (Vj. -65 T€). Unter Einbeziehung des Finanzergebnisses (44,1 T€) und nach Abzug von Steuern (<1 T€) ergibt sich ein Jahresergebnis von 0 €. Wie auch in den Vorjahren weist die VBB GmbH somit keinen Gewinn oder Verlust aus.

Das Aktivvermögen der Gesellschaft erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 55,9 T€ auf 5.413,7 T€ wobei hierzu im Wesentlichen der Anstieg der Vorräte (+260,8 T€) sowie die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (+330,4 T€) beigetragen haben. Auf der Passivseite erhöhten sich im Berichtsjahr die Verbindlichkeiten um 255,3 T€ auf 3.631,4 T€.

Das Eigenkapital beträgt weiterhin 324 T€. Die Eigenkapitalquote ist relativ konstant und beträgt erneut 6,0 % (Vj. 6,0 %). Mit weiterhin unter 10 % bleibt die Eigenkapitalbasis somit auf niedrigem Niveau. Die Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens (355,0 T€) sowie der

Sonderposten<sup>4</sup> für Zuschüsse und Zulagen (30,6 T€) werden dabei nicht dem Eigenkapital zugerechnet.

Durch den Anstieg des Anlagevermögens erhöhte sich die Anlagenintensität im Vergleich zum Vorjahr von 7,2 % auf 7,3 % - eine im Vergleich zu anderen Beteiligungsgesellschaften des Landkreises relativ geringe langfristige Kapitalbindung. Der Anlagendeckungsgrad von 179 % sagt zudem aus, dass das vorhandene Anlagenvermögen vollständig durch langfristiges Kapital gedeckt wird. Gleichzeitig beläuft sich die Liquidität 3. Grades auf 105 %, sodass man von einer soliden Vermögens- und Kapitalstruktur ausgehen kann.

Neben einem Jahres-Cash-Flow von 0 T€ sank der Zahlungsmittelbestand um 548 T€ auf 2.903 T€. Vor allem die kontinuierlich gezahlten Gesellschafterbeiträge haben dazu beigetragen, dass die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft in 2012 stets gesichert war.

#### CHANCEN UND RISIKEN

Die VBB GmbH hat seit ihrer Gründung sowohl im klassischen Bereich als auch im Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement ein Expertenwissen aufgebaut, das tagtäglich zum Nutzen der Gesellschafter, Fahrgäste und Verkehrsunternehmen zur Anwendung kommt. Auch im Jahr 2012 konnte sich die Gesellschaft ein Stück mehr als der ÖPNV-Dienstleister der Hauptstadtregion etablieren.

Der große Vorteil der Gesellschaft ist ihre verkehrsträgerübergreifende und neutrale Arbeit, die dem Kundenwohl verpflichtet ist. Ihr Ziel ist es, die Interessen ihrer Gesellschafter, der Aufgabenträger für den ÖPNV in Berlin und Brandenburg, bei den rund 40 Verkehrsunternehmen durchzusetzen und somit mehr und zufriedenere Fahrgäste für das System des öffentlichen Nahverkehrs zu gewinnen.

Besondere Chancen ergeben sich für die Gesellschaft durch die Einführung der VBB-*fahr*Card im Rahmen des Forschungsprojektes INNOS sowie durch die geplante Einführung des Handyticketings. Hier ist die VBB GmbH – zusammen mit weiteren Partnern – Vorreiterin in Deutschland auf dem Weg zu einem zukunftsorientierten Fahrausweisvertrieb.

Auch die von der VBB GmbH initiierten Verbesserungen auf dem Gebiet der Fahrgastinformation (Echtzeitdaten, Anschlussüberwachung) werden weiterhin dazu beitragen, das System ÖPNV noch kundenfreundlicher zu gestalten.

Gleiches gilt in besonderem Maße für die Ausschreibungen im Regionalverkehr, die Mitwirkung der VBB GmbH bei der Teilausschreibung der Berliner S-Bahn und die Steuerung der SPNV-Verkehre über die Bruttoverkehrsverträge. Hier kann und will die Gesellschaft auch weiterhin ihr breites Fachwissen zum Wohle ihrer Gesellschafter und der Fahrgäste einbringen.

Sofern von den Gesellschaftern gewünscht, wird die Gesellschaft ihre Expertise in Zukunft auch verstärkt in die Ausschreibungen der Aufgabenträger im übrigen ÖPNV einbringen. Mit den im Jahr 2012 erarbeiteten und vom VBB-Aufsichtsrat beschlossenen Empfehlungen zu den „Standards für die Verbundintegration bei Vergaben im übrigen ÖPNV“ wurde hierfür ein erster Grundstein gelegt.

Weitere Chancen ergeben sich für die Gesellschaft aus der Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) sowie des ÖPNV-Gesetzes im Land Brandenburg. Das vom Bund novellierte PBefG trat am 1. Januar 2013 in Kraft. Zentrale Punkte sind die Liberalisierung des Fernbuslinienver-

---

<sup>4</sup> Die erhaltenen Zuwendungen der Gesellschafter für Investitionen in das Anlagevermögen vor 1998 wurden als Sonderposten in der Bilanz ausgewiesen. Dieser Sonderposten stellt ein Korrekturposten zum Anlagevermögen und damit kein frei verfügbares Kapital für die Gesellschaft dar. Daher findet eine Umgruppierung in das Fremdkapital statt. Der Sonderposten wird, verteilt über die Zeit der Abschreibungsdauer der geförderten Investitionsgüter, jährlich ertragswirksam aufgelöst.

kehrts sowie die Anpassung an die Vorgaben der EU-Verordnung (EG) Nr. 1370/2007. Der Bund bestätigt bzw. stärkt mit der Novelle die Aufgabenträger (Länder sowie Landkreise bzw. kreisfreie Städte) als zuständige Behörden im ÖPNV. Im Jahr 2013 will das Land Brandenburg das auf dem PBefG aufsetzende ÖPNV-Gesetz ändern. Die novellierte Fassung soll im Jahr 2014 in Kraft treten.

Die grenzüberschreitenden Verkehre des ÖPNV von und nach Polen werden auch in den kommenden Jahren ein weiteres strategisches Thema der VBB GmbH bleiben. Ziel ist es weiterhin, eines Tages schnelle und attraktive Verbindungen anbieten zu können, bei denen der Fahrgast nicht mehr merkt, dass er eine Staatsgrenze überschreitet.

Völlig neue Chancen sieht die VBB GmbH in der Nutzung der sogenannten Sozialen Medien (facebook, Twitter usw.), die gerade bei der jüngeren Bevölkerung eine immer größere Rolle einnehmen. Die VBB GmbH hat hierzu in den letzten Jahren die Marktentwicklung beobachtet. In der Zukunft wird es nötig sein, sich verstärkt aktiv in das Thema einzubringen, um das kommunikative Potenzial der Sozialen Medien auch für das System des ÖPNV heben zu können.

Neben den zahlreichen Chancen sieht die VBB GmbH jedoch auch einige Risiken für die nächste Zukunft. Zu nennen sind dabei die negativen Auswirkungen der S-Bahn-Krise auf den ÖPNV in der Hauptstadtregion insgesamt und mittelbar auch auf das Image der Gesellschaft.

Ein weiteres Risiko könnte sich aus dem eskalierten Streit um die Einnahmenaufteilung im Tarifbereich Berlin A-B-C ergeben. Eine Kündigung des VBB-Einnahmenaufteilungsvertrags durch die BVG würde die Zusammenarbeit der Verkehrsunternehmen im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg erheblich erschweren.

Schließlich steht für das Jahr 2015 die Revision der sogenannten Regionalisierungsmittel durch den Bund an. Diese sind eine der wesentlichen Finanzierungssäulen des ÖPNV. Radikale Mittelkürzungen durch den Bund könnten auch für die Arbeit der VBB GmbH signifikante Folgen haben.

### **3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)**

Der Aufsichtsrat hat am 7. Juni 2012 den Wirtschaftsplan 2013 beschlossen. Somit besteht auch für das Jahr 2013 Planungssicherheit für die finanzielle Ausstattung der VBB GmbH.

Die VBB GmbH wird – zusätzlich zu ihren Tätigkeiten im klassischen Bereich und im Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement – im Rahmen des Centers Nahverkehr Berlin ihre Expertise auch in Zukunft zum Nutzen des Landes Berlin einbringen.

Die VBB GmbH konnte in den letzten Jahren ihren Expertenstamm durch verschiedene Stellenentfristungen deutlich ausbauen. In einigen Tätigkeitsbereichen sind jedoch weitere Entfristungen erforderlich, um das aufgebaute Fachwissen für die Gesellschaft erhalten zu können.

Inhaltlich wird die VBB GmbH in den kommenden Jahren die im vorliegenden Lagebericht skizzierten Themen weiter bearbeiten und nach Kräften vorantreiben, zum Nutzen ihrer Gesellschafter und der Fahrgäste in Berlin und Brandenburg.

Großer Handlungsbedarf besteht aus Sicht der VBB GmbH bei folgenden Punkten:

- Zügige, rechtssichere Ausschreibung des Teilnetzes Ring bei der Berliner S-Bahn
- Rasche und nachhaltige Beilegung des Streits um die Einnahmenaufteilung im Tarifbereich Berlin A-B-C
- Fortentwicklung der Fahrgastinformation in Berlin und Brandenburg zu einem einheitlichen Auskunftssystem
- Weitere, konstante Verbesserung der Qualität im ÖPNV der Länder Berlin und Brandenburg

**4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER**

<b>Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)</b>			
<b>Wirtschaftsjahr</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>2010</b>
1. Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht 2. entspr.)	- T€	- T€	- T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen <sup>1</sup>	64,8 T€	64,8 T€	64,8 T€

<sup>1</sup> Gesellschafterbeiträge / Zuschüsse

**5. NACHWEISFÜHRUNG GEM. § 91 ABS. 6 BBGKVERF**ÖFFENTLICHER ZWECK (§ 91 ABS. 2 NR. 1 BBGKVERF)

Gemäß § 2 Abs. 1 ÖPNVG (Bbg) stellt die Sicherstellung und Ausgestaltung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) eine Aufgabe der Daseinsvorsorge dar. § 2 Abs. 1 ÖPNVG (B)<sup>5</sup> ergänzt dies um den Personenregionalverkehr.

Gemäß § 2 Abs. 2 ÖPNVG (Bbg) soll der ÖPNV der Verbesserung der Mobilität der Bevölkerung, der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen, dem Umweltschutz und der Verkehrssicherheit dienen. Er soll so gestaltet werden, dass er eine attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellt. Durch Steigerung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des ÖPNV soll der motorisierte Individualverkehr, insbesondere in und zwischen Verdichtungsräumen zurückgeführt, zumindest aber ein weiterer Anstieg verhindert werden. In § 2 Abs. 2 ÖPNVG (B) wird zudem die verkehrliche Verknüpfung insbesondere von Wohngebieten und Arbeitsstätten, kulturellen, sozialen und Gesundheitseinrichtungen, Einkaufs- und Sportzentren sowie Erholungsgebieten gefordert.

Im Land Brandenburg obliegt die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im Schienenpersonennahverkehr sowie der landesbedeutsamen Verkehrslinien anderer Verkehrsträger des öffentlichen Personennahverkehrs gemäß § 3 Abs. 1 ÖPNVG (Bbg) dem Land. Die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im übrigen ÖPNV ist gemäß § 3 Abs. 3 ÖPNVG (Bbg) freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte. Aufgegriffen wird dies zudem im § 2 Abs. 2 i. V. m. § 131 BbgKVerf, wonach die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise gehört.

Gemäß § 3 Abs. 1 ÖPNVG (B) ist die Planung und Ausgestaltung des ÖPNV Aufgabe Berlins.

Zudem soll Berlin gemäß § 4 Abs. 1 ÖPNVG (B) dem Auftrag des Einigungsvertrages folgend mit dem Land Brandenburg sowie Landkreisen und kreisfreien Städten in Brandenburg, soweit sie Aufgabenträger sind, zur Sicherung und Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs einen Verkehrs-

<sup>5</sup> ÖPNVG (B) – Gesetz über die Aufgaben und die Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs im Land Berlin, in der Fassung vom 27. Juni 1995, zuletzt geändert am 19. Juni 2006.

verbund bilden – den VBB. Ähnlich wird dies im § 5 Abs. 4 ÖPNVG (Bbg) gefordert, wonach die Aufgabenträger zur bestmöglichen Erreichung der Ziele des Gesetzes miteinander zusammenarbeiten können, bspw. durch Bildung eines Verkehrs- und Tarifverbundes (§ 5 ÖPNVG (Bbg)).

Insgesamt soll die Verkehrsnachfrage im Stadt-, Vorort- und Regionalverkehr mit Verkehrsmitteln im Linienverkehr befriedigt werden.

#### SUBSIDIARITÄT (§ 91 ABS. 3 SATZ 1 UND 3 BBGKVERF)

Die Gemeinde hat im Interesse einer sparsamen Haushaltsführung dafür zu sorgen, dass Leistungen, die von privaten Anbietern wirtschaftlicher erbracht werden können, diesen Anbietern übertragen werden. Neben dem wirtschaftlichen Vergleich ist die Qualität und Zuverlässigkeit zu berücksichtigen.

Es besteht keine Verpflichtung zur Einholung von Angeboten bzw. zur Erstellung von Vergleichsrechnungen, „wenn die Gemeindevertretung oder in den Fällen des § 50 Absatz 2 der Hauptausschuss eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde im öffentlichen Interesse für erforderlich hält.“ Wenn die nicht-wirtschaftlichen Erwägungen den Ausschlag gegeben haben, ist die Entscheidung zu begründen.

Eine wirtschaftliche Betätigung des Landkreises im öffentlichen Interesse ergibt sich aus § 2 Abs. 1 ÖPNVG (Bbg). Demnach stellt die Sicherstellung und Ausgestaltung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) eine Aufgabe der Daseinsvorsorge dar. § 2 Abs. 1 ÖPNVG (B)<sup>6</sup> ergänzt dies um den Personenregionalverkehr.

#### NEBENLEISTUNGEN (§ 91 ABS. 5 BBGKVERF)

Im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung dürfen Nebenleistungen erbracht werden,

1. die im Wettbewerb üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten werden und den öffentlichen Hauptzweck nicht beeinträchtigen; mit der Durchführung dieser Nebenleistung sollen private Anbieter beauftragt werden, es sei denn, dies ist mit berechtigten Interessen der Gemeinde oder des Unternehmens nicht vereinbar, oder
2. die der Ausnutzung bestehender, sonst brachliegender Kapazitäten bei der Gemeinde oder dem Unternehmen dienen.

Nebenleistungen des Unternehmens sind nicht bekannt.

---

<sup>6</sup> ÖPNVG (B) – Gesetz über die Aufgaben und die Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs im Land Berlin, in der Fassung vom 27. Juni 1995, zuletzt geändert am 19. Juni 2006.

**6. SONSTIGES**

Die VBB GmbH in Zahlen

<b>Bilanz zum 31.12.2012</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>Veränderung</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
<i><b>Aktiva</b></i>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>395,7</b>	<b>385,1</b>	<b>10,6</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	44,9	21,0	23,9
II. Sachanlagen	350,8	364,1	-13,3
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>4.942,7</b>	<b>4.913,9</b>	<b>28,8</b>
I. Vorräte	1.097,3	836,5	260,8
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	942,6	612,2	330,4
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.902,8	3.465,2	-562,4
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>75,3</b>	<b>58,9</b>	<b>16,4</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>5.413,7</b>	<b>5.357,8</b>	<b>55,9</b>
<i><b>Passiva</b></i>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>324,0</b>	<b>324,0</b>	<b>0,0</b>
I. Gezeichnetes Kapital	324,0	324,0	0,0
<b>B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulage</b>	<b>30,6</b>	<b>25,1</b>	<b>5,5</b>
<b>C. Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens</b>	<b>355,0</b>	<b>349,8</b>	<b>5,2</b>
<b>D. Rückstellungen</b>	<b>1.072,7</b>	<b>1.282,8</b>	<b>-210,1</b>
<b>E. Verbindlichkeiten</b>	<b>3.631,4</b>	<b>3.376,1</b>	<b>255,3</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>5.413,7</b>	<b>5.357,8</b>	<b>55,9</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2012</b>			
1. Umsatzerlöse	1.156,7	683,5	473,2
2. Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	272,9	274,1	-1,2
3. Erträge aus Gesellschafterbeiträgen, Zuwendungen	8.310,3	8.234,2	76,1
4. Sonstige betriebliche Erträge	2.776,8	3.271,6	-494,8
5. Materialaufwand	902,4	531,3	371,1
6. Personalaufwand	4.916,7	4.782,9	133,8
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen (AV)	152,3	143,6	8,7
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.588,9	7.070,6	-481,7
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	62,4	82,7	-20,3
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18,3	17,0	1,3
<b>11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>0,6</b>	<b>0,8</b>	<b>-0,2</b>
12. außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0
<b>13. außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
14. Sonstige Steuern	0,6	0,8	-0,2
<b>15. Jahresergebnis</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

### 3.7 Teltower Kreiswerke GmbH, Berlin (TKW)

#### 1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

##### FIRMENSITZ

Wallstraße 35, 10179 Berlin

##### GRÜNDUNG

29.05.1929

(Wiederaufnahme des Geschäftsbetriebes: 01.01.1973)

Die Teltower Kreiswerke GmbH wurde am 29.05.1929 durch den damaligen Kreis Teltow gegründet, dessen Rechtsnachfolge der Landkreis Teltow-Fläming teilweise angetreten hat.

##### GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Unternehmensgründung am 29.05.1929 abgeschlossen.

Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 10.07.2008 ist das Stammkapital auf Euro umgestellt und auf 200.000 € erhöht worden. Durch Beschlüsse der Gesellschafterversammlungen vom 11.02. und 10.07.2008 ist der Gesellschaftsvertrag vollständig neu gefasst worden (siehe Gegenstand des Unternehmens). Die Änderungen wurden am 09.03.2009 in das Handelsregister beim Amtsgericht Charlottenburg unter der Nummer HRB 7789 B eingetragen.

##### GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, soweit dieser für gesellschaftseigene und kommunale Zwecke erforderlich ist, sowie die Verwaltung, die Vermietung, die Verpachtung, die Instandsetzung, die Instandhaltung und die Erweiterung von gesellschaftseigenen und sonstigen Grundstücken und Immobilien aus dem ehemaligen Teltowvermögen.

(§ 2 des Gesellschaftsvertrages)

##### RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

##### STAMMKAPITAL

200.000,00 €

##### BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Dahme-Spreewald:	40,7 %	81.400,00 €
Landkreis Teltow-Fläming:	39,5 %	79.000,00 €
Landkreis Potsdam-Mittelmark:	19,8 %	39.600,00 €

##### BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

keine

##### ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

##### GESCHÄFTSFÜHRER

Frau Annette Hansel

##### ABSCHLUSSPRÜFER

Der Jahresabschluss wurde im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der TKW GmbH und der WSC Wirtschafts- und Steuerberatungsgesellschaft mbH Cottbus durch die WSC

Wirtschafts- und Steuerberatungsgesellschaft mbH Cottbus erstellt. Da die Gesellschaft zum Abschlussstichtag die Größenmerkmale einer kleinen GmbH gemäß § 267 Abs. 1 HGB aufweist, besteht gemäß § 316 Abs. 1 HGB keine Pflicht zur Abschlussprüfung. Auf Grund der nicht vorhandenen Prüfungspflicht erfolgt die Prüfung der Jahresabschlüsse rotierend durch die Rechnungsprüfungsämter (RPA) der Gesellschafter.

## 2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2012	2011	2010	2011 zu 2012	2010 zu 2011	2011 zu 2012	2010 zu 2011
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)</b>				<b>Vermögens- und Kapitalstruktur</b>		<b>Vermögens- und Kapitalstruktur</b>	
Anlagenintensität	44,2%	43,5%	43,8%	0,7%	-0,3%	1,6%	-0,7%
Eigenkapitalquote	97,7%	97,7%	97,2%	0,0%	0,5%	0,0%	0,5%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)</b>				<b>Finanzierung und Liquidität</b>		<b>Finanzierung und Liquidität</b>	
Anlagendeckung II <sup>1</sup>	220,9%	224,8%	221,7%	-3,9%	3,0%	-1,7%	1,4%
Zinsaufwandsquote	0,4%	0,0%	0,0%	0,4%	0,0%	374614,7%	0,0%
Liquidität 3. Grades	2456,7%	2141,8%	1992,7%	314,9%	149,1%	14,7%	7,5%
Cashflow	- 15 T€	7 T€	49 T€	- 22 T€	- 42 T€	-302,1%	-85,2%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	- 51 T€	- 7 T€	45 T€	- 44 T€	- 52 T€	-655,9%	-114,7%
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)</b>				<b>Rentabilität und Geschäftserfolg</b>		<b>Rentabilität und Geschäftserfolg</b>	
Gesamtkapitalrentabilität	-1,9%	1,1%	4,9%	-3,0%	-3,8%	-265,5%	-77,2%
Umsatz	169,6 T€	168,2 T€	169,7 T€	1,4 T€	- 1,5 T€	0,8%	-0,9%
Jahresergebnis	- 16,9 T€	9,9 T€	43,3 T€	- 26,8 T€	- 33,4 T€	-269,8%	-77,1%
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)</b>				<b>Personalbestand</b>		<b>Personalbestand</b>	
Personalaufwandsquote	15,9%	14,7%	14,6%	1,2%	0,1%	7,9%	1,0%
Personalintensität	13,7%	12,8%	12,7%	0,9%	0,1%	6,8%	1,0%
Anzahl der Mitarbeiter	1	1	1	0	0	0,0%	0,0%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

<sup>1</sup> unter Berücksichtigung von Eigenkapital, da in allen drei Jahren kein langfristiges Fremdkapital ausgewiesen wurde

### GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die TKW GmbH erfüllt die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben zur Verwaltung des eigenen Vermögens sowie die gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag der Gesellschaft übertragene Verwaltung von Immobilien, die im Eigentum der Landkreise Teltow-Fläming, Dahme-Spreewald und Potsdam-Mittelmark, der Stadt Potsdam und der Gemeinde Dallgow-Döberitz stehen.

Im Geschäftsjahr wurde mit ersten Baumaßnahmen zur Werterhaltung und Instandsetzung des Wohnhauses in der Sachlebenstraße begonnen. Mit der Erneuerung der Treppenhausinstallation, einschließlich Hauptverteilung zu den einzelnen Mieteinheiten, der Treppenhausbeleuchtung sowie

der Klingelanlage wurde angefangen. Die Kellerlichtgrabensanierung entsprechend der vorliegenden Denkmalrechtlichen Genehmigung wurde im ersten Bauabschnitt realisiert.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Die Ertragslage ist der Tätigkeit der Gesellschaft entsprechend gut. Die betrieblichen Erlöse bzw. Erträge liegen mit 196,5 T€ leicht über dem Vorjahresniveau von 193,0 T€. Die betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 33,3 T€ auf 221,4 T€ gestiegen. Dabei resultiert der Anstieg aus den um 31,1 T€ erhöhten Materialaufwand auf 122,2 T€. Aufgrund gesteigener Personalaufwendungen und einer nur leicht erhöhten Betriebsleistung erhöhte sich die Personalintensität. Im Ergebnis reduzierte sich das Jahresergebnis um -26,8 T€ auf -16,9 T€ (Vj. 9,9 T€). Damit ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr eine Gesamtkapitalrentabilität von -1,9 % (Vj. 1,1 %).

Der Jahresfehlbetrag bzw. der im Geschäftsjahr generierte Cash-Flow wirken sich auch negativ auf die Liquidität der TKW GmbH aus. Während das Anlagevermögen nahezu konstant bleibt, sank der Finanzmittelbestand um rund 51 T€.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet. Die Eigenkapitalquote blieb konstant bei hohen 97,7 %. Das langfristige Vermögen ist demnach durch langfristiges Kapital (hier das Eigenkapital) ausreichend gedeckt. Bei dem übrigen Kapital handelt es sich um kurzfristiges Fremdkapital, wie Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit unter einem Jahr oder Rückstellungen, das auf Grund des vergleichsweise hohen Anteils des Umlaufvermögens an der Bilanzsumme (55 %) mehr als abgedeckt werden kann. Die Werte für den Anlagendeckungsgrad II sowie die Liquidität 3. Grades lassen insofern auf eine solide Finanzposition zurückschließen. Die Liquidität der Gesellschaft ist gesichert.

CHANCEN UND RISIKEN

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung sind derzeit nicht zu erkennen, könnten sich aber beim vollständigen Abverkauf der verwalteten Immobilien durch die Gesellschaft ergeben.

**3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)**

Die zukünftige Entwicklung der TKW GmbH ist ausgeglichen. Sie wird die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben auch weiterhin wahrnehmen.

**4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER**

<b>Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)</b>			
<b>Wirtschaftsjahr</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>2010</b>
1. Kapitalzuführungen (die nicht 2. entspr.)	- T€	- T€	- T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen	- T€	- T€	- T€

## **5. NACHWEISFÜHRUNG GEM. § 91 ABS. 6 BBGKVERF**

### ÖFFENTLICHER ZWECK (§ 91 ABS. 2 NR. 1 BBGKVERF)

Die Tätigkeit der Gesellschaft umfasst die Verwaltung des eigenen Vermögens sowie die gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag der Gesellschaft übertragene Verwaltung von Grundstücken, die im Eigentum der Rechtsnachfolger des ehemaligen Kreises Teltow, d.h. der Landkreise Teltow-Fläming, Dahme-Spreewald und Potsdam-Mittelmark, stehen.

### SUBSIDIARITÄT (§ 91 ABS. 3 SATZ 1 UND 3 BBGKVERF)

Die Gemeinde hat im Interesse einer sparsamen Haushaltsführung dafür zu sorgen, dass Leistungen, die von privaten Anbietern wirtschaftlicher erbracht werden können, diesen Anbietern übertragen werden. Neben dem wirtschaftlichen Vergleich ist die Qualität und Zuverlässigkeit zu berücksichtigen.

Es besteht keine Verpflichtung zur Einholung von Angeboten bzw. zur Erstellung von Vergleichsberechnungen, „wenn die Gemeindevertretung oder in den Fällen des § 50 Absatz 2 der Hauptausschuss eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde im öffentlichen Interesse für erforderlich hält.“ Wenn die nicht-wirtschaftlichen Erwägungen den Ausschlag gegeben haben, ist die Entscheidung zu begründen.

Die Tätigkeit der Gesellschaft umfasst die Verwaltung des eigenen Vermögens sowie die gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag der Gesellschaft übertragene Verwaltung von Grundstücken, die im Eigentum der Rechtsnachfolger des ehemaligen Kreises Teltow, d.h. der Landkreise Teltow-Fläming, Dahme-Spreewald und Potsdam-Mittelmark, stehen.

Es erfolgt die Einhaltung des Grundsatzes der sparsamen Haushaltsführung, da das Unternehmen keine Zuschüsse erhält. Daneben findet aufgrund der Leistungserbringung durch die TKW neben der Wirtschaftlichkeit der Betätigung sowohl die Qualität als auch die Zuverlässigkeit Berücksichtigung. Im Rahmen gesetzlicher Spielräume kann eine direkte Einflussnahme auf das Leistungsangebot erfolgen.

### NEBENLEISTUNGEN (§ 91 ABS. 5 BBGKVERF)

Im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung dürfen Nebenleistungen erbracht werden,

1. die im Wettbewerb üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten werden und den öffentlichen Hauptzweck nicht beeinträchtigen; mit der Durchführung dieser Nebenleistung sollen private Anbieter beauftragt werden, es sei denn, dies ist mit berechtigten Interessen der Gemeinde oder des Unternehmens nicht vereinbar, oder
2. die der Ausnutzung bestehender, sonst brachliegender Kapazitäten bei der Gemeinde oder dem Unternehmen dienen.

Nebenleistungen des Unternehmens sind nicht bekannt.

**6. SONSTIGES**

Die TKW GmbH in Zahlen

<b>Bilanz zum 31.12.2012</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>Veränderung</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>383,0</b>	<b>383,9</b>	<b>-0,9</b>
I. Sachanlagen	177,0	177,9	-0,9
II. Finanzanlagen	206,0	206,0	0,0
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>480,2</b>	<b>497,3</b>	<b>-17,1</b>
I. Vorräte	10,8	9,4	1,4
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	48,3	16,3	32,0
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	421,1	471,6	-50,5
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>2,4</b>	<b>2,1</b>	<b>0,3</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>865,6</b>	<b>883,3</b>	<b>-17,7</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>846,0</b>	<b>862,9</b>	<b>-16,9</b>
I. gezeichnetes Kapital / Kapitalkonto/ Kapitalanteile	200,0	200,0	0,0
II. Kapitalrücklage	34,5	34,5	0,0
III. Gewinnvortrag	628,4	618,5	9,9
IV. Jahresüberschuss	-16,9	9,9	-26,8
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>10,5</b>	<b>9,3</b>	<b>1,2</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>8,8</b>	<b>10,6</b>	<b>-1,8</b>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,3</b>	<b>0,6</b>	<b>-0,3</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>865,6</b>	<b>883,3</b>	<b>-17,7</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2012</b>			
1. Umsatzerlöse	169,6	168,2	1,4
2. sonstige betriebliche Erträge	26,9	24,8	2,1
3. Materialaufwand	122,2	91,1	31,1
4. Personalaufwand	26,9	24,8	2,1
5. Abschreibungen	1,0	1,0	0,0
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	71,2	71,1	0,1
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2,6	2,6	0,0
8. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere	0,0	0,0	0,0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,8	0,0	0,8
<b>10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-23,0</b>	<b>7,7</b>	<b>-30,7</b>
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	6,1	2,1	4,0
12. sonstige Steuern	0,0	0,1	-0,1
<b>13. Jahresergebnis</b>	<b>-16,9</b>	<b>9,9</b>	<b>-26,8</b>

### 3.8 RENATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Kreishaus Teltow-Fläming KG, Stuttgart

#### 1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

##### FIRMENSITZ

Meitnerstraße 10, 70563 Stuttgart

##### GRÜNDUNG

19.03.1998

Die Gesellschaft wurde am 19.03.1998 gegründet. Grundlage für die Beteiligung des Landkreises Teltow-Fläming als Kommanditist an dieser Gesellschaft ist der Kreistagsbeschluss Nr. 0052/98 vom 23.03.1998 i.V.m. dem Kreistagsbeschluss Nr. 178 vom 08.05.1995 zum Bau des Kreishauses für den Landkreis Teltow-Fläming in Luckenwalde und des Beschlusses Nr. 378 vom 05.05.1997 über die privatwirtschaftliche Finanzierung des Kreishausneubaus.

##### GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der Gesellschaftsvertrag wurde am 19.03.1998 notariell beurkundet.

##### GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Errichtung und die Vermietung von Grundstücken, Baulichkeiten und Anlagen aller Art, soweit sie einem öffentlichen Zweck dienen, im Landkreis Teltow-Fläming sowie die Durchführung aller für die Erzielung dieser Zwecke erforderlichen Geschäfte und Maßnahmen. Genehmigungspflichtige Tätigkeiten gemäß § 34c GewO<sup>7</sup> werden nicht ausgeübt.

(§ 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages)

##### RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft  
(GmbH & Co. KG)

##### GESELLSCHAFTSKAPITAL

15.267.175,57 €

Kapitalanteil des Kommanditisten: 10.225,84 €

Kapitalanteil des atypisch stillen Gesellschafters: 15.256.949,73 €

##### BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

###### Komplementär (persönlich haftender Gesellschafter):

RENATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Stuttgart:

Stimmenanteil: 85 Stimmen (keine Einlage)

###### Kommanditist (Teilhafter):

Landkreis Teltow-Fläming:

Stimmenanteil: 15 Stimmen Kommanditeinlage: 10.225,84 €

##### BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

keine

---

<sup>7</sup> GewO – Gewerbeordnung  
in der Fassung vom 22. Februar 1999, zuletzt geändert am 29. Juli 2009.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

GESCHÄFTSFÜHRER

Zur Geschäftsführung ist der persönlich haftende Gesellschafter berechtigt und verpflichtet.

Herr Thomas Haas (Stellvertretender Leiter Geschäftsstelle Stuttgart Commerz Real AG)

Herr Dr. Manfred Gubelt (Jurist)

ABSCHLUSSPRÜFER

PricewaterhouseCoopers

Aktiengesellschaft

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

**2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)**

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2012	2011	2010	2011 zu 2012	2010 zu 2011	2011 zu 2012	2010 zu 2011
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)</b>				<b>Vermögens- und Kapitalstruktur</b>		<b>Vermögens- und Kapitalstruktur</b>	
Anlagenintensität	92,3%	91,7%	90,6%	0,6%	1,1%	0,6%	1,3%
Eigenkapitalquote	11,5%	5,4%	2,2%	6,1%	3,2%	113,6%	148,0%
Eigenkapitalquote (unter Berücksicht. von <sup>2</sup> )	8,0%	2,1%	-0,8%	5,9%	-2,9%	276,7%	-354,5%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag <sup>2</sup>	- 513,2 T€	- 514,3 T€	- 515,1 T€	1,1 T€	0,8 T€	0,2%	0,2%
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)</b>				<b>Finanzierung und Liquidität</b>		<b>Finanzierung und Liquidität</b>	
Anlagendeckung II <sup>1</sup>	91,7%	94,3%	98,1%	-2,6%	-3,8%	-2,8%	-3,8%
Zinsaufwandsquote	18,4%	22,9%	25,7%	-4,5%	-2,8%	-19,7%	-10,9%
Liquidität 3. Grades	27,1%	37,0%	57,4%	-9,9%	-20,4%	-26,8%	-35,6%
Cashflow	2.691,8 T€	2.313,6 T€	2.131,5 T€	378,2 T€	182,1 T€	16,3%	8,5%
Zahlungswirksame Verände- rung d. Finanzmittelbestandes	- 182,8 T€	- 314,6 T€	532,1 T€	131,8 T€	- 846,7 T€	41,9%	-159,1%
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)</b>				<b>Rentabilität und Geschäftserfolg</b>		<b>Rentabilität und Geschäftserfolg</b>	
Gesamtkapitalrentabilität	15,2%	12,0%	10,3%	3,2%	1,7%	26,3%	16,6%
Umsatz	3.383,3 T€	3.074,1 T€	2.957,2 T€	309,2 T€	116,9 T€	10,1%	4,0%
Jahresergebnis	1.570,4 T€	1.191,3 T€	1.011,1 T€	379,1 T€	180,2 T€	31,8%	17,8%
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)</b>				<b>Personalbestand</b>		<b>Personalbestand</b>	
Personalaufwandsquote	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Personalintensität	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0	0	0	0,0%	0,0%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

<sup>1</sup> unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital

<sup>2</sup> nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteile des Kommanditisten

#### GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Der Erwerb eines Erbbaurechts in Luckenwalde vom Landkreis Teltow-Fläming sowie die Errichtung eines Verwaltungsgebäudes (Kreishaus) inklusive Parkhaus und dessen Vermietung im Rahmen eines Immobilien-Leasing-Vertrages an den Landkreis Teltow-Fläming bilden die wirtschaftliche Grundlage der RENATA GmbH & Co. KG als sogenannte Leasingobjektgesellschaft.

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Die Geschäfte werden von der Commerz Real AG entgeltlich im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages getätigt.

#### VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Bei einer Anlagenintensität von rd. 92 % weist die Gesellschaft geschäftsbedingt überwiegend langfristiges Vermögen aus. Das Eigenkapital der Gesellschaft stieg 2012 um rd. 815,8 T€ auf 1.666,6 T€. Der „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteile des Kommanditisten“ beträgt rd. 513 T€ (Vj. 514 T€). Der Bilanzverlust von 6.371 T€ resultiert dabei insbesondere auf Sonderabschreibungen auf das Vermietvermögen (nach Fördergebietsgesetz) in 1999. Nach den Planungsrechnungen der Gesellschaft wird der Verlustvortrag zusammen mit den Ausschüttungen durch nachfolgende Jahresüberschüsse einschließlich eines möglichen Ergebnisses aus dem Verkauf der Immobilie ausgeglichen.

In 2012 konnte die RENATA GmbH & Co. KG erneut einen Jahresüberschuss ausweisen. Die Gesellschaft verzeichnet aufgrund erhöhter Umsatzerlöse und weiter gesunkenen Zinsaufwendungen für das Jahr 2012 einen gestiegenen Gewinn von 1.570 T€, der den Verlustvortrag weiter verringert. Unter Einbezug der Fremdkapitalzinsen ergibt sich somit eine Gesamtkapitalrentabilität von 15,2 % (Vj. 12,0 %).

Durch das gute Jahresergebnis und die verdienten Abschreibungen wurde erneut ein Jahres-Cash-Flow von über 2 Mio. € erzielt. Nach Abzug von sonstigen zahlungswirksamen Vorgängen, wie Tilgungsleistungen, verringerte sich der Finanzmittelbestand der Gesellschaft um 182 T€ auf 602,6 T€. Dies beeinflusst die Liquidität negativ, sodass nun 27,1 % (Vj. 37,0 %) des kurzfristigen Fremdkapitals durch das Umlaufvermögen abgedeckt werden. In der Regel sollte dieser Wert jedoch deutlich über 100 % liegen, um eine fristenkongruente Finanzierung sicherzustellen bzw. finanziell stabil aufgestellt zu sein.

#### CHANCEN UND RISIKEN

Das Kreishaus ist für 22 Jahre, beginnend am 21.09.1999, an den Landkreis Teltow-Fläming vermietet. Nach 15 bzw. 20 Jahren kann der Landkreis das Objekt zum vertraglich vereinbarten Restwert erwerben. Andernfalls erfolgt eine freie Vermarktung. Für die Gesellschaft bestehen demnach sowohl Risiken als auch Chancen aus dem Restwert des Leasingengagements.

Auf Grund der langfristigen Vermietung des Kreishauses inklusive Parkhaus an den Landkreis Teltow-Fläming und die daraus resultierende Stabilität der Ertragssituation in Verbindung mit dem geplanten Veräußerungserlös aus dem Vermietungsobjekt ergeben sich für die Gesellschaft derzeit keine existenzgefährdenden Risiken.

### **3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)**

Die RENATA GmbH & Co. KG wird auch weiterhin die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben wahrnehmen und den Leasingvertrag kontinuierlich erfüllen.

**4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER**

<b>Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)</b>			
<b>Wirtschaftsjahr</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>2010</b>
1. Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht 2. entspr.)	- T€	- T€	- T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen	- T€	- T€	- T€

**5. NACHWEISFÜHRUNG GEM. § 91 ABS. 6 BBGKVERF**

ÖFFENTLICHER ZWECK (§ 91 ABS. 2 NR. 1 BBGKVERF)

Das Kreishaus (inklusive Parkhaus) des Landkreises Teltow-Fläming als Sitz der Kreisverwaltung wurde auf der Grundlage eines langfristigen Leasingvertrages errichtet. Es ist seit dem 21.09.1999 für 22 Jahre an den Landkreis vermietet. Die RENATA GmbH & Co. KG wurde besonders zum Zweck der ordnungsgemäßen Abwicklung dieses Vertrages bis zum möglichen Übergang in das Eigentum des Landkreises – spätestens im Jahr 2021 – gegründet.

SUBSIDIARITÄT (§ 91 ABS. 3 SATZ 1 UND 3 BBGKVERF)

Die Gemeinde hat im Interesse einer sparsamen Haushaltsführung dafür zu sorgen, dass Leistungen, die von privaten Anbietern wirtschaftlicher erbracht werden können, diesen Anbietern übertragen werden. Neben dem wirtschaftlichen Vergleich ist die Qualität und Zuverlässigkeit zu berücksichtigen.

Es besteht keine Verpflichtung zur Einholung von Angeboten bzw. zur Erstellung von Vergleichsrechnungen, „wenn die Gemeindevertretung oder in den Fällen des § 50 Absatz 2 der Hauptausschuss eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde im öffentlichen Interesse für erforderlich hält.“ Wenn die nicht-wirtschaftlichen Erwägungen den Ausschlag gegeben haben, ist die Entscheidung zu begründen.

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Errichtung und die Vermietung von Grundstücken, Baulichkeiten und Anlagen aller Art, soweit sie einem öffentlichen Zweck dienen im Landkreis Teltow-Fläming sowie die Durchführung aller für die Erzielung dieser Zwecke erforderlichen Geschäfte und Maßnahmen.

Es erfolgt die Einhaltung des Grundsatzes der sparsamen Haushaltsführung, da das Unternehmen keine Zuschüsse erhält. Daneben wird aufgrund des Verkaufes und der Abtretung der Kommanditeinlage des Landkreises Teltow-Fläming auf eine weitere Nachweisführung verzichtet.

NEBENLEISTUNGEN (§ 91 ABS. 5 BBGKVERF)

Im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung dürfen Nebenleistungen erbracht werden,

1. die im Wettbewerb üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten werden und den öffentlichen Hauptzweck nicht beeinträchtigen; mit der Durchführung dieser Nebenleistung sollen private Anbieter beauftragt werden, es sei denn, dies ist mit berechtigten Interessen der Gemeinde oder des Unternehmens nicht vereinbar, oder

2. die der Ausnutzung bestehender, sonst brachliegender Kapazitäten bei der Gemeinde oder dem Unternehmen dienen.

Nebenleistungen des Unternehmens sind nicht bekannt.

## 6. SONSTIGES

Die RENATA GmbH & Co. KG in Zahlen

<b>Bilanz zum 31.12.2012</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>Veränderung</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>13.358,6</b>	<b>14.479,0</b>	<b>-1.120,4</b>
I. Vermietvermögen			
Grundstücksgleiche Rechte und Bauten	13.358,6	14.479,0	-1.120,4
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>602,6</b>	<b>785,4</b>	<b>-182,8</b>
I. Guthaben bei Kreditinstituten	602,6	785,4	-182,8
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,0</b>	<b>4,3</b>	<b>-4,3</b>
<b>D. Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteile des Kommanditisten</b>	<b>513,2</b>	<b>514,3</b>	<b>-1,1</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>14.474,5</b>	<b>15.783,0</b>	<b>-1.308,5</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>1.666,6</b>	<b>850,8</b>	<b>815,8</b>
I. Kapitalanteil des Kommanditisten	10,2	10,2	0,0
II. Kapitalanteil des atypisch stillen Gesellschafters	15.256,9	15.256,9	0,0
III. Entnahmen/Ausschüttungen des atypisch stillen Gesellschafters	-7.741,9	-6.988,3	-753,6
IV. Bilanzverlust	-6.371,9	-7.942,4	1.570,5
(davon Kommanditist € 523.434,71; Vorjahr € 524.534,00)			
(davon atypisch stiller Gesellschafter € 5.848.501,60; Vorjahr € 7.417.822,03)			
V. Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteile des Kommanditisten	513,2	514,3	-1,1
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>5,0</b>	<b>4,0</b>	<b>1,0</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>12.802,9</b>	<b>14.928,2</b>	<b>-2.125,3</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.802,9	14.928,2	-2.125,3
<b>Bilanzsumme</b>	<b>14.474,5</b>	<b>15.783,0</b>	<b>-1.308,5</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2012</b>			
1. Umsatzerlöse	3.383,3	3.074,1	309,2
2. Abschreibungen	1.120,4	1.120,4	0,0
3. sonstige betriebliche Aufwendungen	33,5	32,7	0,9
4. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,7	5,7	-5,0
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	624,0	702,7	-78,7
<b>6. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>1.606,1</b>	<b>1.224,1</b>	<b>382,0</b>
7. sonstige Steuern	35,7	32,9	2,8
<b>8. Jahresergebnis</b>	<b>1.570,4</b>	<b>1.191,3</b>	<b>379,1</b>

### 3.9 BADC Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH

#### 1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Freiheitsstr. 124/126, 15745 Wildau

E-MAIL

[info@badc-gmbh.de](mailto:info@badc-gmbh.de)

HOMEPAGE

[www.badc-gmbh.de](http://www.badc-gmbh.de)

GRÜNDUNG

26.02.2001



Die BADC GmbH wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 26.02.2001 gegründet. Grundlage für die Beteiligung des Landkreises Teltow-Fläming als Gesellschafter der BADC GmbH bildete der Beschluss Nr. 3-1205/08-III des Kreistages vom 18.02.2008.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde am 26.02.2001 notariell beurkundet und zuletzt am 20.06.2008 notariell geändert.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist die

Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der kommunalen Standort- und Strukturentwicklung im Flughafenumfeld von Berlin-Brandenburg International (BBI) in Zusammenarbeit mit den Ländern Berlin und Brandenburg, den Landkreisen, Kommunen und Privatpersonen, die

Durchführung eines Dialogforums im Flughafenumfeld BBI sowie Unterhaltung und Betrieb einer Kommunikationsplattform, die

Sicherstellung eines Interessenausgleiches zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften des Flughafenumfeldes (gemäß Definition LEP FS<sup>8</sup>) untereinander einerseits sowie zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften und der Betreiberin des Flughafens Berlin-Schönefeld und deren Gesellschaftern andererseits sowie die

Koordinierung und Umsetzung ökologischer Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die in einem sachlichen Zusammenhang mit dem Ausbau des Flughafens Schönefeld erforderlich werden.

Darüber hinaus kann die Gesellschaft alle Aufgaben wahrnehmen, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar dienlich sind.

(§ 2 des Gesellschaftsvertrages)

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

50.000,00 €

---

<sup>8</sup> LEP FS – Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung, in der Fassung vom 30. Mai 2006, in Kraft getreten am 16. Juni 2006.

## Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

### BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Gemeinde Schönefeld:	26 %	13.000,00 €
Gemeinde Wildau:	15 %	7.500,00 €
Stadt Königs Wusterhausen:	15 %	7.500,00 €
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow:	6 %	3.000,00 €
Gemeinde Großbeeren:	6 %	3.000,00 €
Stadt Ludwigsfelde:	6 %	3.000,00 €
Gemeinde Rangsdorf:	6 %	3.000,00 €
Landkreis Dahme-Spreewald:	5 %	2.500,00 €
Landkreis Teltow-Fläming:	5 %	2.500,00 €
Stadt Eichwalde:	3 %	1.500,00 €
Gemeinde Schulzendorf:	3 %	1.500,00 €
Gemeinde Zeuthen:	3 %	1.500,00 €
Stadt Mittenwalde:	1 %	500,00 €

### BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

keine

### ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

### GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Gerhard Janssen, Dipl. Oec.

### MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus höchstens acht Mitgliedern besteht. Berlin, das Land Brandenburg, die Gemeinde Schönefeld, die Landkreise Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming haben das Recht, jeweils einen Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden. Die Kommunen Eichwalde, Mittenwalde, Königs Wusterhausen, Schulzendorf, Wildau und Zeuthen haben gemeinsam das Recht, einen Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden. Die Kommunen Blankenfelde-Mahlow, Großbeeren, Ludwigsfelde und Rangsdorf haben gemeinsam das Recht, zwei Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden.

Herr Peer Giesecke	(Landrat des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Carl Ahlgrimm	(Bürgermeister der Gemeinde Großbeeren)
Herr Dr. Udo Haase	(Bürgermeister der Gemeinde Schönefeld)
Herr Ortwin Baier	(Bürgermeister der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow)
Herr Stephan Loge	(Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald)
Herr Dr. Uwe Malich	(Bürgermeister der Gemeinde Wildau)

### ABSCHLUSSPRÜFER

Münzer & Storbeck Treuhand- und Revisions GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

## 2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2012	2011	2010	2011 zu 2012	2010 zu 2011	2011 zu 2012	2010 zu 2011
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)</b>				<b>Vermögens- und Kapitalstruktur</b>		<b>Vermögens- und Kapitalstruktur</b>	
Anlagenintensität	0,0%	0,1%	1,4%	-0,1%	-1,3%	-73,0%	-92,1%
Eigenkapitalquote	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Eigenkapitalquote (unter Berücksichtigung des negativen Eigenkapitals)	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- 304,2 T€	- 348,1 T€	- 45,1 T€	43,9 T€	- 303,0 T€	12,6%	-672,2%
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)</b>				<b>Finanzierung und Liquidität</b>		<b>Finanzierung und Liquidität</b>	
Anlagendeckung II <sup>1</sup>	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Zinsaufwandsquote	2,3%	2,5%	0,3%	-0,2%	2,2%	-9,5%	865,3%
Zinsaufwandsquote <sup>2</sup>	0,0%	0,1%	0,0%	-0,1%	0,1%	-84,6%	270,5%
Liquidität 3. Grades	85,1%	64,6%	70,6%	20,5%	-6,0%	31,8%	-8,5%
Cashflow	23,4 T€	- 54,6 T€	- 42,9 T€	78,0 T€	- 11,7 T€	142,9%	-27,3%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	222,1 T€	84,2 T€	- 10,1 T€	137,9 T€	94,3 T€	163,8%	931,2%
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)</b>				<b>Rentabilität und Geschäftserfolg</b>		<b>Rentabilität und Geschäftserfolg</b>	
Gesamtkapitalrentabilität	2,2%	-31,2%	-28,1%	33,4%	-3,1%	107,2%	-11,0%
Umsatz	19,2 T€	34,0 T€	43,2 T€	- 14,8 T€	- 9,2 T€	-43,5%	-21,3%
Jahresergebnis	43,9 T€	- 303,0 T€	- 45,7 T€	346,9 T€	- 257,3 T€	114,5%	-563,5%
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)</b>				<b>Personalbestand</b>		<b>Personalbestand</b>	
Personalaufwandsquote	205,1%	180,5%	214,0%	24,6%	-33,5%	13,7%	-15,6%
Personalintensität	3,3%	17,2%	42,1%	-13,9%	-24,9%	-81,0%	-59,1%
Anzahl der Mitarbeiter	2	2	2	0	0	0,0%	0,0%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

<sup>1</sup> unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital

<sup>2</sup> unter Berücksichtigung der Gesamtleistung & den sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung)

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Mit einem Wirtschaftswachstum von 0,7 % im Jahr 2012 erwies sich die deutsche Wirtschaft in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld als widerstandsfähig und trotz der europäischen Rezession; allerdings hat sich die deutsche Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte deutlich abgekühlt. Mit der verschobenen Eröffnung des neuen Flughafens BER war die Bautätigkeit im Umfeld des Airports weiterhin zurückhaltend. Die im Geschäftsjahr abgeschlossenen größeren Vorhaben (Messe, ILA, Steigenberger Hotel, Wartungshangars Air Berlin/Lufthansa, u.a.) haben nur bedingt zu Beauftragungen der BADC geführt.

Bei den Leistungen der BADC handelt es sich um Dienstleistungen im Rahmen der Umsetzung von kommunalen und interkommunalen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Bauvorhaben und Bauungspläne im Flughafenumfeld des neuen Flughafens BER.

#### VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Im Geschäftsjahr 2012 wurde ein Jahresüberschuss von 43,9 T€ erzielt. Wesentlich für das Nichterreichen der Planwerte sind die aufgrund der fehlenden behördlichen Abnahme nicht endgültig abgeschlossenen Projekte Muna Töpchin und Tonteiche Neue Mühle, die folglich nur als unfertige Leistungen Eingang in den Jahresabschluss gefunden haben.

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 14,8 T€ auf 19,2 T€ gesunken. Die Umsätze wurden in Verbindung mit den Projekten Offenlandpflege Südhafen, Kienberger Rinne, Auenverbund und IVK/ZEWS realisiert. Unfertige Leistungen und sonstige Erträge erzielte die Gesellschaft im Zusammenhang mit den Projekten Muna Töpchin, Tonteiche Neue Mühle, Karlshof, Maßnahme 22, Stichkanal Wildau und INKOF BER. Die Bestände an unfertigen Erzeugnissen, unfertigen Leistungen betragen 954,0 T€. Sonstige betriebliche Erträge wurden in Höhe von 216,9 T€ erzielt. Die Materialaufwendungen stiegen um rd. 713 T€ auf 1.020,3 T€. Das Jahresergebnis verbesserte sich in 2012 auf 43,9 T€ (Vj. -303,0 T€). Damit liegt in 2012 ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag von 304,2 T€ vor. Die Eigenkapitalquote beträgt 0 % (Vj. 0%).

Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt 2,2 % (Vj. -31,2 %). Dieser starke Anstieg lässt sich neben dem verbesserten Jahresergebnis auf die mehr als verdoppelte Bilanzsumme von 969,8 T€ in 2011 auf 1.971,6 T€ in 2012 zurückführen. Vermögensseitig haben vor allem die gestiegenen Unfertigen Erzeugnisse und unfertigen Leistungen dazu beigetragen. Daneben konnte das nicht gedeckte Eigenkapital durch das positive Jahresergebnis 2012 auf 304 T€ verringert werden. Auf der Passivseite sind die erhaltenen Anzahlungen um 895 T€ auf 1.693 T€ angestiegen. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistung sind um 177 T€ auf 214 T€ angestiegen. Das mittlerweile weitestgehend in einen Zuschuss umgewandelte Gesellschafterdarlehen in Höhe von 59 T€ aus dem Jahr 2011 ist im Jahresabschluss noch als Verbindlichkeit in Höhe von 18 T€ gegenüber Gesellschaftern ausgewiesen.

Ausgehend von einem Kassenbestand in Höhe von 241,6 T€ Anfang 2012 konnten durch einen positiven Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit die liquiden Mittel am Ende des Geschäftsjahres auf 325,8 T€ ansteigen. Die Gesellschaft wird jedoch weiterhin weitgehend durch kurzfristiges Fremdkapital finanziert (u.a. erhaltene Anzahlungen).

Die Liquidität 3. Grades stieg auf 85,1 % (Vj. 64,6 %). Demnach können die kurzfristigen Verbindlichkeiten nicht durch das Umlaufvermögen abgedeckt werden, sodass die kurzfristige Finanzposition nicht fristenkongruent aufgestellt ist. Im Vergleich zum Vorjahr lässt sich ein positiver Trend beobachten. Der generierte Jahres-Cash-Flow beträgt in 2012 23,4 T€ (Vj. -54,6 T€). Die gesamte zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands beläuft sich auf 222,1 T€ (Vj. 84,2 T€).

Die Entwicklung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage ist projektbezogen. Dadurch können sich im Zeitablauf erhebliche Schwankungen ergeben. Gesellschafterzuschüsse können die Mindestbetriebskosten sichern. Daneben werden Projekte zur finanziellen Entwicklung der BADC konzentriert und systematisch in Angriff genommen.

#### CHANCEN UND RISIKEN

Eine wesentliche Ursache für die vergleichsweise hohe bilanzielle Überschuldung ist die Überzahlung des Auftrages Muna Töpchin in Verbindung mit der Insolvenz des Auftragnehmers. Dies führte in 2011 zu einem Jahresfehlbetrag in Höhe von – 398 T€. Für die noch offene Restleistung des Projektes konnte mit einem neu erstellten Leistungsverzeichnis ein günstiges Ausschreibungsergebnis erzielt werden, so dass die Verluste aus dem Projekt weitestgehend wieder ausgeglichen werden konnten. Im Ergebnis wird das Projekt im Jahresabschluss 2013 einen wesentlichen Beitrag zu einem Jahresüberschuss (Plan 255 T€) leisten.

Nachfolgende Projekte werden Erträge und Aufwendungen der Geschäftsjahre 2013 und 2014 bestimmen: u.a. Zülowseen, Tonteiche Lauseberge, Muna Töpchin.

Neben Projekten, die aus Mitteln des Naturschutzfonds finanziert werden, ist die Grundlage für die Arbeit der BADC in den kommenden Jahren die vom „Dialogforum Airport Berlin-Brandenburg“ in Auftrag gegebene Erstellung eines Flächenpools für das Flughafenumfeld. In einem dynamischen Fortschreibungsprozess werden derzeit bei den Gesellschaftern sämtliche für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zur Verfügung stehende Flächen mit wesentlichen Merkmalen erfasst. Der Flächenpool ist ein wichtiger Baustein für eine integrierte und abgestimmte Vorgehensweise im Flughafenumfeld. Ebenso vereinfacht und professionalisiert er die Leistungen der BADC für Investoren im Flughafenumfeld.

Die Liquidität der Gesellschaft hatte zum Bilanzstichtag einen Wert von 325 T€. Im Rahmen der durch die bilanzielle Überschuldung erforderlichen Fortführungsprognose wird die Liquidität bis 2015 fortgeschrieben und regelmäßig aktualisiert. Auf Grundlage der Fortführungsprognose vom 31.12.2012 ist bis Ende 2015 die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft gewährleistet. Hierfür ist jedoch erforderlich, dass alle Gesellschafter ihre Gesellschafterdarlehen aus dem Jahr 2011 in einen nicht rückzahlbaren Zuschuss umwandeln sowie den Zuschusszahlungsverpflichtungen in den Geschäftsjahren 2012 und 2013 nachkommen.

### 3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Neben der professionellen Durchführung der bestehenden Vorhaben und der Akquise neuer Projekte hat der Abbau der vergleichsweise hohen bilanziellen Überschuldung oberste Priorität für die Entwicklung der BADC. Die Gesellschafter haben deshalb dem Maßnahmeplan der Geschäftsführung zugestimmt, der insbesondere beinhaltet, dass mindestens in 2013 und 2014 noch Betriebskostenzuschüsse durch die Gesellschafter geleistet werden und dass für die BADC-Projektsteuerung ein Honorar zwischen 5 und 10 % der Kosten erzielt werden muss.

Die Liquidität der Gesellschaft ist weiterhin angespannt, so dass mindestens für die Sanierungsphase 2012 – 2014 auf die Grundfinanzierung der Gesellschaft in Höhe des jährlichen Zuschusses von 100 T€ nicht verzichtet werden kann. Die von den Gesellschaftern gewünschte Abkehr vom allgemeinen Betriebskostenzuschuss hin zu einer direkten Vergütung von Leistungen der BADC für die Gesellschafter ist grundsätzlich zu begrüßen, kann jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Situation frühestens zum Geschäftsjahr 2015 umgesetzt werden.

### 4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

<b>Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)</b>			
<b>Wirtschaftsjahr</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>2010</b>
1. Kapitalzuführungen (die nicht 2. entspr.) <sup>1</sup>	- T€	- T€	- T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen <sup>2</sup>	3,0 T€	3,0 T€	3,0 T€

<sup>1</sup> Erwerb Stammkapitalanteil (entspr. 5 %)

<sup>2</sup> Betriebskostenzuschuss

## **5. NACHWEISFÜHRUNG GEM. § 91 ABS. 6 BBGKVERF**

### ÖFFENTLICHER ZWECK (§ 91 ABS. 2 NR. 1 BBGKVERF)

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft begründet sich u.a. in der Durchführung der kommunalen Standort- und Strukturentwicklung im Umfeld des Flughafens Berlin-Brandenburg (BER), der Sicherstellung des Interessenausgleichs zwischen den Umfeldkommunen des Flughafens sowie zwischen den Kommunen und dem Flughafenbetreiber, der Koordinierung und Umsetzung der im Zusammenhang mit dem Ausbau des Flughafens Schönefeld notwendigen ökologischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie der Durchführung eines Dialogforums im Flughafenumfeld des BER.

### SUBSIDIARITÄT (§ 91 ABS. 3 SATZ 1 UND 3 BBGKVERF)

Die Gemeinde hat im Interesse einer sparsamen Haushaltsführung dafür zu sorgen, dass Leistungen, die von privaten Anbietern wirtschaftlicher erbracht werden können, diesen Anbietern übertragen werden. Neben dem wirtschaftlichen Vergleich ist die Qualität und Zuverlässigkeit zu berücksichtigen.

Es besteht keine Verpflichtung zur Einholung von Angeboten bzw. zur Erstellung von Vergleichsrechnungen, „wenn die Gemeindevertretung oder in den Fällen des § 50 Absatz 2 der Hauptausschuss eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde im öffentlichen Interesse für erforderlich hält.“ Wenn die nicht-wirtschaftlichen Erwägungen den Ausschlag gegeben haben, ist die Entscheidung zu begründen.

Eine wirtschaftliche Betätigung des Landkreises im öffentlichen Interesse begründet sich anhand des Gesellschaftszwecks mit folgenden Inhalten: Durchführung der kommunalen Standort- und Strukturentwicklung im Umfeld des Flughafens Berlin-Brandenburg (BER), der Sicherstellung des Interessenausgleichs zwischen den Umfeldkommunen des Flughafens sowie zwischen den Kommunen und dem Flughafenbetreiber, der Koordinierung und Umsetzung der im Zusammenhang mit dem Ausbau des Flughafens Schönefeld notwendigen ökologischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie der Durchführung eines Dialogforums im Flughafenumfeld des BER.

### NEBENLEISTUNGEN (§ 91 ABS. 5 BBGKVERF)

Im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung dürfen Nebenleistungen erbracht werden,

1. die im Wettbewerb üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten werden und den öffentlichen Hauptzweck nicht beeinträchtigen; mit der Durchführung dieser Nebenleistung sollen private Anbieter beauftragt werden, es sei denn, dies ist mit berechtigten Interessen der Gemeinde oder des Unternehmens nicht vereinbar, oder
2. die der Ausnutzung bestehender, sonst brachliegender Kapazitäten bei der Gemeinde oder dem Unternehmen dienen.

Nebenleistungen des Unternehmens sind nicht bekannt.

**6. SONSTIGES**

Die BADC GmbH in Zahlen

<b>Bilanz zum 31.12.2012</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>Veränderung</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>0,6</b>	<b>1,1</b>	<b>-0,5</b>
I. Sachanlagen	0,6	1,1	-0,5
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>1.666,8</b>	<b>620,5</b>	<b>1.046,3</b>
I. Vorräte	1.322,6	368,6	954,0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18,5	10,3	8,1
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	325,8	241,6	84,2
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,0</b>	<b>0,2</b>	<b>-0,2</b>
<b>D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>	<b>304,2</b>	<b>348,1</b>	<b>-43,9</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.971,6</b>	<b>969,8</b>	<b>1.001,8</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
I. Gezeichnetes Kapital	50,0	50,0	0,0
II. Bilanzverlust	354,2	398,1	-43,9
III. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	304,2	348,1	-43,9
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>31,9</b>	<b>52,9</b>	<b>-21,0</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>1.926,2</b>	<b>907,7</b>	<b>1.018,4</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.971,6</b>	<b>969,8</b>	<b>1.001,8</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2012</b>			
1. Umsatzerlöse	19,2	34,0	-14,8
2. Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	954,0	279,7	674,3
3. sonstige betriebliche Erträge	216,9	44,3	172,6
4. Materialaufwand	1.020,3	307,4	712,9
5. Personalaufwand	39,5	61,4	-21,9
6. Abschreibungen	0,5	202,4	-201,9
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	85,6	88,2	-2,6
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,2	-0,2
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,4	0,9	-0,5
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0
11. Sonstige Steuern	0,0	0,9	-0,9
<b>12. Jahresergebnis</b>	<b>43,9</b>	<b>-303,0</b>	<b>346,9</b>

### 3.10 Rettungsdienst Teltow-Fläming GmbH

#### 1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

##### FIRMENSITZ

Am Nuthefließ 2; 14943 Luckenwalde

##### E-MAIL

denny.mieles@teltow-flaeming.de

##### GRÜNDUNG

26.10.2012

Die Rettungsdienst Teltow-Fläming GmbH wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 26.10.2012 gegründet. Grundlage für die Beteiligung des Landkreises Teltow-Fläming als Gesellschafter der Rettungsdienst Teltow-Fläming GmbH bildete der Beschluss Nr. 4-1287/12-III des Kreistages vom 10.09.2012.

##### GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der Gesellschaftsvertrag wurde am 26.10.2012 notariell beurkundet.

##### GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Organisation und Durchführung des bodengebundenen Rettungsdienstes für den Landkreis Teltow-Fläming nach der Maßgabe des Gesetzes über den Rettungsdienst im Land Brandenburg (BbgRettG) in der jeweils aktuellen Fassung, der Verordnung über den Landesrettungsdienstplan des Landes Brandenburg (LRDPV) in der jeweils aktuellen Fassung und des Rettungsdienstbereichsplanes des Landkreises Teltow-Fläming in der aktuellen Fassung.

Das Unternehmen ist unter Maßgabe eines kostendeckenden Geschäftsbetriebes ausschließlich auf den öffentlichen Zweck gemäß dem BbgRettG ausgerichtet.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die dem Zweck des Unternehmens unmittelbar dienen und förderlich sind.

(§ 2 des Gesellschaftsvertrages)

##### RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

##### STAMMKAPITAL

200.000,00 €

##### BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming:	100 %	200.000,00 €
---------------------------	-------	--------------

##### BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

keine

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Denny Mieles

ABSCHLUSSPRÜFER

Diplom-Kaufmann Eckardt Beil

Wirtschaftsprüfer

**2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)**

Auf die Darstellung der Analysedaten wird aufgrund des Rumpfbereiches 2012 verzichtet.

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die Gesellschaft ist durch die Kommunalisierung des Rettungsdienstes im Landkreis Teltow-Fläming entstanden. Durch Beschluss des BGH vom 01.12.2008 wurde festgestellt, dass die Übertragung der Durchführung von Rettungsdienstleistungen ein öffentlicher Auftrag über Dienstleistungen gem. § 99 Abs. 4 GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) ist, auf den das Vergaberecht anzuwenden ist.

Die Rettungsdienst Teltow-Fläming GmbH ist eine Eigengesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming und erfüllt die Voraussetzungen für eine sogenannte Inhouse-Vergabe. Die Übertragung einer öffentlichen Aufgabe im Wege einer In-House-Vergabe fällt nicht unter die vergaberechtlichen Regelungen des GWB und der Vergabeverordnung und kann daher freihändig ohne Ausschreibung erfolgen.

Die Übertragung von Vollzugsaufgaben im Rettungsdienst an kommunale Eigengesellschaften der Landkreise und kreisfreien Städte unter Ausschluss vergaberechtlicher Regelungen des GWB und der Vergabeverordnung wurde im Grundsatz vom Gesetzgeber nicht ausgeschlossen. Die Möglichkeit der Übertragung von Vollzugsaufgaben im Rettungsdienst im Wege einer (europaweiten) Ausschreibung nach Ablauf oder Kündigung des bestehenden Vertrages zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und der Gesellschaft besteht zudem parallel. Bereits in der Gründungsphase, aber auch in den folgenden Geschäftsjahren wird ein besonderes Augenmerk auf die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung, Effizienzsteigerung der Verwaltungsstrukturen und Straffung der internen Arbeitsabläufe gelegt.

Der Geschäftsverlauf war im Wesentlichen durch Gründungsaktivitäten der Geschäftsführung geprägt. Ihre satzungsgemäßen Aufgaben nimmt die Gesellschaft zum 1. Januar 2013 auf.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Die Bilanzsumme der Eröffnungsbilanz zum 26. Oktober 2012 weist 200.000 EUR gezeichnetes Kapital aus, geleistet durch den Alleingesellschafter. Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme beträgt 100%.

Die sonstigen betrieblichen Erträge der Gewinn- und Verlustrechnung entsprechen in Höhe der kumulierten Aufwendungen und Erträge der Gesellschaft im Geschäftsjahr und wurden dem Ret-

tungsdienst Eigenbetrieb des Landkreises Teltow-Fläming als Betriebskostenabrechnung vorgelegt. Betriebliche Erlöse darüber hinaus sind nicht entstanden. Materialaufwand, Personalaufwand und Aufwand für Abschreibungen sind nicht entstanden. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Kosten für die Gründung der Gesellschaft sowie für die Bildung von Rückstellungen enthalten. Das Jahresergebnis beträgt auf Grund des vereinbarten Kostenausgleiches mit dem Landkreis Teltow-Fläming 0,00 EUR.

Die Gesellschaft befindet sich in stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Liquidität ist zum Stichtag gesichert.

#### CHANCEN UND RISIKEN

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft besteht in der Durchführung des Rettungsdienstes des Landkreises Teltow-Fläming. Von daher ergeben sich keine volkswirtschaftlichen oder branchenspezifischen Risiken. Auf Grund der vertraglich gesicherten vollständigen Kostenerstattung ergeben sich keine finanziellen oder wirtschaftlichen Risiken.

Durch die Übernahme des Rettungsdienstes von drei verschiedenen Hilfsorganisationen in eine Gesellschaft ergibt sich die Chance alle Betriebsabläufe zu vereinheitlichen und zu standardisieren. Damit ist nicht nur die angestrebte QS-Zertifizierung möglich sondern auch eine qualitativ verbesserte Durchführung des Rettungsdienstes und eine Verbesserung der Effektivität gewährleistet. Ferner besteht die Möglichkeit, zukünftig weitere Kosteneinsparungspotentiale zu erschließen.

### **3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)**

#### Demografische Entwicklung

Eine aktuelle Studie der Brandenburgischen Landesregierung prognostiziert bis zum Jahr 2030 einen Bevölkerungsrückgang von 2,522 auf 2,227 Mio. Menschen. Zudem werden die Menschen in Brandenburg immer älter. Der Studie zufolge wird 2030 bereits jeder Dritte Einwohner im Rentenalter sein – bei steigender Lebenserwartung und anhaltenden Geburtendefizit. Zusätzlich wird die Bevölkerungsentwicklung durch die Abwanderung junger Menschen, insbesondere junger Frauen, beeinflusst (Vgl. Statistik Berlin Brandenburg- Bevölkerungsprognose für das Land Brandenburg 2011-2030, AI 8-11). Dies stellt für die Gesellschaft ein Risiko in der strategischen Personalbedarfsdeckung bzw. Planung dar. Personalpolitik und Personalmanagement der Gesellschaft müssen frühzeitig auf diese Entwicklungen eingestellt werden.

Das Geschäftsjahr 2013 wird im Wesentlichen durch die Auswahl eines geeigneten Tarifpartners und den Abschluss eines rettungsdienstspezifischen Tarifvertrages für die Beschäftigten der Gesellschaft geprägt sein. Bereits dabei wird ein besonderes Augenmerk auf den strategischen Aspekt der demografischen Entwicklung gelegt, aber auch auf eine nachhaltige Wirtschaftlichkeit der Gesellschaft.

#### Qualitätsmanagement im Rettungsdienst

Die Gesellschaft betreibt 9 Rettungswachen im Rettungsdienstbereich des Landkreises Teltow-Fläming. Im 2. Halbjahr des Geschäftsjahres 2013 soll deren DQS-Zertifizierung (Deutsche Gesellschaft für Qualität e. V.) nach der Qualitätsmanagementnorm DIN EN ISO 9001:2008 für die Gesellschaft erfolgen. Die Zertifizierung erfolgt im Rahmen einer Matrixzertifizierung des DRK Landesverbandes Brandenburg e. V. Die Geschäftsleitung erhofft sich dadurch eine kontinuierliche Verbesserung der Qualität in der Versorgung von (Notfall-) Patienten einerseits, aber auch die Aufdeckung und Umsetzung von Verbesserungspotenzialen im gesamten Unternehmen andererseits. Die Optimierung

von Geschäftsprozessen soll die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschaft langfristig verbessern.

Für das Geschäftsjahr 2013 rechnet die Geschäftsführung mit einem neutralen Jahresergebnis. Investitionen sind nicht geplant.

#### 4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

<b>Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)</b>	
<b>Wirtschaftsjahr</b>	<b>2012</b>
Kapitalzuführungen (die nicht 2. entspr.) <sup>1</sup>	200,0 T€
Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€
gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€
sonst. Finanzbeziehungen	- T€

<sup>1</sup> Stammkapital

#### 5. NACHWEISFÜHRUNG GEM. § 91 ABS. 6 BBGKVERF

##### ÖFFENTLICHER ZWECK (§ 91 ABS. 2 NR. 1 BBGKVERF)

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft begründet sich in der Organisation und Durchführung des bodengebundenen Rettungsdienstes für den Landkreis Teltow-Fläming nach der Maßgabe des Gesetzes über den Rettungsdienst im Land Brandenburg (BbgRettG) in der jeweils aktuellen Fassung. Nach § 6 BbgRettG sind Träger des bodengebundenen Rettungsdienstes die Landkreise und kreisfreien Städte, die diese Aufgabe als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe erfüllen.

Das Unternehmen ist unter Maßgabe eines kostendeckenden Geschäftsbetriebes ausschließlich auf den öffentlichen Zweck gemäß dem BbgRettG ausgerichtet.

##### SUBSIDIARITÄT (§ 91 ABS. 3 SATZ 1 UND 3 BBGKVERF)

Die Gemeinde hat im Interesse einer sparsamen Haushaltsführung dafür zu sorgen, dass Leistungen, die von privaten Anbietern wirtschaftlicher erbracht werden können, diesen Anbietern übertragen werden. Neben dem wirtschaftlichen Vergleich ist die Qualität und Zuverlässigkeit zu berücksichtigen.

Es besteht keine Verpflichtung zur Einholung von Angeboten bzw. zur Erstellung von Vergleichsrechnungen, „wenn die Gemeindevertretung oder in den Fällen des § 50 Absatz 2 der Hauptausschuss eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde im öffentlichen Interesse für erforderlich hält.“ Wenn die nicht-wirtschaftlichen Erwägungen den Ausschlag gegeben haben, ist die Entscheidung zu begründen.

Eine wirtschaftliche Betätigung des Landkreises im öffentlichen Interesse begründet sich anhand des Gesellschaftszwecks mit folgenden Inhalten: Organisation und Durchführung des bodengebundenen Rettungsdienstes für den Landkreis Teltow-Fläming nach der Maßgabe des Gesetzes über den Rettungsdienst im Land Brandenburg (BbgRettG) in der jeweils aktuellen Fassung. Nach § 6

BbgRettG sind Träger des bodengebundenen Rettungsdienstes die Landkreise und kreisfreien Städte, die diese Aufgabe als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe erfüllen.

Daneben erfolgt die Einhaltung des Grundsatzes der sparsamen Haushaltsführung, da das Unternehmen keine Zuschüsse erhält.

NEBENLEISTUNGEN (§ 91 ABS. 5 BBGKVERF)

Im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung dürfen Nebenleistungen erbracht werden,

1. die im Wettbewerb üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten werden und den öffentlichen Hauptzweck nicht beeinträchtigen; mit der Durchführung dieser Nebenleistung sollen private Anbieter beauftragt werden, es sei denn, dies ist mit berechtigten Interessen der Gemeinde oder des Unternehmens nicht vereinbar, oder
2. die der Ausnutzung bestehender, sonst brachliegender Kapazitäten bei der Gemeinde oder dem Unternehmen dienen.

Nebenleistungen des Unternehmens sind nicht bekannt.

**6. SONSTIGES**

Die Rettungsdienst Teltow-Fläming GmbH in Zahlen

<b>Bilanz zum 31.12.2012</b>	<b>31.12.2012</b>	<b>26.10.2012</b>
	TEUR	TEUR
<b>Aktiva</b>		
<b>A. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete</b>	<b>0,0</b>	<b>200,0</b>
<b>B. Anlagevermögen</b>	<b>3,9</b>	<b>0,0</b>
I. Sachanlagen	3,9	0,0
<b>C. Umlaufvermögen</b>	<b>200,0</b>	<b>0,0</b>
I. Guthaben bei Kreditinstituten	200,0	0,0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>203,9</b>	<b>200,0</b>
<b>Passiva</b>		
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>200,0</b>	<b>200,0</b>
I. Gezeichnetes Kapital	200,0	200,0
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>2,8</b>	<b>0,0</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>1,1</b>	<b>0,0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>203,9</b>	<b>200,0</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung vom 26.10.2012 bis 31.12.2012</b>		
1. sonstige betriebliche Erträge	6,8	
2. sonstige betriebliche Aufwendungen	6,8	
<b>3. Jahresergebnis</b>	<b>0,0</b>	

## 4 Anhang

### 4.1 Kennzahldefinition – Analysedaten gemäß § 61 Nr. 2 KomHKV

Im Folgenden wird ein Überblick über die gemäß Rundschreiben des Ministeriums des Innern vom 22.12.2009 i.V.m. § 61 Nr. 2 KomHKV im Beteiligungsbericht zu analysierenden Kennzahlen sowie deren Definitionen gegeben:

#### ANALYSE DER VERMÖGENS- UND KAPITALSTRUKTUR DES UNTERNEHMENS

##### Anlagenintensität

Die Anlagenintensität beschreibt den Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen. Sie ist somit eine Kennzahl zur Analyse der Vermögensstruktur des Unternehmens. Ist ein Unternehmen anlagenintensiv, so ist das im Anlagevermögen investierte Kapital längerfristig gebunden. Kapitalfreisetzung erfolgt in der Regel durch die verdienten Abschreibungen. Eine sehr hohe Anlagenintensität kann dazu führen, dass das Unternehmen nicht flexibel genug auf sich verändernde Marktbedingungen reagieren kann. Zu beachten ist, dass Zielwerte für ein gutes Verhältnis von Anlage- zum Gesamtvermögen sehr branchenabhängig sind.

Berechnung:  $\frac{\text{Anlagevermögen (€)}}{\text{Bilanzsumme (€)}}$  Einheit: Prozent (%)

Zielwert: stark branchenabhängig

##### Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote beschreibt den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital. Sie ist somit eine Kennzahl zur Analyse der Kapitalstruktur des Unternehmens. Das Eigenkapital steht dem Unternehmen langfristig zur Verfügung. Es beziffert den Anteil der Eigentümer am Gesellschaftsvermögen. Den Gläubigern gegenüber dient es als Haftungsmasse für die Verbindlichkeiten, bspw. im Falle einer Insolvenz. Die Höhe der Eigenkapitalausstattung ist ein Indiz für die Innenfinanzierungskraft sowie die Risikotragfähigkeit eines Unternehmens. Je höher die Eigenkapitalquote ist, desto höher ist auch die Stabilität des Unternehmens. Gleichzeitig sinkt mit steigender Eigenkapitalausstattung die Abhängigkeit von den Fremdkapitalgebern.

Berechnung:  $\frac{\text{Eigenkapital (€)}}{\text{Bilanzsumme (€)}}$  Einheit: Prozent (%)

Zielwert: > 15 %, stark branchenabhängig  
(Je höher die Anlagenintensität ist, umso höher sollte auch die Eigenkapitalquote sein.)

##### Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Ist das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft durch im abgelaufenen Geschäftsjahr oder in vorangegangenen Jahren angesammelte Verluste aufgebraucht und ergibt sich ein Überschuss der Passivposten über die Aktivposten der Bilanz, so ist gem. § 268 Abs. 3 HGB als letzte Position auf der Aktivseite der Differenzbetrag unter der Bezeichnung „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ auszuweisen. Dadurch wird verhindert, dass auf der Aktivseite ein negatives Eigenkapital ausgewiesen werden muss. Der Ausweis eines solchen Fehlbetrages lässt jedoch keine Rückschlüsse darüber zu, ob das Unternehmen tatsächlich überschuldet ist. Der Tatbestand der materiellen Überschuldung

würde die Geschäftsführung zwingen, einen Konkurs- oder Vergleichsantrag zu stellen (§ 15a i.V.m. § 19 InsO<sup>9</sup>).

Berechnung: aus der Bilanz Einheit: EUR (€)

Zielwert: 0,00 €

#### ANALYSE DER FINANZIERUNG UND LIQUIDITÄT DES UNTERNEHMENS

##### Anlagendeckungsgrad II

Mit dem Anlagendeckungsgrad II erfolgt eine Gegenüberstellung von Anlagevermögen und langfristigen Kapital. Sie zeigt an, zu welcher Quote das Anlagevermögen langfristig finanziert ist. Diese Kennzahl zur Analyse der Finanzierung eines Unternehmens kann, neben den Anlagendeckungsgraden I (Anlagevermögen gegenüber Eigenkapital) und III (Anlagevermögen und Vorräte gegenüber langfristigen Kapital), ein Anhaltspunkt für eine fristgerechte Finanzierung sein.

Auf Grund der vorhandenen Datenbasis ist *im Rahmen dieses Berichts* ersatzweise für das langfristige in der Regel das mittel- und langfristige Fremdkapital als Basis der Analyse herangezogen worden. D.h., sofern das Unternehmen einen signifikant hohen Anteil an mittelfristigem Fremdkapital aufweist, ist der ermittelte und ausgewiesene Anlagendeckungsgrad höher, als nach der hier angegebenen Berechnungsformel.

Berechnung: 
$$\frac{\text{Eigenkapital (€) + langfristiges Fremdkapital (€)}}{\text{Anlagevermögen (€)}}$$
 Einheit: Prozent (%)

Zielwert: 110 % - 150 %

##### Zinsaufwandsquote

Die Zinsaufwandsquote trägt indirekt zur Beurteilung der Finanzierungssituation eines Unternehmens bei. Diese Kennzahl gibt die Zinsaufwendungen eines Unternehmens in Relation zu seinen erzielten Umsatzerlösen an. Eine hohe Zinsaufwandsquote weist auf eine hohe Liquiditätsbindung hin, die meist langfristiger Natur ist und insbesondere bei einer Verschlechterung der Erlössituation problematisch wird.<sup>10</sup>

Berechnung: 
$$\frac{\text{Zinsaufwand (€)}}{\text{Umsatz (€)}}$$
 Einheit: Prozent (%)

Zielwert: < 10 %, jedoch stark abhängig von der Bilanzstruktur (u.a. Höhe und Struktur des Anlagevermögens)

<sup>9</sup> InsO – Insolvenzordnung

in der Fassung vom 5. Oktober 1994, zuletzt geändert am 9. Dezember 2010.

<sup>10</sup> Sofern die betrachtete Gesellschaft einen Großteil ihrer Erlöse unter „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ ausweist, wird zu Vergleichszwecken eine weitere Kennzahl angegeben, bei der anstelle der Umsatzerlöse die Summe aus Gesamtleistung und sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung) angesetzt wird.

Liquidität 3. Grades

Liquidität ist die Fähigkeit des Unternehmens, sämtlichen Zahlungsverpflichtungen zu den jeweiligen Fälligkeitsterminen uneingeschränkt nachzukommen und bezeichnet in diesem Sinne auch die Verfügbarkeit über genügend Zahlungsmittel.

Liquiditätskennzahlen geben Auskunft darüber, inwieweit auf der Aktivseite kurzfristiges Vermögen vorhanden ist, aus dem heraus ausreichende Mittel freigesetzt werden können, um die passivierten kurzfristigen Verbindlichkeiten, d.h. solche, die innerhalb eines Jahres zur Rückzahlung gelangen, zu begleichen. Unter Einbeziehung von jeweils weiteren Anteilen des Umlaufvermögens mit zunehmender Kapitalbindungsdauer gelangt man von der Liquidität 1. Grades über die Liquidität 2. Grades zur Liquidität 3. Grades.

Die Liquidität 3. Grades ist die Gegenüberstellung des gesamten Umlaufvermögens und der kurzfristigen Verbindlichkeiten. Sie gibt Auskunft über die Solidität der kurz- bis mittelfristigen Finanzposition eines Unternehmens.

Berechnung: 
$$\frac{\text{Umlaufvermögen (€)}}{\text{kurzfristiges Fremdkapital (€)}}$$
 Einheit: Prozent (%)

Zielwert: > 120 %

Cash-Flow

Der Cash-Flow gibt den Zahlungsmittelüberschuss an, den das Unternehmen im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit in der zu betrachtenden Periode erwirtschaftet hat. Im Rahmen der Kapitalflussrechnung bildet die Summe aus Cash-Flow sowie Mittelzu- / -abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes.

Die Kennzahl ist ein Ausdruck der Finanzkraft des Unternehmens (Selbst- bzw. Innenfinanzierungskraft) und zeigt den erwirtschafteten Liquiditätszufluss bzw. -abfluss auf. Er lässt damit die Kreditwürdigkeit und Rückzahlungsfähigkeit (Kapitaldienstfähigkeit) eines Unternehmens erkennen.

Für Zwecke der Information der verschiedenen Adressaten über den im Berichtszeitraum erwirtschafteten Erfolg des Unternehmens soll gemäß den Angaben des Ministeriums des Innern die vereinfachte Ermittlung des Cash-Flows genügen. Auf Grund dieser pauschalisierten Berechnungsmethode kann es, wie bereits erläutert, gegenüber anderen Darstellungen zu Abweichungen kommen.

Berechnung: 
$$\begin{aligned} & \text{Jahresergebnis (€)} \\ & + \text{ Abschreibung (€)} \\ & +/- \text{ Zu-/Abnahme der langfristigen Rückstellung (€)} \\ & + \text{ außerordentliche Aufwendungen (€)} \\ & - \text{ außerordentliche Erträge (€)} \\ & \underline{\underline{= \text{Cash-Flow (€)}}} \end{aligned}$$
 Einheit: EUR (€)

Zielwert: > 0,00 €

ANALYSE DER RENTABILITÄT UND DES GESCHÄFTSERFOLGS DES UNTERNEHMENSGesamtkapitalrentabilität

Um den Erfolg der Arbeit eines Unternehmens festzustellen, wird die Rentabilität als Relation von Gewinn zu Kapital berechnet. Mit Hilfe von Rentabilitätskennzahlen wird ermittelt, ob der erreichte Geschäftserfolg zum eingesetzten Kapital in einem angemessenen Verhältnis steht. Mit dieser Betrachtung kann ein Vergleich des Kapitaleinsatzes im Unternehmen selbst mit anderen Kapitalanlagemöglichkeiten erfolgen.

Bei der Gesamtkapitalrentabilität wird dem erwirtschafteten Jahresergebnis und den Fremdkapitalzinsen das eingesetzte Gesamtkapital gegenübergestellt. Diese Rentabilitätskennzahl gibt demnach die Verzinsung des im Unternehmen arbeitenden Kapitals an. Sie ermöglicht die Beurteilung über einen effizienten Kapitaleinsatz.

Berechnung: 
$$\frac{\text{Jahresergebnis (€)} + \text{Fremdkapitalzinsen (€)}}{\text{Bilanzsumme (€)}}$$
 Einheit: Prozent (%)

Zielwert: > als der Zins für das eingesetzte Fremdkapital (sog. Leverage-Effekt<sup>11</sup> beachten)

Zur Dokumentation des im Berichtszeitraum erwirtschafteten Geschäftserfolges dienen der Umsatz sowie das Jahresergebnis.

Umsatz

Der Umsatz bezeichnet klassisch den Gegenwert, der einem Unternehmen in Form von Geld oder Forderungen durch den Verkauf von Waren, Dienstleistungen sowie aus Vermietung oder Verpachtung zufließt. Er entsteht aus der wertmäßigen Erfassung der betrieblichen und nichtbetrieblichen Tätigkeit eines Unternehmens.

Berechnung: aus der Gewinn- und Verlustrechnung Einheit: EUR (€)

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis (Jahresgewinn bzw. -verlust) ergibt sich innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung nach der Saldierung aller Aufwendungen und Erträge eines Geschäftsjahres. Durch Verrechnung des Jahresergebnisses mit den verschiedenen Bilanzpositionen des Eigenkapitals wird sodann das Bilanzergebnis ermittelt.

Berechnung: aus der Gewinn- und Verlustrechnung Einheit: Prozent (%)

Zielwert: > 0,00 €,  
I.d.R ist die Erzielung einer angemessenen Eigenkapitalrentabilität anzustreben.

---

<sup>11</sup> Leverage-Effekt – Als Leverage wird die Hebelwirkung der Finanzierungskosten des Fremdkapitals (bspw. Zinsen) auf die Eigenkapitalrentabilität verstanden. So kann durch Einsatz von (mehr) Fremdkapital die Eigenkapitalverzinsung einer Investition gesteigert werden. Dies trifft dann zu, wenn der jeweilige Investor Fremdkapital zu günstigeren Konditionen aufnehmen kann, als die Investition an Gesamtkapitalrentabilität erzielt.

ANALYSE DES PERSONALBESTANDS DES UNTERNEHMENSPersonalaufwandsquote

Aufwandseitig ist insbesondere der Personalaufwand von besonderer Bedeutung für den Erfolg des Unternehmens. Die Personalaufwandsquote zeigt das Verhältnis von Personalaufwendungen zum Umsatz.<sup>12</sup>

Berechnung: 
$$\frac{\text{Personalaufwand (€)}}{\text{Umsatz (€)}}$$
 Einheit: Prozent (%)

Zielwert: Die Personalaufwandsquote allein hat kaum Aussagekraft, sondern ist im Vergleich zu anderen Kennzahlen zu betrachten (bspw. Vergleich zum Vorjahr oder zu Unternehmen aus der Region bzw. ähnlichen Branchen).

Personalintensität

Die Personalintensität zeigt, ähnlich zur Personalaufwandsquote, das Verhältnis von Personalaufwendungen zur Betriebsleistung. Insofern werden neben den Umsatzerlösen auch die sonstigen betrieblichen Erträge, Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen berücksichtigt.

Berechnung: 
$$\frac{\text{Personalaufwand (€)}}{\text{Betriebsleistung (€)}}$$
 Einheit: Prozent (%)

Zielwert: Die Personalintensität allein hat kaum Aussagekraft, sondern ist im Vergleich zu anderen Kennzahlen zu betrachten (bspw. Vergleich zum Vorjahr oder zu Unternehmen aus der Region bzw. ähnlichen Branchen).

Anzahl der Mitarbeiter

Mit der „Anzahl der Mitarbeiter“ wird die durchschnittliche Zahl des in der Rechnungsperiode im Unternehmen beschäftigten Personals angegeben.

Berechnung: im Berichtsjahr durchschnittlich beschäftigtes Personal  
(Vollbeschäftigteneinheit VbE)

Zielwert: Die Anzahl der Mitarbeiter allein ist kaum aussagefähig und daher im Vergleich zu anderen Zahlen zu betrachten (bspw. Vergleich zum Vorjahr oder zu Unternehmen aus der Region bzw. ähnlichen Branchen).

---

<sup>12</sup> Sofern die betrachtete Gesellschaft einen Großteil ihrer Erlöse unter „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ ausweist, wird zu Vergleichszwecken eine weitere Kennzahl, die Personalintensität, angegeben, bei der anstelle der Umsatzerlöse die Summe aus Gesamtleistung und sonstigen betrieblichen Erträgen angesetzt wird.

BEGRIFFSDEFINITIONEN

**Bilanz**

---

Aktiva/Aktivposten	<p>Aktiva sind Bestandteile der Bilanz eines Wirtschaftssubjekts. Sie werden üblicherweise auf der linken Seite einer Bilanz aufgezeigt. Die Summe der Aktiva bildet das Gesamtvermögen eines Unternehmens. Seine Zusammensetzung spiegelt die Verwendung des eingesetzten Kapitals wieder. Die Aktivposten unterteilen sich in der Regel in Anlagevermögen, Umlaufvermögen und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.</p> <p>Das Gegenstück bilden die Passiva bzw. Passivposten.</p> <p>(Vgl. § 266 Abs. 2 HGB)</p>
Anlagevermögen	<p>Zum Anlagevermögen gehören Gegenstände, die dem dauerhaften Geschäftsbetrieb dienen (bspw. Grundstücke und Gebäude, Maschinen oder immaterielle Vermögensgegenstände, wie Lizenzen). Es beinhaltet somit die mittel- bis langfristig gebundenen Mittel (länger als ein Jahr) eines Unternehmens.</p> <p>(Vgl. § 247 Abs. 2 und § 266 Abs. 2 lit. A HGB)</p>
Umlaufvermögen	<p>Zum Umlaufvermögen gehören kurzfristig gebundene Vermögensgegenstände (bis zu einem Jahr) eines Unternehmens, darunter Forderungen, Wertpapiere und Bargeldbestände.</p> <p>(Vgl. § 266 Abs. 2 lit. B HGB)</p>
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten (ARAP)	<p>Als sogenannte aktive RAP sind auf der Aktivseite Ausgaben vor dem Bilanzstichtag auszuweisen, sofern diese Aufwand für eine andere Periode darstellen. So zum Beispiel bei im Voraus bezahlten Mieten (Mieter).</p> <p>(Vgl. § 250 Abs. 1 und § 266 Abs. 2 lit. C HGB)</p>
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	<p>Ist das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft durch im abgelaufenen Geschäftsjahr oder in vorangegangenen Jahren angesammelte Verluste aufgebraucht und ergibt sich ein Überschuss der Passiva über die Aktiva der Bilanz, so ist gem. § 268 Abs. 3 HGB als letzte Position auf der Aktivseite der Fehlbetrag unter der Bezeichnung „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ auszuweisen. In diesem Fall liegt eine bilanzielle Überschuldung vor, was die Pflicht zur Prüfung einer tatsächlichen Überschuldung (Überschuldungsbilanz) nach sich zieht (eventuell Eröffnung eines Insolvenzverfahrens).</p> <p>(Vgl. § 268 Abs. 3 HGB)</p>

---

---

**Passiva/Passivposten** Passiva sind Bestandteile der Bilanz eines Wirtschaftssubjekts. Sie werden üblicherweise auf der rechten Seite einer Bilanz aufgezeigt. Die Summe der Passiva bildet das Gesamtkapital eines Unternehmens. Seine Zusammensetzung spiegelt die Mittelherkunft wieder. Die Passivposten unterteilen sich in der Regel in Eigenkapital, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und die passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Das Gegenstück bilden die Aktiva bzw. Aktivposten.

(Vgl. § 266 Abs. 3 HGB)

---

**Eigenkapital** Eigenkapital ist jenes Kapital auf der Passivseite, das nach Abzug des Fremdkapitals übrig bleibt. Zum Eigenkapital zählen jene Mittel, die von den Eigentümern einer Unternehmung zu deren Finanzierung aufgebracht oder als erwirtschafteter Gewinn im Unternehmen belassen wurden.

Das Eigenkapital steht dem Unternehmen langfristig zur Verfügung. Es beziffert den Anteil der Eigentümer am Gesellschaftsvermögen. Den Gläubigern gegenüber dient es als Haftungsmasse für die Verbindlichkeiten, bspw. im Falle einer Insolvenz.

Es setzt sich aus dem gezeichneten Kapital, der Kapitalrücklage, den Gewinnrücklagen, dem Gewinn- bzw. Verlustvortrag sowie dem Jahresergebnis zusammen.

(Vgl. § 272 Abs. 1 bis 4 HGB (ohne anteilige Sonderposten) und § 266 Abs. 3 lit. A HGB)

---

**Gezeichnetes Kapital** Das gezeichnete Kapital ist das Kapital, auf das die Haftung der Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der Kapitalgesellschaft gegenüber den Gläubigern beschränkt ist. Bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung entspricht das gezeichnete Kapital dem Stammkapital.

(Vgl. § 266 Abs. 3 lit. A und § 272 Abs. 1 HGB)

---

**Bilanzergebnis** Das Bilanzergebnis ist Bestandteil des Eigenkapitals einer Kapitalgesellschaft. Es beziffert die Summe aus Jahresergebnis sowie Gewinn- bzw. Verlustvorträgen aus dem Vorjahr.

(Vgl. § 268 Abs. 1 und § 266 Abs. 3 lit. A HGB)

---

---

**Sonderposten** Ein Sonderposten für Investitionszuschüsse (SoPo) dient der periodengerechten Abgrenzung erhaltener Subventionen bzw. Zuschüssen zur Finanzierung von Anlagevermögen. Dieser ist erfolgsneutral zu passivieren sowie gesondert in der Bilanz auszuweisen und entsprechend dem Verlauf der Abschreibungen auf den bezuschussten Vermögensgegenstand ergebniswirksam aufzulösen. Solch ein Sonderposten weist sowohl Fremd- als auch Eigenkapitaleigenschaften auf und kann dementsprechend als Eigenkapital oder auch als Fremdkapital ausgewiesen werden.

(Vgl. § 265 Abs. 5 HGB)

---

**Rückstellungen** Rückstellungen sind in der Bilanz ausgewiesene drohende Verluste sowie Verbindlichkeiten, die hinsichtlich ihres Bestehens oder der Höhe ungewiss sind. Ebenso sind sie im Falle von unterlassenen Aufwendungen für Instandhaltung erfolgswirksam zu bilden. Bestandteile sind unter anderem Pensions- und Steuerrückstellungen.

(Vgl. § 266 Abs. 3 lit. B HGB)

---

**Fremdkapital** Das Fremdkapital eines Unternehmens wird auf der Passivseite geführt. Es stellt einen Teil der Mittel dar, mit denen das Unternehmensvermögen (Aktiva) finanziert wurde. Passivposten werden in Abgrenzung zum Eigenkapital als Fremdkapital eingestuft, wenn die Kapitalüberlassung nach allgemeinen schuldrechtlichen Regeln kündbar und befristet ist, einen Vergütungsanspruch des Kapitalgebers begründet und der Kapitalgeber nicht an dem Unternehmen beteiligt ist und dementsprechend nicht haftet. Es kann sowohl rechtlich entstanden, als auch wirtschaftlich verursacht worden sein.

Zum Fremdkapital zählen demnach Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten.

Gemäß § 266 Abs. 3 HGB besteht für Kapitalgesellschaften eine detaillierte Aufgliederungspflicht.

(Vgl. § 266 Abs. 3 lit. B bis E HGB)

---

---

Kurzfristiges Fremdkapital	<p>Zum kurzfristiges Fremdkapital zählen Positionen des Fremdkapitals, die dem Unternehmen bis zu einem Jahr zur Verfügung stehen (Restlaufzeit &lt; 1 Jahr).</p> <p>Dazu zählen im Sinne des Rundschreibens vereinfacht alle Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr, die Steuerrückstellungen, die sonstigen Rückstellungen sowie die passiven Rechnungsabgrenzungsposten.</p> <p>(Vgl. § 266 Abs. 3 HGB i.V.m. § 268 Abs. 5 HGB)</p>
Mittelfristiges Fremdkapital	<p>Zum mittelfristigen Fremdkapital zählen Positionen des Fremdkapitals, die dem Unternehmen länger als ein Jahr und bis zu fünf Jahren zur Verfügung stehen (Restlaufzeit 1 - 5 Jahre). Zum Teil wird in der Literatur Fremdkapital mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr auch dem langfristigen Fremdkapital zugeordnet.</p>
Langfristiges Fremdkapital	<p>Zum langfristigen Fremdkapital zählen Positionen des Fremdkapitals, die dem Unternehmen länger als fünf Jahre zur Verfügung stehen (Restlaufzeit &gt; 5 Jahre). Zum Teil wird in der Literatur Fremdkapital mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr auch dem langfristigen Fremdkapital zugeordnet.</p>
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten (PRAP)	<p>Als passive RAP sind auf der Passivseite Einnahmen vor dem Bilanzstichtag auszuweisen, soweit diese Ertrag für eine andere Periode darstellen. So zum Beispiel bei im Voraus erhaltene Mieten (Vermieter).</p> <p>(Vgl. § 250 Abs. 2 und § 266 Abs. 3 lit. D HGB)</p>
Bilanzsumme	<p>Die Bilanzsumme ergibt sich aus der Summe der Aktiva (Gesamtvermögen) bzw. Passiva (Gesamtkapital). Die Summe der Aktiva muss stets den gleichen Wert wie die Summe der Passiva ergeben.</p> <p>Die Bilanzsumme hat bspw. Auswirkungen auf den rechtlichen Status eines Unternehmens. Das Handelsgesetzbuch teilt Kapitalgesellschaften gemäß § 267 nach Bilanzsumme, Höhe der Umsatzerlöse und Zahl der Arbeitnehmer in Größenklassen ein. Die Einstufung in eine Größenklasse wirkt sich vor allem darauf aus, wie detailliert ein Unternehmen den Jahresabschluss aufstellen und welche Dokumente es veröffentlichen muss (Publizitätspflicht).</p> <p>(vgl. § 266 Abs. 2 bzw. 3 HGB und § 267 HGB)</p>

---

## Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

---

**Umsatz** Der Umsatz bezeichnet klassisch den Gegenwert, der einem Unternehmen in Form von Geld oder Forderungen durch den Verkauf von Waren, Dienstleistungen sowie aus Vermietung oder Verpachtung zufließt. Er entsteht aus der wertmäßigen Erfassung der betrieblichen und nichtbetrieblichen Tätigkeit eines Unternehmens.

(Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 1 HGB und §277 Abs. 1 HGB)

---

**Gesamtleistung** Bei der Gesamtleistung handelt es sich um eine in der GuV ausweisbare Zwischensumme. Sie ist eine betriebswirtschaftliche Kennzahl, die sich aus den ausgewiesenen Umsatzerlösen einer Periode, dem Saldo von Bestandsveränderungen und den aktivierten Eigenleistungen ergibt.

(Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 HGB und § 277 Abs. 1 und 2 HGB)

---

**Sonstige betriebliche Erträge bzw. Aufwendungen** Sonstige betriebliche Erträge bzw. Aufwendungen sind alle regelmäßig auftretende Erträge bzw. Aufwendungen, für die in der Gliederung der GuV keine gesonderte Ertrags- bzw. Aufwandsposition vorgesehen ist. Dabei handelt es sich bspw. um Gewinne bzw. Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens sowie aus der Auflösung von Rückstellungen oder Sonderposten.

(Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 4 HGB)

---

**Personalaufwand** Zum gesamten Personalaufwand zählen neben dem direkten Arbeitsentgelt auch alle indirekt verursachten Personalaufwendungen (Personalnebenkosten). In der handelsrechtlichen Abgrenzung wird der Personalaufwand in Löhne und Gehälter, soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung sowie für Unterstützung aufgegliedert. Zu den Löhnen und Gehältern gehören auch die Lohnsteuer und die Arbeitnehmeranteile an der Sozialversicherung (Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung).

(Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 6 HGB)

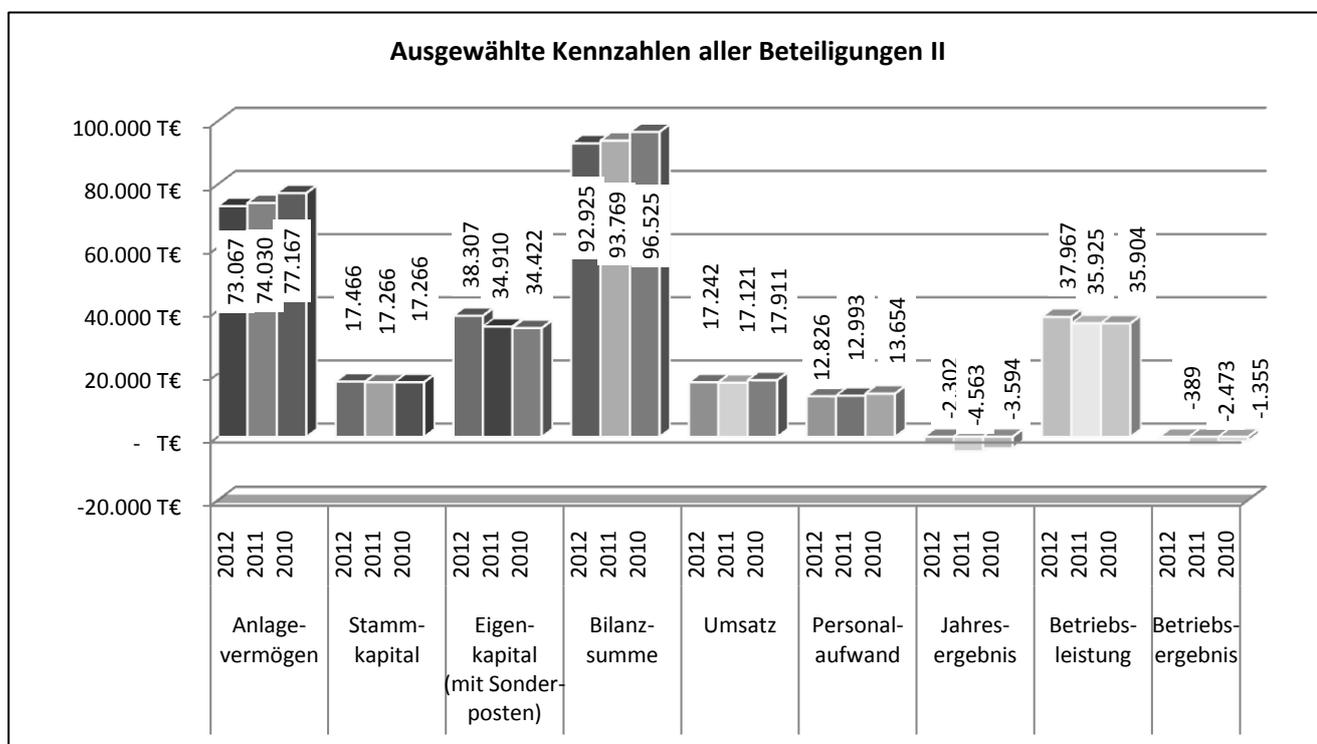
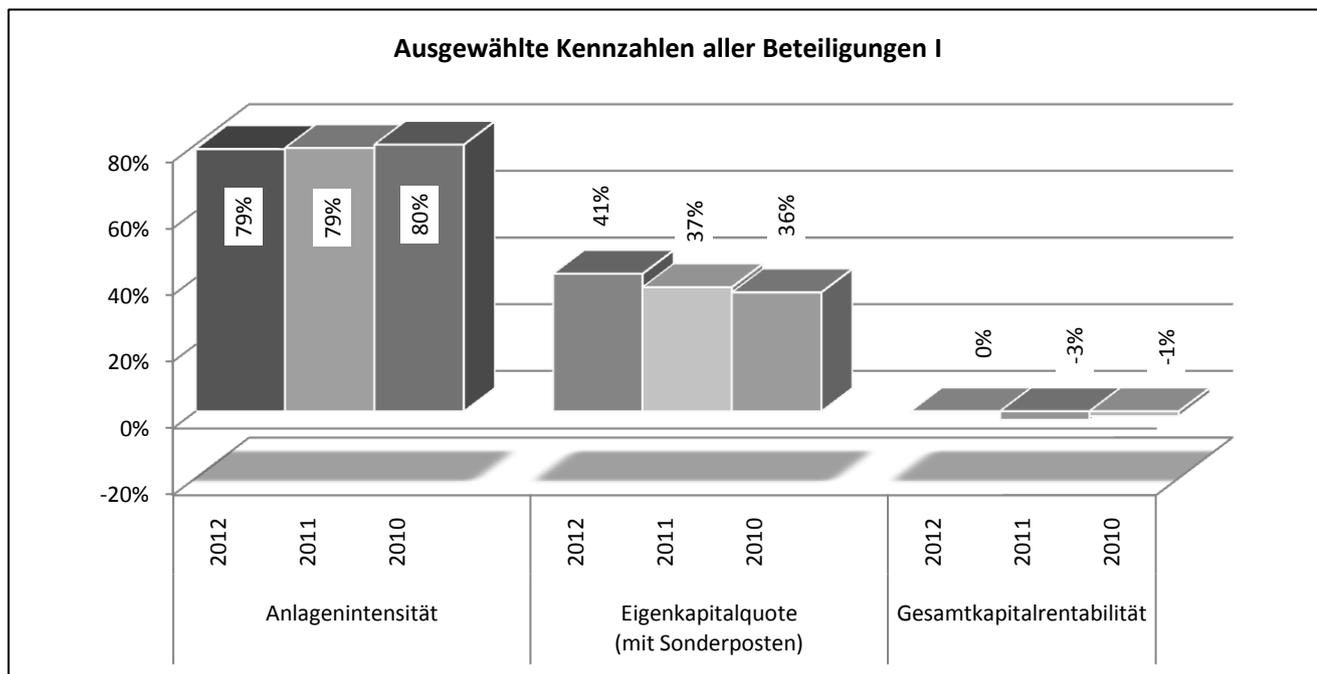
---

---

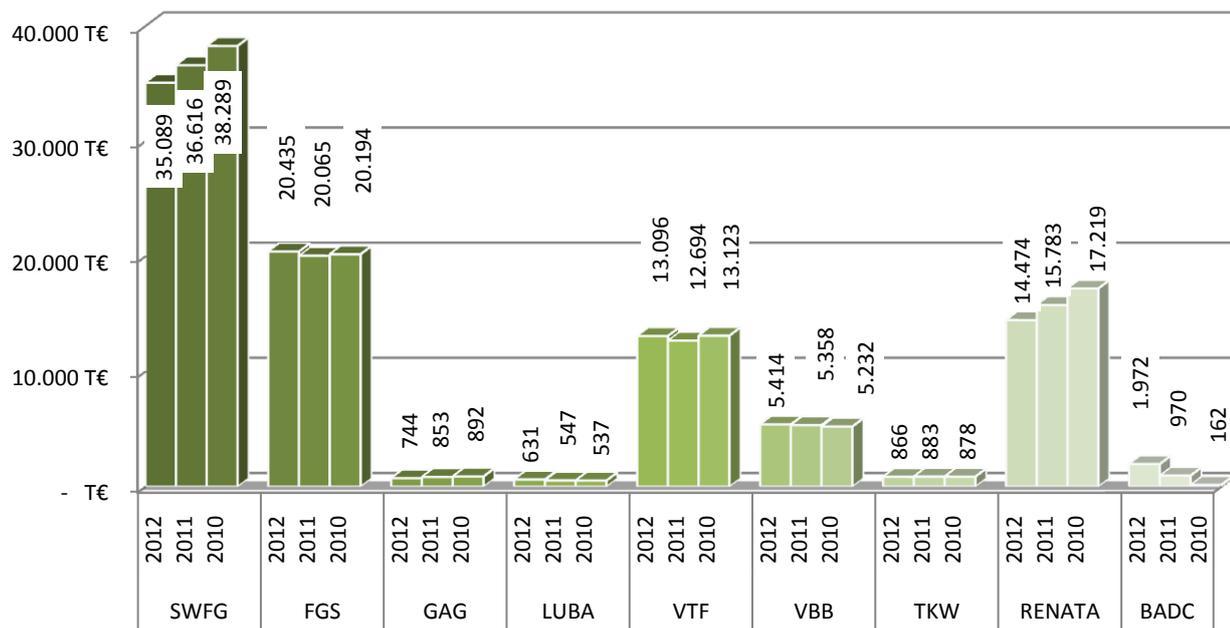
Abschreibungen	<p>Mit der Abschreibung erfasst man im betrieblichen Rechnungswesen planmäßige oder außerplanmäßige Wertminderungen von Vermögensgegenständen. Die Abschreibung korrespondiert dabei mit dem Wertverlust von Unternehmensvermögen innerhalb einer Periode. Dabei kann der Wertverlust durch allgemeine Gründe (Alterung und Verschleiß) oder durch spezielle Gründe (Unfallschaden oder Preisverfall) veranlasst sein. Die Abschreibung wird aus betriebswirtschaftlicher Sicht sowie unter Beachtung handelsrechtlicher und steuerrechtlicher Besonderheiten ermittelt und als Aufwand in der GuV berücksichtigt. Das Gegenteil der Abschreibung ist die Zuschreibung, die als Wertaufholung in Frage kommt, wenn in Vorjahren zu hohe Abschreibungen vorgenommen wurden.</p> <p>(Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 7 HGB)</p>
Zinsaufwand/Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<p>Der Zinsaufwand beziffert das Entgelt für die Überlassung von (Fremd-) Kapital und in der GuV als betrieblicher Aufwand ausgewiesen wird.</p> <p>(Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 13 HGB)</p>
Außerordentliches Ergebnis	<p>Das außerordentliche Ergebnis fasst unternehmensfremde Erfolgsbestandteile zusammen. Hierunter sind ungewöhnliche und seltene Vorfälle zu verstehen, die nicht mit der eigentlichen Geschäftstätigkeit zusammenhängen und mit deren Wiederholung nicht zu rechnen ist.</p> <p>(Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 15 bis 17 HGB und § 277 Abs. 4 HGB)</p>
Jahresergebnis	<p>Das Jahresergebnis (Jahresgewinn bzw. -verlust) ergibt sich innerhalb der GuV nach der Saldierung aller Aufwendungen und Erträge eines Geschäftsjahres. Durch Verrechnung des Jahresergebnisses mit den Gewinn- bzw. Verlustvorträgen aus den vorangegangenen Jahren wird sodann das Bilanzergebnis ermittelt, das zu einer Mehrung bzw. Minderung des Eigenkapitals beiträgt.</p> <p>(Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 20 und § 266 Abs. 3 lit. A Nr. V HGB)</p>
Betriebsleistung	<p>Die Betriebsleistung umfasst in diesem Rahmen die Summe aus Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen, vermehrt bzw. vermindert um Bestandsveränderungen sowie aktivierte Eigenleistungen.</p>
Betriebsaufwand	<p>Der Betriebsaufwand umfasst in diesem Zusammenhang die Summe der ordentlichen Aufwendungen, darunter Material-, Personal- und sonstige betrieblichen Aufwendungen sowie Abschreibungen.</p>

---

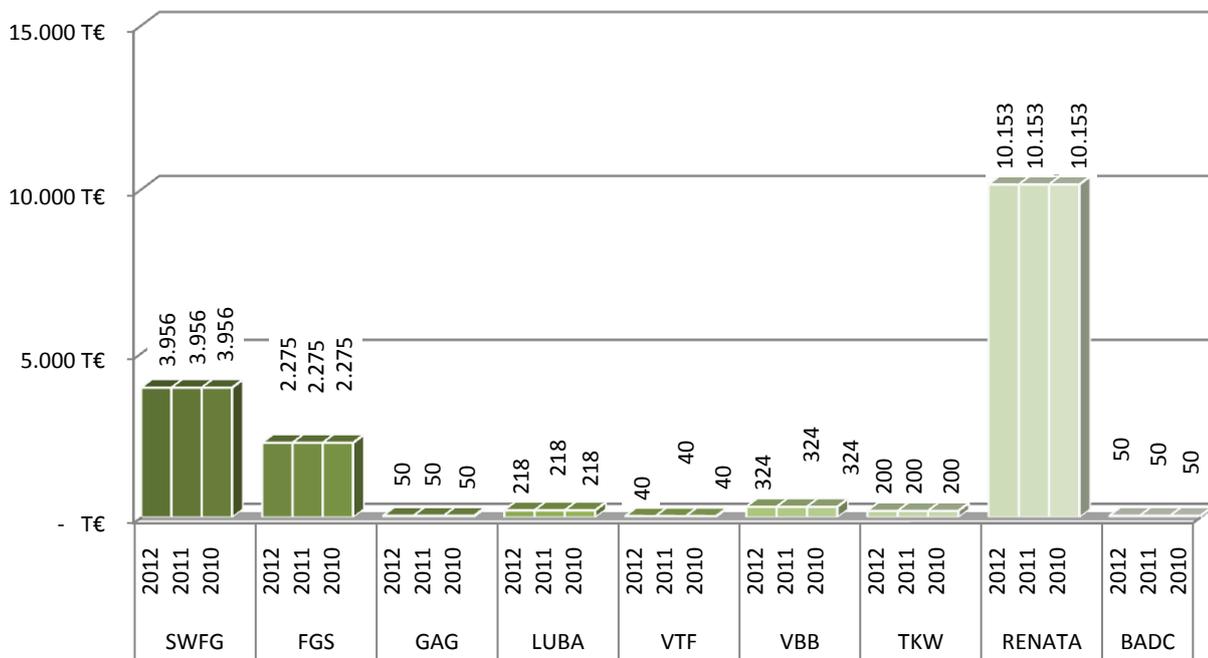
## 4.2 Ausgewählte Kennzahlen zu den Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming



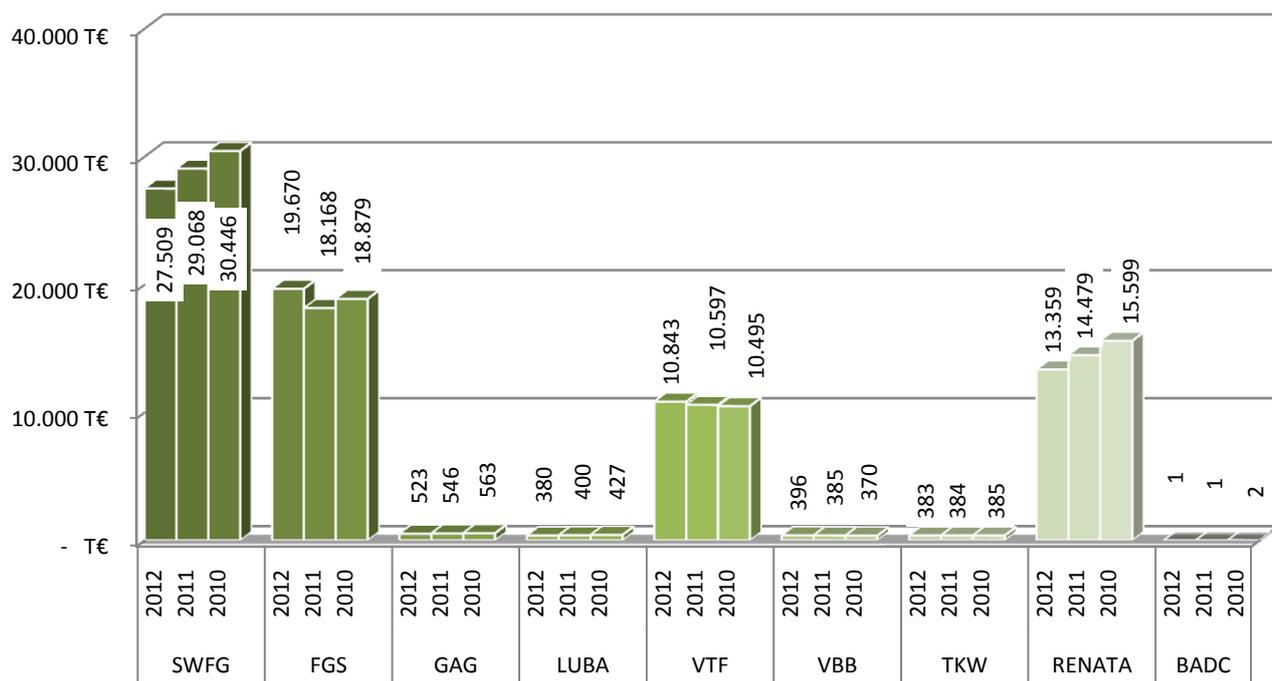
Bilanzsumme



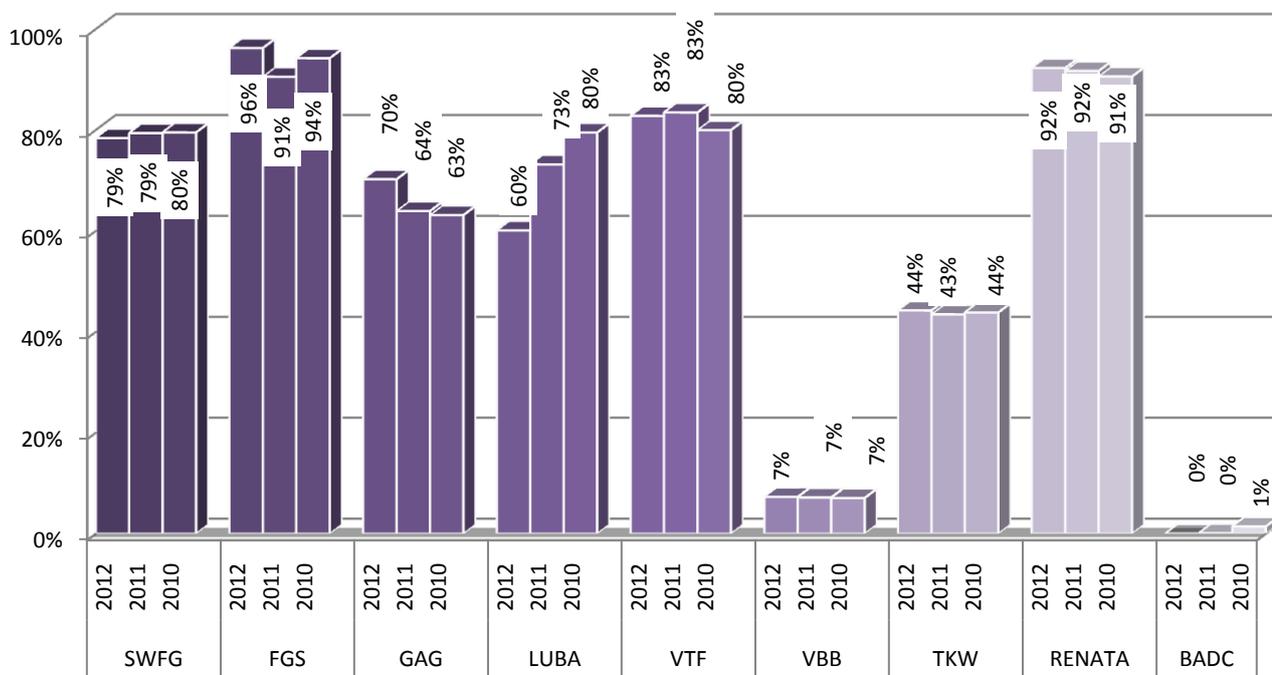
Stammkapital



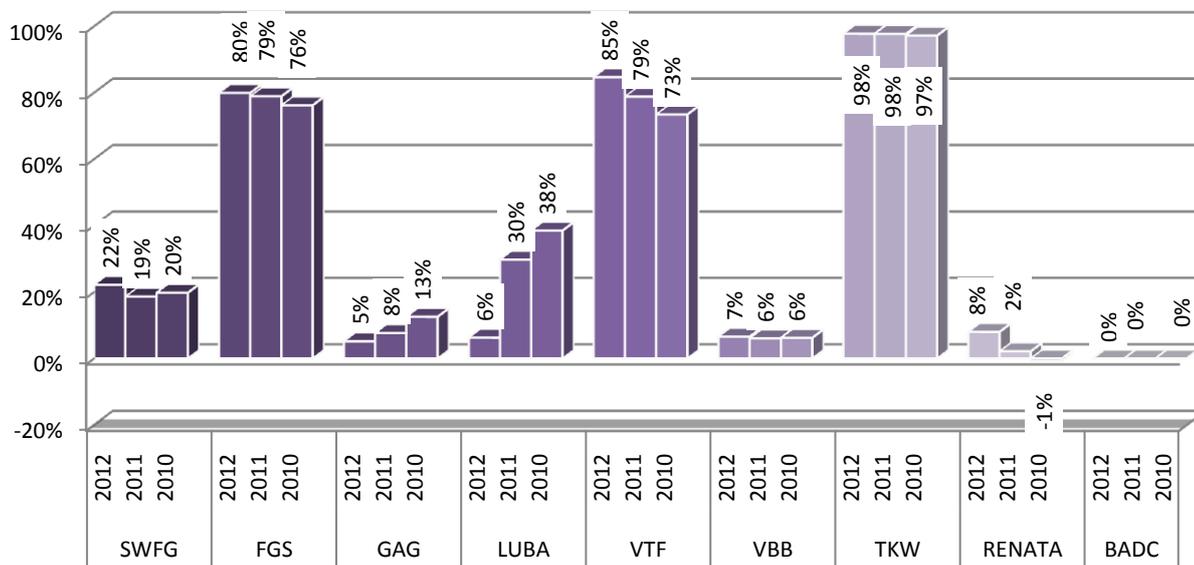
Anlagevermögen



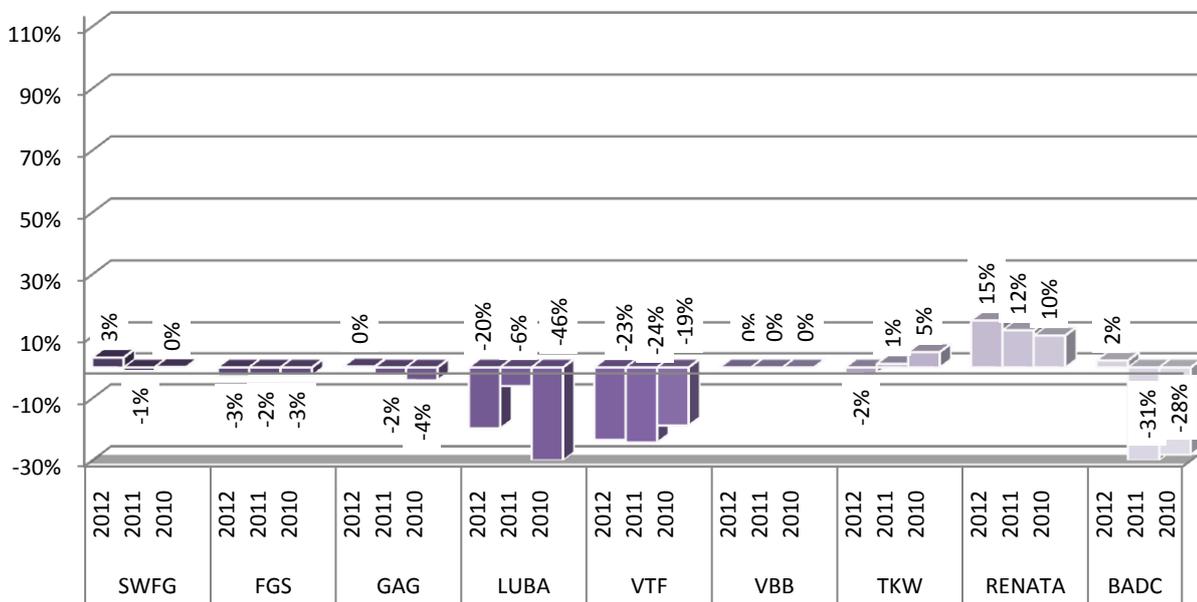
Anlagenintensität



**Eigenkapitalquote  
(mit Sonderposten)**

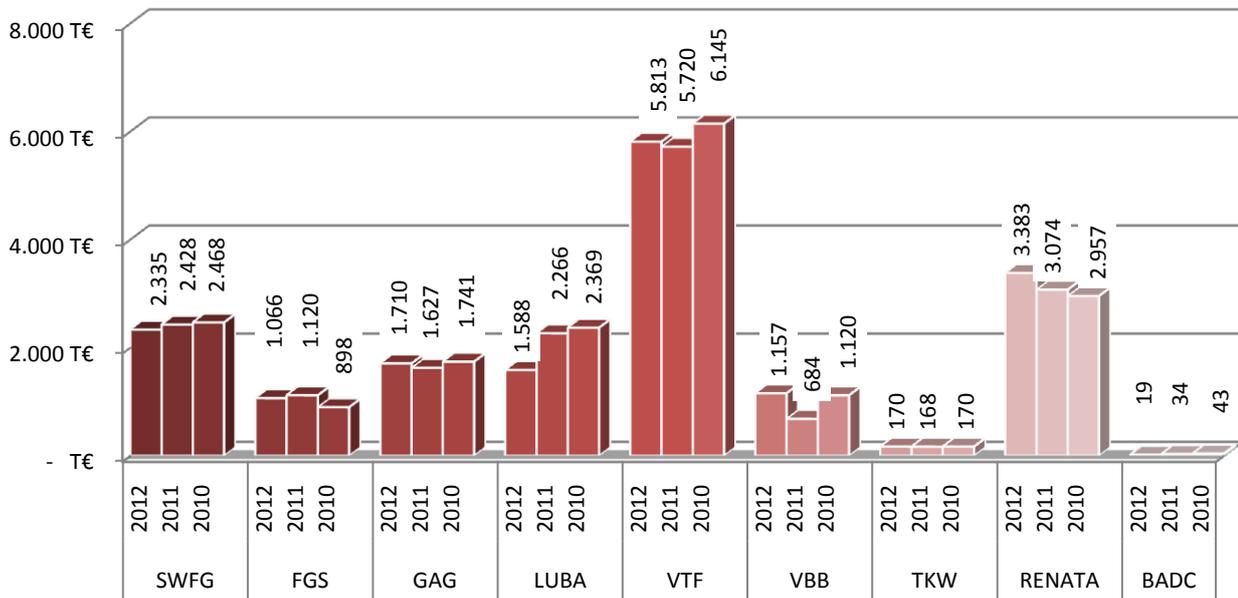


**Gesamtkapitalrentabilität**

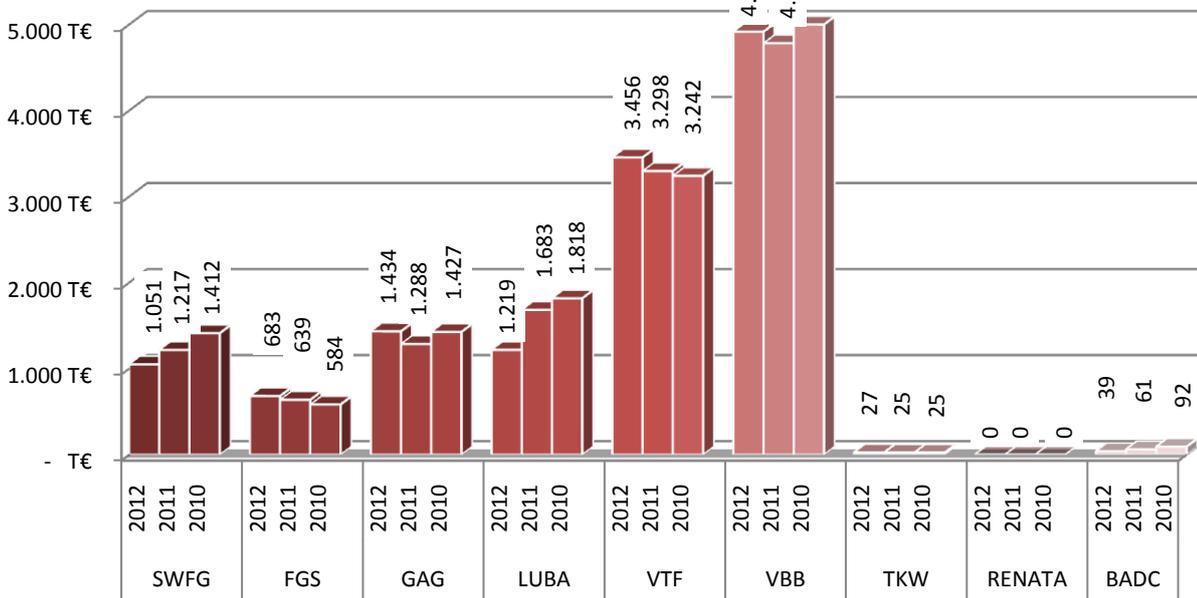


Anhang

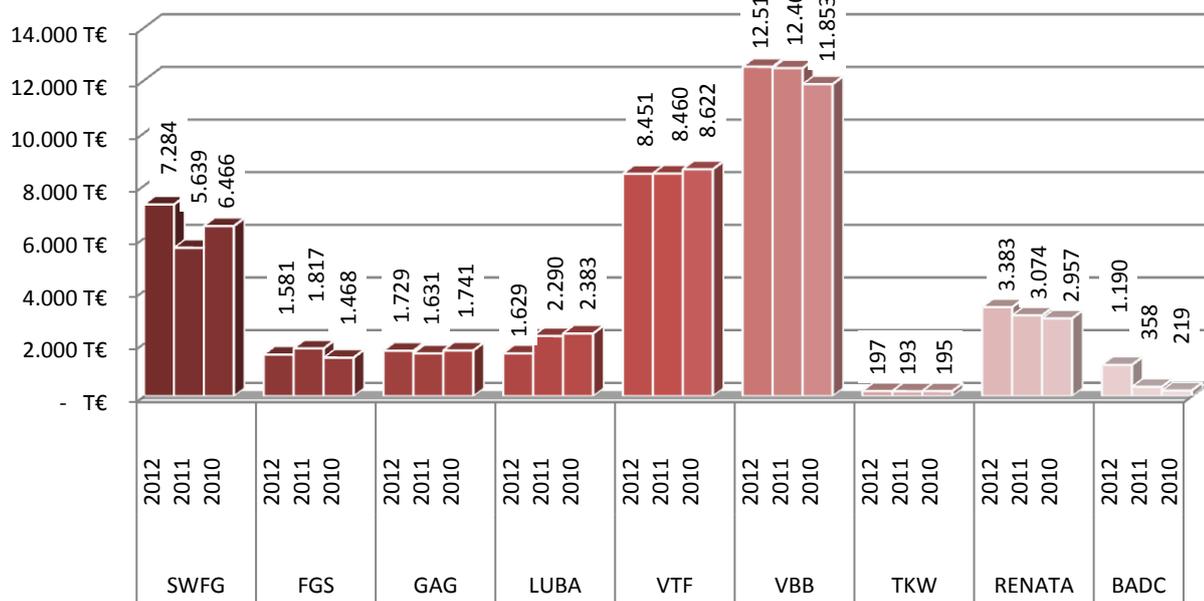
Umsatz



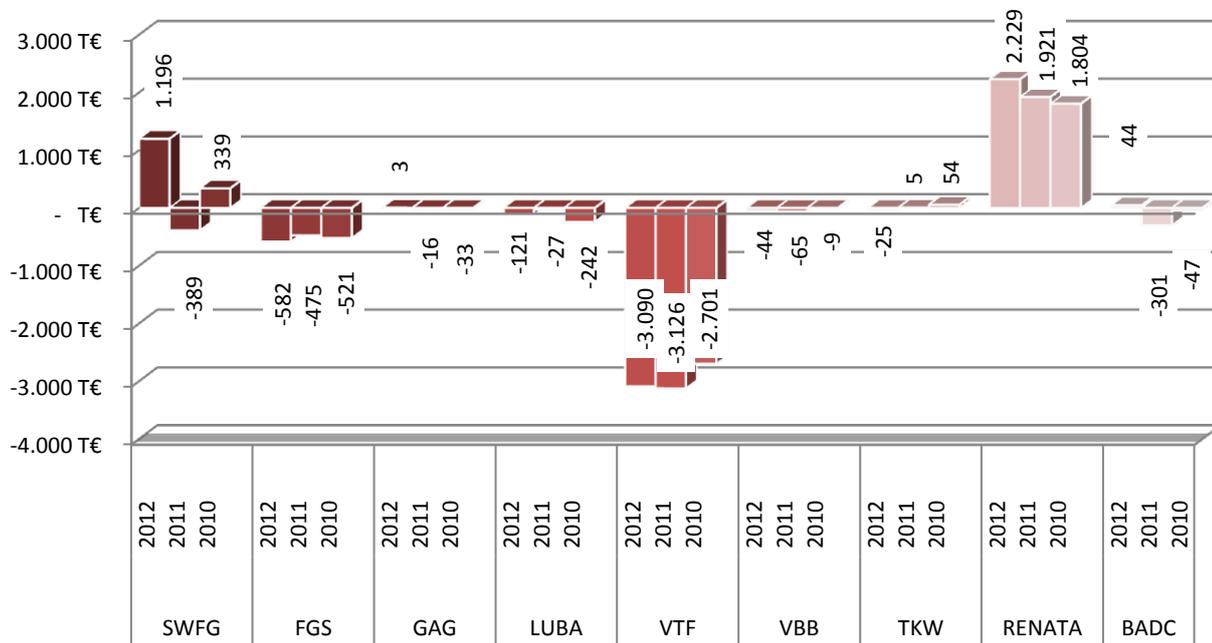
Personalaufwand



Betriebsleistung



Betriebsergebnis



Anhang

Jahresergebnis

